

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



28. Dezember 1985
Jg. 6 Nr. 26

G 7756 D

Preis:
2,50

Der Ministerpräsident zum Thema:
"s war ja nicht alles schlecht bei Hitler..."

Ja zur
Vorne-
verteidigung

heißt auch
Ja zum
Notabitur!



Arbeitszeitgesetz: Arbeitswissen-
schaftler für ein fortschrittliches
Arbeitszeitgesetz Seite 7



EG-Ausländerpolitik: Ist die Aus-
länderpolitik der Europäischen Ge-
meinschaft fortschrittlich? Seite 12



GRÜNE gegen Tierversuche: Der
Tierversuch garantiert den Che-
miekapitalisten ihre eigene
"Schadensfreiheit" Seite 20

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

§ 116 AFG: Regierungskoalition nimmt Arbeiterproteste in Kauf ... 4

Bonner Raketenpläne: Nicht nur SDI, auch Raketen für Europa! ... 7

Arbeitszeitgesetz: Arbeitswissenschaftler für ein fortschrittliches AZG 7

Studenten: Entwurf zur 10. BAFöG-Novelle 8
Sozialbericht des Studentenwerks ... 9

Baugesetzbuch: Erleichterung für Eigentum 10
Stellungnahmen 11

Auslandsberichterstattung

EG: Ausländerpolitik der EG fortschrittlich? 12
"Wanderarbeiter" in der EG 13

Indien: Importe liberalisiert und weitere Verschuldung 13

Österreich: Verstaatlichte: 1946 akut – heute nicht mehr 14

VR China: Studentenproteste – Kritik am Kurs der KP Chinas? ... 14

Brasilien: Rechte Sammlungsversuche zur Präsidentschaftswahl 15

Agca-Prozeß: Wie die Geheimdienste eine heiße Spur legen 15

Internationale Meldungen 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Studie über Arbeiterbewußtsein ... 18
Krise des Kapitals und SPD-Sanierungsvorschläge 18
Die Kapitalisten im Steuerelend? ... 18
"Von Oggersheim bis Oberschlesien" 18
Über "Frauenförderungspläne" ... 19

Bundestagswahlen: MLPD will kandidieren – auf welcher Linie? ... 19

Grüne gegen Tierversuche: Der Tierversuch garantiert Chemiekapitalisten Schadensfreiheit ... 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Fritz Werner: Schließung der mechanischen Fertigung 22

Pflege: Erfassung der Pflege

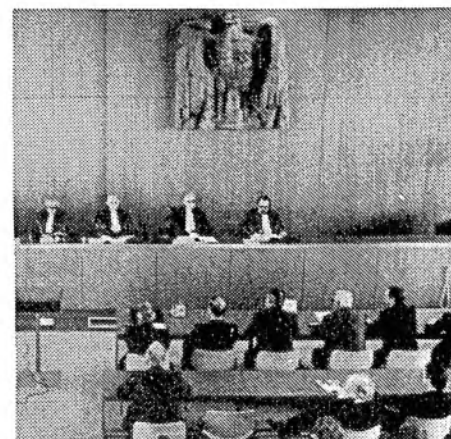
Raus Wahlkampfstrategie: Verbrüderung der Christen

Unter dem Motto "Soziale und ökologische Erneuerung in Frieden" beschrieb Johannes Rau in Ahlen den Kurs, für den sich die Partei hinter "Bruder Johannes" einmütig versammeln und Wählerschaft mobilisieren soll. Der einstimmige Beschluß des SPD-Parteivorstands für Rau und die Ausrichtung der SPD-Mannschaft auf die Inhalte des Wahlkampfes noch vor der Verabschiedung des neuen SPD-Programms sind absichtsvoll. Wer jetzt noch auf Arbeiterforderungen besteht, lehnt den Kanzlerkandidaten ab, seinen Grundsatz "Versöhnen statt Spalten". Einen Wahlsieg wollen Rau und die SPD angesichts des gefestigten Rückhalts der Kohl-Regierung bei den Kapitalisten erreichen mit dem Konzept, als die wahrhaft christliche Partei CDU-Mitglieder und -Anhänger für die SPD zu gewinnen und die Arbeiter in der SPD mit dem Versprechen von Gerechtigkeit bei der Stange zu halten. Diese Absicht kommt auch im Tagungsort Ahlen für die Präsentation von Kanzlerkandidat und -zielen zum Ausdruck. Zur Zeit des Ahleiner Programms mußte die CDU auf antifaschistische Interessen der Arbeiter, aber auch breiter Mittelschichten Rücksicht nehmen. An Konkretem kündigte Rau an, im Zuge einer zweiten Stufe der Steuerreform sollten Einkommen bis 80000 DM entlastet werden, dafür sollen die Lohnabhängigen ab 60000/120000 DM eine Ergänzungsabgabe zahlen. – (düb)

Grüne wollen staatstragenden Volksentscheid

Die achte ordentliche Bundesversammlung der Grünen, die vom 13. bis 15. Dezember stattfand, legte mit ihrem Beschluß für ein Bundesabstimmungsgesetz einen Schwerpunkt für die Bundestagswahlen 1987 fest. Die Beschlußfassung über eventuelle Koalitionen nach der Bundestagswahl 1987 wurde auf den Herbst 1986 vertagt. Wahlen zum Bundesvorstand sollen im Frühjahr 1985 stattfinden. Die Grünen wollen in Unterschriftensammlungen, Anzeigen usw. für den Volksentscheid kämpfen. Die Versammlung unterstützte einen "Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung des Abstimmungsrechtes der Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung des Grundgesetz-Artikels 20 Absatz 2 Satz 2: 'Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt'". Den Entwurf hatten die Grünen übernommen der "Aktion Volksentscheid", in der u.a. liberale und christliche Kräfte wirken und deren Einfluß dem Entwurf deutlich anzumerken ist. Danach soll möglich sein, dem Bundestag mit Hilfe von Unterschriftensammlungen und Volksbegehren Gesetzesinitiativen vorzulegen und bei Ablehnung oder Änderung im Parlament in Volksentscheiden darüber zu entscheiden.

Die Grünen schwächen jedoch ihr Eintreten für Gesetzesinitiativen, die keine parlamentarische Mehrheit finden oder gefunden haben, ab: Der Entwurf sieht vor: "8. Die Volksgesetzgebung ist ... an die verfassungsmäßige Ordnung, wie das Grundgesetz ... sie festlegt (GG Art. 79 Abs. 3), gebunden. 9. Ob ein von einer Volksinitiative angestrebtes Gesetz als verfassungswidrig anzusehen ist, entscheidet im Streitfall das Bundesverfassungsgericht." Den Grünen müßte bekannt sein, welche reaktionäre Aufgabe das Bundesverfassungsgericht von den Verfassern des Grundgesetzes zugewiesen ist und wie getreulich das Gericht diese Aufgabe bis heute erfüllt hat: allen fortschrittlichen Bestrebungen den Knebel der Verfassungswidrigkeit zu verpassen. Die Bundesversammlung behandelte den Gesetzentwurf als eine Konkretisierung der Grünen-Programmpositionen über die Basisdemokratie. Die ist nun staatstragend gewendet. – (uld)



Bundesverfassungsgericht – oberster Rechtssprecher über Volksentscheide?

Volksfront Arbeitsgruppe Ausländer im Januar

Am 25. Januar 1986 hat die Arbeitsgruppe Ausländer beim Bundesvorstand der Volksfront ihr nächstes Treffen.

Tagesordnung wird sein: a.) Ausländerpolitik der Europäischen Gemeinschaft / Das Vorgehen der BRD; b.) Frankfurter Appell; c.) Faschistische Ausländerpolitik und Bundesregierung.

Die Sitzung beginnt um 14 Uhr. Ort zu erfragen bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Tel. 0221/517457.

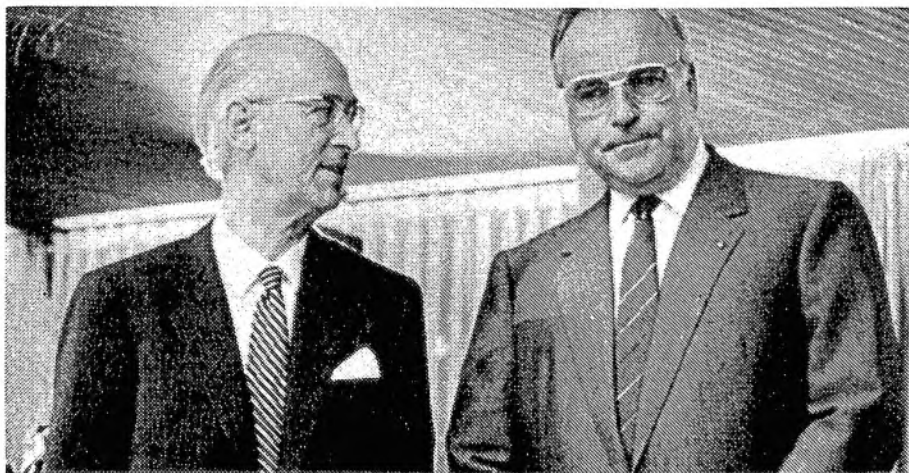
Protest gegen Coop-Verkauf

200 Beschäftigte protestierten Anfang Dezember auf der Aufsichtsrats-sitzung co op Rhein-Neckar gegen die Herausnahme der co op Kurpfalz aus der AG. Co op Kurpfalz, die bisher einen Anteil von 52% hält, soll dann unter eigener Regie geführt werden. Der Frankfurter Konzernvorstand will ab 1986 anfallende Verluste nicht übernehmen. Er plant eine Aufteilung der übrigen Filialen. Die Beschäftigten fürchten eine Entlassungswelle, wenn die Geschäfte von Plaza und ähnlichen Märkten, die mit erheblich weniger Personal arbeiten, übernommen werden. Die Gewerkschaft HBV fordert dagegen, daß die co op Geschäfte in der Region Rhein-Neckar unter einheitlicher Leitung bleiben. Der co op-Vorstand plant darüber hinaus tiefgehende Veränderungen in der Struktur von co op. Er hat eine Satzungsänderung vorgeschlagen. Durch Umwandlung von Namens- in Inhaberk Aktien könnten die Aktien der Gesellschaft frei an der Börse gehandelt werden. — (anl)

Delegiertenkonferenz der GIM

Am 30.11./1.12. führte die Gruppe Internationale Marxisten, IV. Internationale (GIM) ihre Delegiertenkonferenz durch. Als Gäste hatte die GIM Vertreter von ausländischen Organisationen der IV. Internationale und deren Leitung (Ernest Mandel) sowie Vertreter des ZK der KPD eingeladen. Der Konferenz lagen drei Resolutionsentwürfe vor. Mit 53% der Stimmen wurde der Entwurf der Tendenz 1 verabschiedet. In einem Bericht über die Konferenz bemerkt "was tun": "Obwohl drei verschiedene Entwürfe einer 'politischen Resolution' zur Debatte und zur Abstimmung standen,

gab es große Übereinstimmung über die grundlegenden Merkmale der politischen Situation." Sie bestehen u.a. darin, den Sturz der Kohl-Regierung zu betreiben und gegen "Zauderer und Abwiegler" in den Reihen von Gewerkschaften und SPD durchzusetzen, denn "sie fürchten die nötigen Mobilisierungen und Kämpfe für die unmittelbaren Arbeiterinteressen, weil diese umschlagen und sich gegen jede Variante kapitalistischer Krisenbewältigung richten könnten". "was tun" bewertet die unterschiedlichen Tendenzen nur als taktische Differenzen darüber, ob bei den Bundestagswahlen 1987 mehr Gewicht auf Zusammenarbeit mit sozialistischen Kräften gelegt wird (Tendenz 1), auf die Errichtung einer Bündnisliste der Grünen mit Sozialisten (Tendenz 2) oder darauf, in den Grünen zu arbeiten (Tendenz 3). In der Diskussion über strittige Fragen ist es bei der GIM üblich, Tendenzen zu bilden. Üblich ist es auch, in anderen Parteien zu arbeiten. So arbeiten bzw. arbeiteten GIM-Mitglieder in der SPD, den Demokratischen Sozialisten und den Grünen mit. Mit großer Mehrheit verabschiedete die GIM-Konferenz zur Vereinigung mit der KPD einen Beschluß, der dafür eintritt, die Vereinigung im nächsten Jahr zu vollziehen. Die GIM ist Mitglied der IV. Internationale und an deren Beschlüsse gebunden. Dazu stellte die Konferenz fest: "Die Delegiertenkonferenz erklärt hierzu, daß sich die Mitglieder der IV. Internationale in der neuen Organisation dafür einsetzen werden, daß die neue Organisation Sektion der IV. Internationale wird. In einem demokratischen Diskussionsprozeß soll diese Frage von der neuen Organisation innerhalb von zwei Jahren entschieden werden." Die Konferenz wählte eine weitgehend neubesetzte Leitung und Redaktion der Zeitung "was tun". — (jöd)



Zum siebten Mal seit 1978 wählten die Kapitalisten am 12. Dezember Otto Esser (Bild), persönlich haftender Gesellschafter des Chemiekonzerns Merck, zum Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Esser betonte, daß die BDA auch 1986 Lohnsenkungsabschlüsse anstrebt. Die "verteilungspolitischen Fehlentwicklungen der 70er Jahre, die mit der unvergessenen 'Kluncker-Runde' im öffentlichen Dienst im Jahre 1974 ihren Ausgang nahmen", dürften sich "nicht wiederholen". — (rül)

zwecks Rationalisierung 22

Werftindustrie: Mit 50 Jahren zu alt für die Werftarbeit 23

Hamburg: Sozialarbeiter wehren sich 23

Revanchismus: Die "Sieger-Geschichtsschreibung" revidieren ... 24

Gewerbsteuer: Der OB und die Arbeitsplätze 25

Berufsbildung: Initiativen für ein Landesgesetz 25

TH Aachen: "Wer hier durchfällt, ist für den Ingenieurberuf nicht geeignet" 26
Wie die Professoren das Studentensieb schütteln 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Westberlin: Senkung der Lohnnebenkosten durch Bettenabbau .. 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Antifaschistischer Kampf:
Bücher über den Widerstand in KZs 30
Widerstand und Disziplin 30
Konzentrationslager Buchenwald . 30
Die Prüfung – Leben im KZ 30
Ein "erzieherisches" Lager 30
Organisierter Widerstand in KZs .. 30
Zeichnungen aus Auschwitz 31
Das Mädchenorchester in Auschwitz 31

Gentechnik: Gegen genetische Tests bei Einstellungsuntersuchungen! 31

Vergewaltigung in der Ehe (1): Faschismus 32

Spezialberichte

CSU-Parteitag: Strauß unterwegs auf Wählerfang 34
Nationalismus, sozial eingefärbt .. 34
Strauß: Der Westen ist dem Osten überlegen! 34
"Attraktives Bayern" 35
CSU zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik 36
Aussichten für die Bauern 36
Die Legende von der antifaschistischen Tradition 37
"Weiß-blaues Bayern" 38
Dokumentiert: Linke zur CSU 39
Sechzig Prozent müßten es nicht unbedingt sein ... 39

Titelbild: Karikatur: tis, Hamburg

§ 116 Arbeitsförderungs-gesetz

Regierungskoalition nimmt Arbeiterproteste in Kauf Tarifflexibilisierung soll Gefolgschaftsdenken erzeugen

Die Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes (AfG) stößt auf spontane, breite Ablehnung in der Arbeiterbevölkerung. In Kundgebungen, nicht selten mit Arbeitsniederlegungen verbunden, protestierten mehrere Hunderttausend. Aus den CDU-Arbeitnehmerorganisationen bleibt Kritik laut. Der § 116 bleibt auch nach dem Beschluß des Kabinetts vom 18.12. 1986 umstritten. Die Sozialdemokratie zielt darauf, die CDU als Partei des Kapitals, der politischen Reaktion dingfest zu machen und ihren Einfluß in der Arbeitnehmerschaft zu mindern. Die sozialdemokratische Propaganda klagt die Koalitionsregierung an, die bisherige Übereinstimmung der großen Parteien in wesentlichen Verfassungsfragen aufzugeben. So begründet sie die schwarz-rot-goldenen Fahnen, unter denen der Protest allenthalben abläuft. Der politische Status Quo wird zum Kampfziel erhoben. Das ist Reformismus auf kleinster Flamme, auf niedrigstem Niveau. Wie kann eine solche Politik, der es ja wirklich an Perspektive fehlt, breite Kreise ziehen? Das verlangt nach einer Erklärung. Man findet sie in der Sache.

Was ist die Grundlage der spontanen Ablehnung der Regierungspläne auf so breiter Front? Das sind die praktischen Erfahrungen, die während des Streiks um die 35-Stundenwoche so viele gemacht haben. Hunderttausende hätten nämlich, wäre das Gesetz bereits wie jetzt vorgesehen gefaßt gewesen, kein Arbeitslosengeld erhalten. Arbeiter wären auf einen Schlag

und nach Belieben der Kapitalisten ohne jeglichen Rechtsanspruch auf Geld dagestanden, hätten ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht genügen könne, wären auf die Gnade der Banken, der Vermieter angewiesen, hätten versuchen müssen, Lebensmittel auf Pump zu erhalten. Denn so viel dürfte ja klar sein, wenn die Arbeitslosenversicherung aus Gründen der Neutralität nicht zahlen darf, dann kann die Sozialhilfe aus den selben Gründen nicht herangezogen werden. Betrachtet man die Sache praktisch, so würde das so gefaßte Gesetz den Kapitalisten ermöglicht haben, die Arbeiter mit dem Verlust einer auch nur bescheiden geordneten Existenz zu bedrohen. Der soziale

Rechtsstaat würde — ganz neutral — dem Untergang der Uneinsichtigen zusehen können, ja müssen. Es käme darauf hinaus, daß gegen Streikende alles erlaubt ist. Das ist der Grund für die Popularität der Proteste, das ist ein Ziel der Kampagne zur Änderung des AfG, daraus erklärt sich die Möglichkeit, den Kampf gegen die Änderung des AfG als Kampf zur Bekräftigung des politischen Status Quo zu führen.

Aus welchen Gründen macht sich nun die Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft gegen die AfG-Änderung stark? Würde praktisch jeder Lohnabhängige vor solche Risiken gestellt, wo sollte er Schutz suchen, wenn nicht in den Gewerkschaften, den einzigen Organisationen, die ihm in so einer Lage überhaupt was zukommen lassen dürfen? Das war der Grund, aus dem man sich früher für die Zahlung von Arbeitslosengeld an nur mittelbar von Streiks Betroffene stark gemacht hat. Man will den Arbeiter nicht geradezu in die Gewerkschaft zwingen.

Warum schätzt die Regierungskoalition diese Gefahr inzwischen gering ein und gewährt den Sozialausschüssen nicht Rückhalt? Warum scheut sie nicht die Gefahr, als Kapitalistenregierung, rücksichtslos gegen Arbeiterinteressen, dazustehen und Rückhalt in der Bevölkerung, hin bis zum Verlust der Wählermehrheit, zu verlieren? Für die Regierungskoalition ist die Neufassung des § 116 nicht nur eine Sache ums Prinzip. Sie hat auch einen aktuellen Zweck. Sie soll gerade

KEIN POLITISCHER STREIK IN DER DEMOKRATIE

■ Der Staat muß im Arbeitskampf unparteiisch sein. Diese Klarheit muß wieder her, weil die Gewerkschaft einen Weg gefunden hat, die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit und damit das Geld der Beitragszahler als Streikkasse zu mißbrauchen.

■ Nur um diese Klarstellung geht es! Nicht um das Streikrecht, nicht um die Streikfähigkeit der Gewerkschaft!

■ Der Staat will den Mißbrauch der Nürnberger Gelder verhindern. Die Gewerkschaft will dies blockieren. Sie

ruft zu Arbeitsniederlegungen auf. Sie will damit Regierung und Parlament unter Druck setzen. Das ist politischer Streik. Politischer Streik ist rechtswidrig.

■ Streik kann es nur um Löhne und Arbeitsbedingungen geben. Wer den Streik als politische Waffe gegen Regierung und Parlament benutzt, handelt undemokratisch und gegen das Recht.

■ Die Gewerkschaft muß sich an die Spielregeln halten wie jeder andere auch. Das sichert den sozialen Frieden.

**BUNDESVEREINIGUNG
DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE**

(Erschienen am 1.12.1985, 20000 Bulet 51)

NPD-"Weihnachtsfeier" fand nicht statt

Nachdem das Verwaltungsgericht Frankfurt die Verweigerung öffentlicher Räume für die NPD mit Bezug auf Artikel 139 Grundgesetz (Gültigkeit der Gesetze der Militärregierung zur Befreiung vom Faschismus) für rechtens erklärt hatte, hatte die VVN-BdA zu einem Antifa-Treffen eingeladen, zu dem unaufgefordert auch KB, Libertäres Zentrum und Volksfront erschienen waren. In Erwartung, daß der Verwaltungsgerichtshof Kassel das Frankfurter Urteil aufheben werde — was auch geschah; der Verwaltungsgerichtshof berief sich auf das "Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts", wodurch das Gesetz Nr. 5 der Militärregierung aufgehoben worden sei — wurde beschlossen, die NPD-Weihnachtsfeier am 15.12.85 zu verhindern. Durch eine Abgrenzung gegenüber "gewaltsamen Auseinan-

dersetzungen" blockierte die VVN-BdA allerdings ein gemeinsames Vorgehen. Ergebnis: Die VVN-BdA beteiligte sich nicht an einer Besetzung des NPD-Saales, stieß aber nach erfolgreichem Verlauf der Besetzung zu den Besetzern und gab Bekenntnisse zur Aktionseinheit der Antifaschisten ab. — (thz)

Ausländerfeindliche Post muß zugestellt werden

Postboten müssen Postwurfsendungen mit rassistischem und ausländerfeindlichem Inhalt zustellen. Dies hat die Bundesregierung betont. Die Fraktion der Grünen hatte angefragt, ob solche Sendungen gegen das "öffentliche Wohl bzw. die Sittlichkeit" lt. § 13 der Postordnung verstießen und Postboten deshalb die Zustellung ablehnen dürften. Antwort des Staatssekretärs Rave vom Postministerium: Solange solche Sendungen nicht per Gericht als strafbar bzw. als verfassungsfeindlich

beurteilt seien, bilde "die Meinungsfreiheit hier das höherrangige Rechtsgut". Vor einiger Zeit hatten sich in Kiel Postboten geweigert, Sendungen der neonazistischen "Kieler Liste Ausländerstopp" zu verteilen, worauf sie die Postdirektion mit der Androhung disziplinarischer Verfolgung zur Verteilung zwang. Diese Förderung rassistischer und ausländerfeindlicher Propaganda hat die Bundesregierung nunmehr ausdrücklich unterstützt. (BT-Protokoll vom 4.12.— rül)

Großversuch zum Ladenschluß

"Beabsichtigt die Bundesregierung, den Appell des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu befolgen, einen Großversuch mit längeren Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen?", fragte kürzlich der SPD-Abgeordnete Dr. Kübler die Bundesregierung. Am 6.12. antwortete die Bundesregierung, sie prüfe, "während der allgemeinen



Kohl über die Gewerkschaftsaktionen: ein unzulässiger "Druck der Straße"

verhindern helfen, daß sich bei den Lohnabhängigen ein breites, sozial gebundenes politisches Interesse bildet. Bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift haben wir darauf hingewiesen, daß ein wesentliches Ziel der reaktionären § 116 Kampagne sein dürfte, für die nächsten Tariffbewegungen stark unterschiedliche Forderungen aufzustellen. Inzwischen fand die Jahrestagung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände statt. Dort sagte deren Vorsitzender Esser:

"Wir bekennen uns zur Tarifautonomie, d.h. zur eigenverantwortlichen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Wir bekennen uns zur Ordnungs- und Schutzfunktion, die diese Regelung auch für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet. Wir sind mit dieser Aussage auf Kritik gestoßen, auch in den eigenen

Reihen. Dennoch wiederhole ich: Es gibt in der modernen Industriegesellschaft keine realistische freiheitliche Alternative zu dieser Regelungsform. Weder der Einzelvertrag zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer noch die staatliche Reglementierung sind praktikable oder freiheitliche Alternativen hierzu. Differenzierung nach Branchen und Regionen – ja – Ausbeutung der tarifvertraglichen Ordnungsfunktion – nein – so muß unsere Handlungsmaxime lauten."

Damit ist es amtlich. Die Lohnflexibilisierung nach Regionen ist damit in den Rang einer Maxime, eines Prinzips also, erhoben. Die Einkommen sollen an den Geschäftserfolg gebunden werden, der im Ausmaß der Arbeitslosigkeit gemessen würde. Die Bildung von Betriebsbewußtsein, Gewerkschaftsbewußtsein soll als großes Mittel gegen die Bildung des Klassenbe-

wußtseins wirken. Der Regierungsentwurf zum AfG ist insofern eine untergeordnete, abstützende Maßnahme. Die Union spielt mit den Sozialdemokraten. Diese sind an einer Verschärfung des Kampfes nicht interessiert. Das würde sie nur in Begründungsschwierigkeiten stürzen. Also rechnet die Regierung fest damit, daß in den nächsten Monaten z.B. die IGM besonders unterschiedliche Forderungen aufstellen und bei unterschiedlichen Abschlüssen landen wird. Solche Abschlüsse würden insgesamt niedrig ausfallen und weitere unterschiedliche, der Geschäftslage angepaßte Zusatzabkommen auf betrieblicher Ebene nötig und möglich machen. Für all dies gibt es bereits Pläne, über die auch schon diskutiert wird.

Bei der Arbeitszeit bringen Kapitalistenvertreter die Forderung auf den Tisch, daß der Ausgleichszeitraum für die Bestimmung der Arbeitszeit im Manteltarifvertrag von derzeit zwei Monaten verlängert werden soll. Der Daimler-Benz-Personalchef Manfred Gentz verlangte auf einem "Symposium Analytik" in Hamburg die Ausdehnung auf sechs und möglicherweise sogar 12 Monate. ("Handelsblatt", 3.12.85) Das wäre dann die flexible Jahresarbeitszeit mit erheblichen Lohnverlusten durch Wegfall von Mehrarbeitszuschlägen.

Bei den Löhnen forderte derselbe Gentz den Übergang von Leistungslohnsystemen zu Prämienlohnsystemen. Das macht nur einen Sinn, wenn der Übergang von Löhnen bezogen auf die Tätigkeiten zu Löhnen bezogen auf den Betriebserfolg gemeint ist. Das Thema wird in der bürgerlichen Strategiediskussion gegenwärtig mit Nachdruck aufgeworfen. So spricht z.B. Späth in "Wende in die Zukunft" von einem wünschenswerten "Gehaltssplitting in Form von Grundlohn

Ladenschlußzeiten Verkaufsstellen in unmittelbarer Nähe von Bahnhöfen offenzuhalten" und das Sortiment in Flughäfen auszuweiten. Mehr beabsichtigt sie zurzeit nicht. Dem Appell des BDI soll also gefolgt werden. – (rül)

Grüne: Fahrpreissenkung bei der Bahn!

Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat einen Antrag vorgelegt, in dem sie verlangt, die Fahrpreise bei der Bundesbahn zum 1.5.1986 um durchschnittlich 20% zu senken. "Hierbei sind die Fahrpreise im Nahverkehr überdurchschnittlich zu senken", heißt es in ihrem Antrag. Zur Begründung verweisen die Grünen u.a. darauf, daß die Bundesbahn ihre Fahrpreise seit 1975 um 68%, im Personen-nahverkehr sogar um 112% gesteigert habe (Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten seit 1975: 43,3%). "Eine Senkung der Nahverkehrspreise

ist insbesondere auch aus sozialpolitischen Gründen unabdingbar", heißt es weiter in der Begründung. Der Antrag ist vernünftig, würde er doch vor allem für die zahlreichen Pendler mit geringen Einkommen wie Rentner, Schüler usw. eine Senkung der Fahrtkosten bedeuten. Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner und andere Gewerkschaften fordern eine solche Senkung der Preise im Personennahverkehr, so daß der Antrag der Grünen auch die Aussicht eröffnet, ähnliche Anträge auf Fahrpreissenkungen in kommunalen Parlamenten einzubringen. (Bt-Drucksache 10/4417 – rül)

Die großen Monopole führen im Export

Welche entscheidende Rolle die großen Monopole im Exportgeschäft westdeutscher Kapitalisten einnehmen, dokumentiert eine Mitte Dezember veröffentlichte Übersicht des BDI-"Institut der deutschen Wirt-

schaft". Danach vereinten 1984 15 Konzerne der BRD 270,2 Mrd. DM, das sind mehr als 50% aller westdeutschen Exporte auf sich (Gesamtexport 1984: 488 Mrd. DM).

Konzern	Exporte 1984
Bayer	33,8 Mrd. DM
Hoechst	31,2 Mrd. DM
Volkswagen	31,0 Mrd. DM
Daimler-Benz	28,8 Mrd. DM
BASF	26,4 Mrd. DM
Thyssen	26,0 Mrd. DM
Siemens	23,4 Mrd. DM
BMW	12,0 Mrd. DM
Mannesmann	10,7 Mrd. DM
Preussag	10,5 Mrd. DM
Bosch	9,7 Mrd. DM
VEBA	9,4 Mrd. DM
A. Töpfer	8,9 Mrd. DM
Krupp	8,4 Mrd. DM

Mit Ausnahme der VEBA exportierte jedes dieser Monopole mehr als 45% seiner Produktion ins Ausland. – (rül)



Links: Schwarz-rot-goldene Gewerkschaftsanstecker— eine Zumutung für die Arbeiterbewegung und besonders für die ausländischen Arbeiter. Rechts: Das Bild vom Hofhund. Will sich der DGB vor den Reaktionen lächerlich machen?

und Erfolgsprämien". Gefeuert wird auch an der "vermögensbildenden" Lohnpolitik. Hier ist im bürgerlichen Lager Unzufriedenheit über mangelnde Zugkraft des 936 DM-Gesetz, das im Unterschied zum 624 DM-Gesetz die Anlage in Produktivkapital voraussetzt. Die Zahl der Leute, die das machen, ist den Bürgerlichen entschieden zu klein. Die Bundesregierung arbeitet gegenwärtig an einer "2. Stufe" des Vermögensbildungsgesetzes, mit der die Sache forciert werden soll.

Diesen Plänen kommen die Lohnforderungen der DAG entgegen, die am 11.12. aufgestellt wurden, also bevor die DGB-Gewerkschaften Forderungen gegenüber der Privatwirtschaft aufgestellt haben. Die DAG fordert je nach Leistungskraft der Branchen zwischen 4,5 und 6,5 %. Die Lohnerhöhungen sollen "leistungsbezogen",

also prozentual sein. "Zur Ausschöpfung des Verteilungsspielraums soll das 4. Vermögensbildungsgesetz genutzt und eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen erreicht werden". (alles aus: "Handelsblatt" 12.12.85) Außerdem teilt die DAG mit— so richtig in der Pose, daß an ihr niemand vorbeikommen soll —, "daß bis zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche 10 bis 12 Jahre vergehen werden".

Versucht man eine Zusammenfassung, so ergibt sich: der Kurs der Regierung ist riskant, aber nicht übermäßig. Sie setzt ein strategisches Zeichen, indem sie dem Arbeiter vor Augen führt, was man auf dem Boden der fdGO und der sozialen Marktwirtschaft alles mit ihm veranstalten kann. Sie nimmt den Protest dagegen in Kauf, weil sie rechnet, daß die Abdrängung der Gewerkschaften, weg

von allgemeinen, für alle verbindlichen Verträgen hin zu Verträgen, die sich am Geschäftsergebnis orientieren, gelingen kann, und falls sie gelingt, gerade zu Zeiten gut laufender Konjunktur, also genau jetzt, enorme praktische Folgen haben wird. Für viele Millionen würde dann nämlich zum Zeitpunkt der Wahlen eine praktische Erfahrung sein, daß eine Besserung ihrer Lebensumstände nicht die Folge gewerkschaftlichen Kampfes, sondern des Aufschwunges der Wirtschaft im allgemeinen und der Firma im besonderen gewesen ist. Wer fragt da nach den anderen? So würde die Grundlage für die parlamentarische Absicherung der gegenwärtigen Reaktion geschaffen.

Quellenhinweis: §116-AFG-Gesetzesentwurf der Bundesregierung, 18.12.85; BDA-Jahresbericht 1985 und Vortrag Esser— (maf, rok)

Zimmermann macht kein Angebot

Bei der ersten Verhandlungsrunde der Tarifausschließung im öffentlichen Dienst erklärte Innenminister Zimmermann die Forderung der DGB-Gewerkschaften für "mit der Lage der öffentlichen Haushalte nicht annähernd vereinbar." Die Kosten der Gewerkschaftsforderung nach Einkommensverbesserungen in einem Volumen von 6 % bezifferte Zimmermann auf 15 Mrd. DM, wenn der Tarifabschluß auch für die Beamten übernommen würde. Veranschlagt man ca. 2,7 Mrd. DM für den "Arbeitgeberanteil" zu den Sozialversicherungen, ließe sich mit den restlichen 12,3 Mrd. DM für die knapp 5 Mio. gerade eine durchschnittliche Bruttoeinkommenserhöhung von knapp 200 DM monatlich (bei 13 Monatseinkommen) finanzieren, eine Erhöhung, die die Reallohnverluste seit 1980 nicht annähernd

ausgleicht. Insbesondere für die unteren Einkommensgruppen will Zimmermann eine spürbare Einkommenssteigerung verhindern. Eine besondere Anhebung dieser Niedrigeinkommen sei mit der kläglichen Strukturverbesserung für Beamte, die laut Zimmermann auf Arbeiter und Angestellte übertragen werden soll, abgegolten. — (kar)

Hoesch drängt in die Rüstung

Am 16.12. gab der Vorstand der Orenstein & Koppel AG, Dortmund, bekannt, man werde zum 1.1.86 mit 51 % Mehrheitsaktionär der Faun AG sein. Die Orenstein & Koppel AG ist zu 75,1 % im Besitz der Hoesch AG, die mit dem Erwerb der Faun AG künftig zwei zusammen operierende Maschinenbauunternehmen besitzen wird. O & K und Faun AG erzielten in diesem Jahr Umsätze von zusammen immerhin 2 Mrd. DM. Noch bemerkenswer-

ter ist: Die Faun AG läßt in ihren Werken zahlreiche Spezialtransporter fertigen und liefert einen großen Teil davon, speziell Schwerlasten für den Transport von Panzern, an die Bundeswehr. Nachdem erst vor einigen Monaten die Mannesmann AG vergeblich versuchte, Dornier zu kaufen, ist nunmehr die Hoesch AG ein weiterer großer Stahlkonzern, der auch öffentlich sichtbare Schritte zur Ausdehnung seiner Geschäfte im Rüstungsbereich unternimmt.— (rül)

Rebmann für mehr bundes- und europaweite Fahndung

Generalbundesanwalt Rebmann verlangt, daß künftig die Bundesanwaltschaft die Fahndungsleitung in allen Angelegenheiten hat, die sie als "terroristisch" oder "gegen die innere Sicherheit" der BRD gerichtet ansieht. Insbesondere müsse Schluß sein damit, daß für verdächtige ausländische Organisationen, die ihren Sitz

Bonner Raketenpläne

Nicht nur SDI, auch Raketen für Europa!

Am 18.12. hat das Bundeskabinett entschieden, die Beteiligung westdeutscher Rüstungsfirmen am US-Weltraumwaffenprogramm SDI vertraglich zu unterstützen. Die Entscheidung war zu erwarten, nachdem Konzerne wie Siemens, MBB und Daimler-Benz energisch auf ihre Absicht hingewiesen hatten, an diesem Programm teilzuhaben. Sie können nun darauf rechnen, daß sie die Bundesregierung bei ihren Forschungen unterstützen wird, insbesondere bei dem Vorhaben, diese Forschungen weitgehend aus US-Regierungsgeldern bezahlt zu bekommen, die Forschungsergebnisse aber als ihr Eigentum behalten und weiterverwenden zu können.

Fünf Tage zuvor hatte der Bundestag über SDI debattiert. Dabei wurde deutlich, daß sowohl die Bundesregierung wie auch die SPD – die das SDI-Programm offiziell ablehnt – diese SDI-Forschungen weiterverwenden wollen: Der Aufbau eines "europäischen" Raketenprogramms, zusätzlich zu den nunmehr weitgehend stationierten Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles, soll zügig in Angriff genommen werden.

CDU/CSU-Fraktionschef Dregger forderte für dieses "europäische" Raketenprogramm ebenfalls US-Gelder: "Es gibt eine europaspezifische Bedrohung durch Kurzstreckensysteme, Flugzeuge und Marschflugkörper, die wahrscheinlich durch weltraumgestützte Systeme nicht abgewehrt werden kann. Diese europaspezifische Bedrohung gewinnt an Gewicht, je mehr es den Weltmächten gelingt, ihre ei-

genen Territorien zu schützen ... Ich meine, wir sollten die Abwehr dieser europaspezifischen Bedrohung als eine Aufgabe der europäischen Verteidigung begreifen, die im Rahmen der NATO zu erfüllen ist. Da es sich voraussichtlich um land- und luftgestützte Abwehrsysteme handelt, ist das eine Aufgabe der Luftverteidigung, an der sich die Amerikaner finanziell, technisch und wissenschaftlich beteiligen sollten ... Auf diese Weise könnten wir Forschungsergebnisse bei SDI für die europäische Verteidigung nutzbar machen."

Die Begründung, die der Unions-Fraktionschef für dieses europäische Raketenprogramm anführt, ist schon ein bemerkenswertes Stück "Verteidigungsstrategie". Weil zu befürchten ist, daß die Sowjetunion künftig besser in der Lage ist, "ihre eigenen Territorien zu schützen", muß Europa, muß die BRD rüsten!

Die SPD ist entgegen dem von ihr mit der Ablehnung von SDI verbreiteten öffentlichen Eindruck, sie sei gegen neue Raketen, in Wirklichkeit durchaus bereit, ein solches europäisches Raketenprogramm zu unterstützen. Der BRD-Imperialismus strebt bei einem solchen Raketenprogramm eine dominierende Rolle an, um seinem Ziel der Wiederherstellung des Deutschen Reiches künftig auch durch eigene Raketenrüstung näherzukommen. SPD-Sprecher Gansel versuchte im Bundestag, diesem Programm die höheren Weihen einer "Selbstbehauptung Europas" in einer Welt von Feinden zu verschaffen: "Das Ende der 'extended deterrence' zeichnet sich ab, das Ende der von Nordamerika auf Westeuropa ausgehenden Abschreckung für alle Eventualfälle ... Europa ist zur Selbstbehauptung herausgefordert. Es ist herausgefordert, seine militärische Si-

cherheit gegenüber der Sowjetunion selbst zu gewährleisten und seine politische Unabhängigkeit zu den USA wiederherzustellen." Ein ganzes Arsenal neuer Waffen will die SPD bereitstellen helfen. Gansel: "Wir schlagen in unserem Antrag, der EVI ablehnt, zugleich eine Stärkung der europäischen Luftabwehr gegen Flugzeuge und die Prüfung der Abwehr von Marschflugkörpern und von modernen Distanzwaffen durch neue konventionelle Technologien vor." Diese Waffen, so Gansel weiter, seien "für uns auch unabdingbar". Was da als sozialdemokratischer Vorschlag für die "Selbstbehauptung Europas" daherkommt, sind in Wirklichkeit genau die Waffen, die Leute wie NATO-Oberbefehlshaber General Rogers für den "tiefen Schlag" weit nach Polen und in die UdSSR hinein schon lange fordern und die US- und westeuropäische Rüstungsunternehmen auch bereits entwickeln. Für diese Rüstungen hat die SPD nunmehr auch offiziell ihre Zustimmung erklärt.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 13.12.85 – (rül)

Arbeitszeitgesetz

Arbeitswissenschaftler für ein fortschrittliches AZG

Gegen den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz, mit dem die noch gültige Arbeitszeitordnung von 1938 abgelöst werden soll, wendet sich ein Aufruf von Wissenschaftlern des DGB-Instituts WSI. Von 80 angeschriebenen Hochschullehrern aus den Bereichen Arbeitsmedizin und Arbeitsrecht haben ihn bislang 50 unterstützt. Im folgenden Zitate aus einer Vorveröffentlichung des Aufrufs:

nicht in der BRD haben, die örtlichen Staatsanwaltschaften zuständig sind. Mit der Zentralisierung würde Rebmann z.B. verschiedene revolutionäre und fortschrittliche türkische und kurdische Organisationen, aber auch die palästinensische Befreiungsfront PLO, die ihren Hauptsitz im Ausland haben, bundesweit verfolgen können. In Erwartung der Einführung des sogenannten Europa-Passes plädierte Rebmann für die Einrichtung einer zentralen europäischen Fahndungsinstitution – etwa durch Ausbau der europäischen Interpol-Zentrale in Paris. Die Zentrale soll selbständig tätig sein und sicherstellen, daß – so Rebmann – RAF-Angehörige und andere Frankreich nicht mehr als "Ruhezone" von westdeutscher Fahndungshatz nutzen könnten. Das heißt, Rebmann verlangt erneut europaweite Fahndungsrechte für die westdeutschen Behörden auch im Ausland. – (uld)



Am 11. Dezember reiste die 2. Große Strafkammer des Landgerichts Krefeld zu einem Lokaltermin in das ehemalige KZ Buchenwald, um die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Zgoda im Thälmann-Mord-Prozeß an Ort und Stelle zu prüfen (Bild). Nach Angaben des Bremer Anwalts Heinrich Hannover, Vertreter der Nebenklägerin Frau Gabel-Thälmann, hat sich eindeutig geklärt, daß Thälmann vom Eingang des Krematoriums am 18.8. 1944 hinterrücks erschossen und anschließend in einem Ofen des Krematoriums verbrannt wurde. – (rub)

"Aus unserer Sicht muß eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Weiterentwicklung der Arbeitszeitvorschriften vor allem die vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnisse zu folgenden Zusammenhängen berücksichtigen:

- Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit entscheiden maßgeblich über das Ausmaß der Gesundheitsgefährdung in und durch die Arbeit.

- Die konkrete Ausgestaltung von Arbeitszeitregelungen beeinflusst den Spielraum der betrieblichen Personalpolitik und damit der personalwirtschaftlichen Rationalisierung...

Kürzere Arbeitszeit ist vorbeugend der Gesundheitsschutz ... Dauer und Intensität der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft führen auch heute noch in Verbindung mit belastenden Arbeitsbedingungen zu einer tiefgreifenden Gefährdung der Gesundheit der Arbeitnehmer ...

- Dauer und Lage der Arbeitszeit bilden einen eigenständigen Belastungsfaktor mit dauerhafter und häufig kumulierender Wirkung. Rund 3,5 Mio. Menschen arbeiten regelmäßig Nacht- und/oder Schichtarbeit ...

- Zahlreiche moderne Volkskrankheiten wie z.B. chronisch-degenerative Verschleißerkrankungen, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Magen-Darmerkrankungen usw. müssen auf Grund epidemiologischer Untersuchungen als arbeitsbedingte Erkrankungen angesehen werden, die ein Ergebnis von dauerhafter Überforderung und Überlastung im Arbeitsleben darstellen ...

Arbeitszeitverkürzung, in ihren verschiedenen Formen, insbesondere in der Form täglicher und wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung, bildet damit eine wesentliche Voraussetzung für humane Arbeitsbedingungen ...

Feste Arbeitszeitbestimmungen sichern Arbeitsplätze ...

Anforderungen an ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz.

- Der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche sind als regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit festzuschreiben.

- Die Mehrarbeit muß auf unvorhergesehene und unvermeidliche Fälle begrenzt werden ...

Besondere Arbeitszeiten (Sonn- und Feiertagsarbeit, Nacht- und Schichtarbeit) und Arbeitsformen (Arbeit auf Abruf, kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit), die sich besonders belastend auf die Arbeitnehmer auswirken, sind nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

- Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen darf nicht angetastet werden, sondern muß Schritt für Schritt grundsätzlich auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt werden ..."

Quellenhinweis: Demokratisches Gesundheitswesen 12/85 – (wiw)

Armut, Abhängigkeit, Selektion

Sozialerhebung des Studentenwerks Entwurf zur 10. BAFöG-Novelle

Anfang Dezember hat das Deutsche Studentenwerk den Vorbericht seiner 11. Erhebung zur sozialen Lage der Studenten veröffentlicht. Diese Erhebung wird regelmäßig alle drei Jahre durchgeführt. 10% der Studenten an 54 Hochschulen der BRD wurden befragt.

Das DSW stellt fest, daß die soziale Lage der Studenten sich weiter verschlechtert hat und die Belastung der lohnabhängigen Eltern mit den Kosten der Hochschulausbildung der Studenten gestiegen ist. Ein Viertel der Studenten hat monatlich weniger als 700 DM zu Verfügung, die Hälfte weniger als 840 DM. 68% aller Studenten müssen finanzielle Zuschüsse ihrer Eltern zur Studienfinanzierung in Anspruch nehmen.

Mit der allgemeinen Verbreitung des Elends geht aber die Herausbildung einer Gruppe von "Kindern 'großer' Selbstständiger" – Kapitalistennachwuchs, hohe Beamte und Angestellte – einher. Diese Studenten ha-

widerlegen die von Regierungsstaatssekretär Pfeiffer im Zusammenhang mit dem schon früher festgestellten Rückgang der Studienanfängerzahlen verbreitete Behauptung, es gäbe "keine Anhaltspunkte für eine soziale Selektion in der Studentenschaft". Zur sozialen Zusammensetzung stellt das DSW fest, daß der Anteil von Studenten, deren Eltern Arbeiter, Angestellte oder Beamte im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst sind, erstmals zurückgeht.

Als entscheidenden Grund nennt das DSW die in den letzten Jahren durchgeführten Änderungen beim BAFöG. Von 1982 bis 1985 ist der Anteil der BAFöG-Bezieher von 37% auf 27% aller Studenten gefallen. Verursacht ist dieser Rückgang durch die sinkende Zahl der Studienanfänger, die Ausbildungsförderung erhalten (–5% an den Unis, –14% an den FHS) und durch die Diskrepanz zwischen der Höchstförderungsdauer (maximal zehn Semester) und der tatsächlichen Stu-



"Ich kenne das Lied, ich kenne die Weise, ich kenn' auch die Herren Verfasser – ich weiß sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser" (H. Heine)

ben ein durchschnittliches Monatseinkommen von 1174 DM. Angaben über die Größe dieser Gruppe enthält die Erhebung noch nicht. Im Erscheinungsbild der Universitäten fallen aber gerade die Cliquen dieser affektierten, arroganten Schnösel nicht nur durch ihr unangenehmes Benehmen, sondern durch Zurschaustellung ihres Reichtums, gepflegte, teure Kleidung auf.

Auf der Gegenseite regiert der Hunger. Bei den Ausgaben steigt der Mietanteil, während die Ausgaben für Ernährung von 212 auf 203 DM gesunken sind. 26% aller Studenten müssen sich von fünf DM am Tag "ernähren"!

Die Ergebnisse der Sozialerhebung

diendauer, die inzwischen wegen des Zwangs, neben dem Studium zu arbeiten, und der steigenden Prüfungsanforderungen bei 12,7 Semestern liegt.

In verschiedenen Beschlüssen fordert die 45. Mitgliederversammlung des DSW eine deutliche Anhebung der Bedarfssätze und der Freibeträge, damit mehr Studenten Ausbildungsförderung beanspruchen können, und die Zurücknahme der "Volldarlehensregelung". Die Förderung soll zumindest wieder auf eine "Mischförderung mit überwiegender Zuschußförderung" umgestellt werden.

In diesem Zusammenhang äußert das DSW auch vorsichtige Kritik am

Aus dem Sozialbericht des Studentenwerks

Die unten angeführten Daten geben einen Überblick über wichtige Aspekte der Entwicklung der sozialen Situation der Studenten, soweit sie die Vorauswertung der 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks liefert.

Die Aufgliederung der Studenten nach "Typen" unterscheidet dabei: den "Normalstudenten", der unverheiratet ist, nicht mehr im Elternhaus sich befindet und sich im Erststudium befindet, den "Elternwoh-

ner", der zu Hause wohnen muß, weil er sich in der Regel keine eigene Wohnung leisten kann, den "Zweistudenten", der bereits einen Hochschulabschluß hat, und die verheirateten Studenten. Als Folge der Verarmung wächst die Zahl der "Elternwohner".

Das Studentenwerk konstatiert für die Einkommen der Studenten eine erneute Einkommensenkung, für das der "Elternwohner" einen Einbruch. Eine Inflationsrate von 2,5% zugrundegelegt sind inflationsbereinigte Zentralwerte der Einkommen (die Hälfte liegt darunter) bei "Normalstudenten" um 2,5%, bei "Elternwoh-

ner" um 13% gefallen – für die Durchschnitte gelten 5,4% bzw. 14%.

Gestiegen ist die Erwerbsquote der Studenten von 1982 50% auf 1985 55% bei immer schlechterer Bezahlung: der Anteil der Studenten, die weniger als 200 DM verdienen, ist von 22% auf 26% gestiegen.

Der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen muß aus den vorliegenden Daten auf 15% gegenüber 16% 1982 geschätzt werden.

Quellenhinweis: 10. Sozialerhebung des DSW; HIS: Die wirtschaftliche Lage der Studentenschaft in der BRD im Jahre 1985

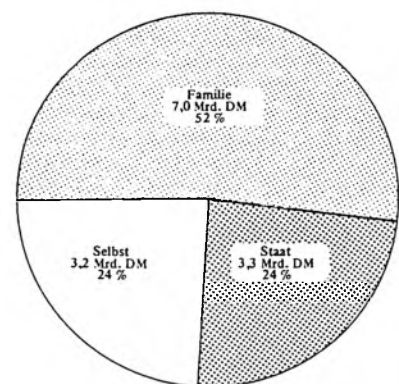
Studienanfänger an den Hochschulen in der BRD

Jahr	insgesamt	Frauenanteil
1975	166 600	36,6%
1976	168 100	34,6%
1977	165 500	38,8%
1978	172 500	19,8%
1979	177 700	38,9%
1980	195 000	40,1%
1981	216 600	41,6%
1982	225 100	40,4%
1983	233 300	37,8%
1984	221 300	38,4%

Ausgabenstruktur und Bedarfs- rechnung für den Normal- studenten, 1982, 1985

Ausgaben für	1982	1985	Bedarf 1985
Ernährung	212	203	312
Miete	242	216	300
Fahrtkosten	111	101	49
Körperpflege	19	22	26
Lernmittel	53	49	72
Sonstiges	183	216	215
Summe	820	863	974

Bild 4.3 Schätzung des jährlichen Finanzaufkommens für den Lebensunterhalt der Studenten nach Familien-, Staats- und Selbstanteil im Jahre 1982 (in Mrd. DM und %)



Einkommen der Studenten 1982 und 1985, nach Studententyp

Studententyp	Anteil an Studenten		Zentralwert Gesamteink.		Durchschnitt Gesamteink.		Durchschnitt Bareinkommen	
	1982	1985	1982	1985	1982	1985	1982	1985
Normalstud.	60%	60%	800	840	876	895	777	802
Elternwohner	23%	27%	700	665	750	707	518	494
Zweistud.	8%	7%	1000	o.A.	166	189	104	120
Verheiratet	5%	4%	1000	o.A.	1128	1177	963	1052

Anteil der BAFöG-Bezieher an allen Studenten an

Jahr	wiss. Hochsch.	Fachhochsch.
1973	39,2%	63,0%
1976	38,2%	63,0%
1979	33,0%	66,0%
1982	33,7%	53,5%
1985	24,0%	38,4%

ganzen Unterhaltsrecht, das die lohnabhängigen Eltern verpflichtet, für ihre in Hochschulausbildung befindlichen Kinder aufzukommen.

Die Bundesregierung treibt in der ganzen Angelegenheit ein zynisch verlogenes Spiel. Bei Vorlage des Vorberichts erklärte Staatssekretär Pfeiffer, die "ermittelten Gesamtaufwendungen eines Studenten bewegen sich durchaus in einer Größenordnung", wie sie die Bundesregierung "bei der geplanten Anhebung der Bedarfssätze zugrunde legt". Am 11.12. veröffentlichte die Regierung ihre Beschlüsse zur 10. BAFöG-Novelle: Ab Herbst 1986 soll der Höchstförderungsbeitrag auf 823 DM erhöht werden. In der in der Presse breitgeschlagenen Verlautbarung unterschlägt die Regierung, daß diesen Betrag nur erhält, wer alle "Härtezuschläge" bekommt, das bedeutet, wer monatlich mindestens 295 DM Miete zahlen muß. Der Regelbedarfssatz wird nämlich

bloß von 690 auf 710 DM erhöht.

Der Maßstab dessen, was ein Student zum Leben beanspruchen kann, wird damit weiter erheblich unter dem gehalten, was heute schon bei größten Einschränkungen verbraucht wird und trotzdem nicht langt. Außerdem führt diese "Erhöhung" zu einer Erhöhung der Schulden, die nach dem Studium zurückgezahlt werden müssen, denn die Vollarlehensregelung bleibt in Kraft.

Ministerin Willms erklärte weiter, daß als Maßstab für die Zahl der Berechtigten nicht die Gesamtstudentenzahl, sondern die nach dem Gesetz Anspruchsberechtigten zu gelten haben. Alle, die die Höchstförderungs-dauer überschritten haben, dürften nicht berücksichtigt werden. Sie kündigte zugleich "Maßnahmen zur Senkung der Studiendauer" an.

Die Kritik an der Regierungspolitik bietet dagegen ein trauriges Bild. Die SPD Abgeordnete Odendahl forderte,

daß "jede demokratisch verantwortbare Elitenförderung" die Förderung "von Begabung und Leistung" zum Grundsatz haben müsse. Die GRÜNEN verlangten, "die Auszubildungsförderung dürfe nicht zum Instrument zur Steuerung des Akademikerarbeitsmarkts verkommen". Nirgends ist von berechtigten und notwendigen Bedürfnissen der Studenten die Rede, die Geld verlangen. Nirgends wird der Zustand kritisiert, daß erwachsene Leute als Kinder behandelt werden, die nicht nur finanziell abhängig sind, sondern immer mehr gezwungenermaßen unter häuslicher Kuratel stehen. Quellenhinweis: 10. Sozialerhebung des DSW; Studenten an Hochschulen 1975 bis 1983; Studenten an Hochschulen WS 1983/84; Pressemitteilungen des Deutschen Studentenwerks 2.-12./12.; Pressemitteilungen des BMBW; Informationen der SPD-Bundestagsfraktion; FAZ 2.-13.12.85. – (chf, mas)

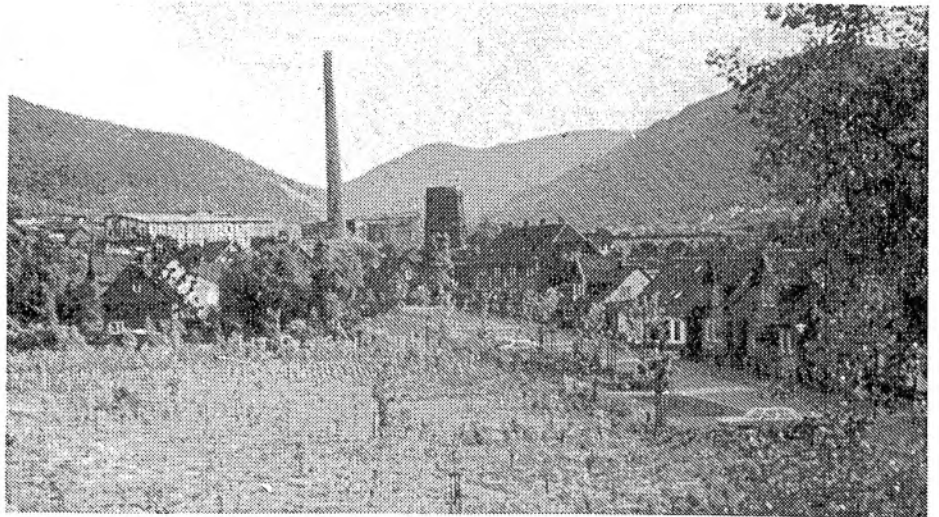
"Baugesetzbuch"-Entwurf

"Erleichterung" für Eigentum von Standards und Bürgerbeteiligung

Am 4.12.85 hat die Bundesregierung das "Jahrhundertwerk", den Entwurf für ein "Baugesetzbuch" (BauGB) verabschiedet, der noch in dieser Legislaturperiode, also noch vor der Bundestagswahl 1987, verabschiedet werden soll. Der Entwurf wird u.a. von Architekten- und Stadtplanerverbänden abgelehnt, die im Gegenteil schon gegenüber dem geltenden Recht mehr Bürgerbeteiligung und Ausweitung der Planungen zur Vermeidung von Zersiedlung und Landschaftszerstörung fordern. "Planungsfeindlichkeit als Grundeinstellung ist somit ungeeignet, Zukunftsaufgaben zu bewältigen" (vg. Anm. 7). Der Berg kreiste und gebär eine Maus - unter dieses Motto könnte man Anspruch und Wirklichkeit des "Gesetzbuch"-Entwurfes stellen. Denn der Entwurf ist formell nichts anderes als ein Zusammenschrieb aus Bundesbaugesetz (BBauG) und Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) mit einigen nicht unbedeutenden Änderungen. "Rechtstechnisch" ist es daher auch lediglich ein Änderungsgesetz zum Bundesbaugesetz. Ohne die Bauordnungen, die nach wie vor von den Ländern erstellt werden, kann von einem Baugesetzbuch auch keine Rede sein. Dennoch wäre es eine fatale Fehleinschätzung, wenn aus dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit des "Baugesetzbuches" die beabsichtigten Änderungen verharmlost würden, zumal neben dem "Baugesetzbuch" eine Reihe von Änderungen, insbesondere die Senkung von Standards in Bezug auf das Baurecht und die Bauförderung, geplant sind (vgl. Kasten).

Unter den Schlagworten "Baufreiheit" und "Entbürokratisierung" sollen durch das Baugesetzbuch vor allem "Investitionshemmnisse" für Bauwillige beseitigt werden, insbesondere für Gewerbebauten: durch erhebliche Erleichterung von Baugenehmigungen, durch Einschränkung der Bürgerbeteiligung, der Sozialpläne und der Begründung der Pläne. Noch weniger als bisher sollen Bauvorhaben das Licht der Öffentlichkeit erblicken müssen, da die Baugenehmigungsbehörde noch mehr als bisher darüber befinden kann, ob ein öffentliches Planverfahren mit Bürgerbeteiligung und politischer Entscheidung Voraussetzung für die Genehmigung ist, oder ob eine verwaltungsinterne Einzelgenehmigung ausreicht. Schon nach dem geltenden Planungsrecht sind in der BRD in den Jahren 1979-81 über 20% der Baugenehmigungen für Wohngebäude, aber über 50% der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude (insbes. Gewerbebauten) außerhalb von beplanten Be-

reichen erteilt worden. (vgl. Anm. 3) Von den Baugenehmigungen in Plangebieten waren außerdem durchschnittlich fast 20% Befreiungen, d.h. auf ein Planänderungsverfahren zur Genehmigung wurde verzichtet. Schon heute werden demnach durchschnittlich rund 1/3 der Wohngebäude und 2/3 der Gewerbebauten ohne Beteiligung der Politiker und Bürger genehmigt, obwohl ein Planerfordernis besteht. Durch die geplanten Änderungen sollen Baugenehmigungen sowohl in bebauten als auch in unbebauten Landschaftsteilen erheblich erleichtert werden. Daher ist die angeblich besondere Betonung des Umweltschutzes im Baugesetzbuch reine Propaganda, weil der Zersiedlung der Landschaft Vorschub geleistet wird und außerdem die Möglichkeiten für die Kommunen eingeschränkt werden,



Veränderte Sanierungsziele: z.B. umfassende Ortssanierung Oker u.a. durch Altanlagenanierung, Rekultivierung, Beseitigung von Wohnungen, Bodenaustausch, Immissionsschutz (für Industrie 17,8 Mio DM Zuschüsse)

Immissionsschutzaufgaben zu erteilen.

Die kommunalen Möglichkeiten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch das Vorkaufsrecht zu verhindern, werden eingeschränkt, und die verstärkte Veräußerungspflicht von Gemeindegrundstücken wird die langfristige Planung von kommunalen Versorgungseinrichtungen erschweren.

Vor dem Hintergrund des gekürzten kommunalen Finanzspielraumes erwächst aus dem angekündigten Ausstieg des Bundes aus der Förderung des Sozialen Wohnungsbaues und der Sanierung ab 1988 eine kaum kalkulierbare Zusatzbelastung für die Kommunen. Für die Jahre 86/87 hat der Bund zwar seine Sanierungsmittel auf 1 Mrd. DM verdreifacht. Dies ist je-

doch Augenwischerei, da die Modernisierungs- und Energieeinsparprogramme, die in den 70er Jahren fast die Hälfte aller Sanierungsmittel ausgemacht haben, formell gestrichen wurden, jetzt jedoch im Rahmen der Sanierung durchgeführt werden. Die Sanierungsförderung soll nach dem Ende der Städteexpansion umfassend auf die Erneuerung des Baubestandes ausgerichtet werden, einschließlich der Ausweitung auf die Wirtschaftsförderung zur Durchsetzung von Betriebserweiterungen oder zur Bewältigung von Immissionsproblemen und Altlasten.

Fazit: Förderung und Baurecht sollen noch stärker als bisher in erster Linie den gewerblichen Kapitalinteressen dienen. Die finanzielle Förderung des Wohneigentums wird zwar gesenkt, aber dafür werden auch die Standards und andere Investitionshemmnisse beseitigt, damit dennoch Vermieter und Selbstnutzer von Wohneigentum in einer Lage der Kürzung der Realeinkommen und Sozialleistungen Vorteile ziehen können. Der Staatsapparat wird auf die stär-

kere Unterstützung des Privateigentums an Maschinen und Gebäuden ausgerichtet. Aber diese christliche Politik ist auch "sozial". Da die Senkung der Standards auf die Miete drückt, auch wenn die Vermieterrendite gleich bleibt, hat auch der Mieter seinen "Vorteil", besonders, wenn zusätzlich das Wohngeld zum 1.1.86 um 20% angehoben wird (obwohl damit der Standard von 1981 nicht erreicht wird). Daß sich die unteren Einkommen dann im nackten Elend wiederfinden, das werden sie dann selbst verschuldet haben und die Sozialleistungen müssen vor Mißbrauch geschützt und der Lohn kann dann weiter gesenkt werden. Die christliche "Sozialpolitik" wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie stellt an die oppositionellen Kräfte hohe Anforderungen. — (jeb)

Stellungnahmen zu den geplanten Baurechtsänderungen

"Entbürokratisierung"

Schwerpunkte der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung im Bauwesen sind: das neue Baugesetzbuch, Vereinfachungen im Wohnungsrecht (z.B. das am 17.7.85 in Kraft getretene Wohnrechtsvereinfachungsgesetz, welches u.a. die Mindeststandards für Sozialwohnungen weitgehend gestrichen hat; die Aufhebung des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes; die "Harmonisierung von Wohngeld und Sozialhilfe"; die Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums), "Vereinfachungen" im sog. Baunebenrecht des Bundes (z.B. "durch Abbau überhöhter oder überflüssiger baulicher Anforderungen" u.a. bzgl. der Arbeitsstättenverordnung), Vereinfachungen bei den technischen Baunormen, bei der Verdingungsordnung für Bauleistungen, bei den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes. (vgl. Anm. 1)

"Standortsicherung von Betrieben"

"Nach Einschätzung der Mitglieder" (der vom Bundesbauminister eingesetzten Arbeitsgruppen 1 und 2 zum Baugesetzbuch, vgl. Anm. 2) "kann das Bauplanungsrecht einen nicht unbeachtlichen Beitrag zur Investitionsfähigkeit der Betriebe und damit letztlich auch für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Dabei wird berücksichtigt, daß der Großteil der Investitionen weniger durch Neuerrichtung oder Verlagerung von Betrieben, sondern durch Investitionen an vorhandenen Standorten durchgeführt wird. Die bauplanungsrechtliche Absicherung vorhandener Standorte sei daher von wesentlicher Bedeutung. Da sich diese Standorte überwiegend in Nachbarschaft zu Wohngebieten befänden und im Regelfall eine Verlagerung der Betriebe oder Umsiedlung der Wohnbevölkerung nicht in Betracht komme oder städtebaulich oft nicht erwünscht sei, müsse auf weite Abstände zwischen Wohnen und Arbeiten verzichtet werden. Dies sei im Blick auf die Vermeidung unzumutbarer Immissionen heute angesichts der fortschreitenden Entwicklung umwelttechnischer Maßnahmen zunehmend vertretbar." (vgl. Anm. 2)

Kritik am Baugesetzbuchentwurf

Auszug aus der Stellungnahme der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung zum Referentenentwurf eines Baugesetzbuches (da der am 4.12.85 eingebrachte Entwurf sich nur unwesentlich vom Referentenentwurf unterscheidet, gilt die Kritik im wesentlichen auch dem Entwurf):

Inhalt des Bebauungsplanes, § 9 Bundesbaugesetz (BBauG), Problem der Gemengelage: "Die Tendenz geht dahin, die Betriebe, wenn irgend vertretbar und regelbar, am alten Standort zu belassen ... Nur durch Festsetzung von flächenbezogenen Emissionsobergrenzen in einem Bebauungsplan, also durch ein langfristig angelegtes Konzept für das problematische Gebiet, kann eine schrittweise Verbesserung der Situation erreicht werden ... Daher soll die bisherige Regelung, die den Gemeinden mehr Entscheidungsspielraum offen hält, beibehalten werden."

Vorkaufsrecht, § 24 BBauG: "Die vorgeschlagene Einschränkung der Voraussetzungen für die Ausübung des Vorkaufsrechtes (Verbindlicher Bebauungsplan statt Aufstellungsbeschluß) sowie die Abschaffung des Vorkaufsrechtes für Wohneigentum und Erbbaurechte sollen rückgängig gemacht werden."

Die Genehmigung von Vorhaben während der Planauf-

stellung wird früher möglich, § 33 BBauG: "Nach dieser Regelung wäre es möglich, einen Aufstellungsbeschluß zu fassen, und danach ohne Kontrolle durch den Rat, ohne Beteiligung der Bürger, ohne gesicherte Erschließung ein Vorhaben auf grüner Wiese oder auch in der Innenstadt zu genehmigen."

Zulässigkeit von Vorhaben im nichtbeplanten Innenbereich wird ausgeweitet, § 34 BBauG: "... kein Planungspraktiker kann bestreiten, daß in der gegenwärtigen Situation Gemeinden durch den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen erpressbar geworden sind und daß deshalb die Versuchung gewachsen ist, politische Entscheidungen zu Lasten der betroffenen Bürger und zu Lasten einer kurzfristig sinnvollen städtebaulichen Entwicklung zu fällen. Die gesetzlichen Regelungen sollten dieser Versuchung nicht entgegenkommen ... Eine Ausweitung des § 34 schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Räte ein, schließt den Bürger von der Mitwirkung aus und vergrößert den Spielraum der Bauordnungsämter ... Hier werden Regelungen getroffen für Vorhaben, die sich nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen und die im Falle einer Genehmigung zu Spannungen zwischen den benachbarten Nutzungen führen. Dieser Konflikt kann nur durch demokratische Planungsverfahren bewältigt werden."

Bauen im Außenbereich soll erleichtert werden, § 35 BBauG: "Aber gerade das Bauen im Außenbereich gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen, beeinträchtigt die Belange des Landschaftsschutzes und widerspricht dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden."

Kosten- und Finanzierungsübersicht, § 146 BauGB: "Es gibt Absichten der Bundesländer, die Städtebauförderung und einzelne Bereiche des Städtebaurechts in die Gesetzgebungskompetenz der Länder zu überführen. Aus der Sicht der Gemeinden muß diesen Bestrebungen aus folgenden Gründen widersprochen werden: Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen sollen dazu beitragen, daß die bauliche Struktur in allen Teilen des Bundesgebietes nach den sozialen, hygienischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entwickelt wird ... Dazu kommt, daß der Bundesbauminister auch folgende städtebauliche Mißstände behoben sehen will: 1. Gewerbebrachen, 2. Gemengelage von Wohnen und Gewerbe, 3. Altlasten, 4. Lärmbelastung. Wir alle wissen oder ahnen nur, welche finanziellen Belastungen durch diese Mißstände auf die Gemeinden zukommen. Dabei sind die Kosten für die Nachbesserung in Wohngebieten der 60er und 70er Jahre in der Begründung zum Baugesetzbuch nicht genannt."

Vergleich der Kosten (Bundesanteil)

Sozialer Wohnungsbau (überwiegend Eigentumsförderung) 1985: 1,07 Mrd. DM, 86: 0,95 Mrd. DM; Wohngeld 1985: 1,48 Mrd. DM, 86: 1,79 Mrd. DM, 87: 1,9 Mrd. DM; Wohnungsbauprämie 1985: 1,06 Mrd. DM, 86: 0,97 Mrd. DM; Städtebauförderung 1985: 0,3 Mrd. DM, 86: 1 Mrd. DM. Die in diesem Jahr in Kraft getretenen Abschreibungserleichterungen für Wirtschaftsbauten werden nach Berechnungen des ifo-Instituts München ein Vielfaches der Wohngelderhöhung ausmachen; 1985: 1 Mrd. DM, 86: 3 Mrd. DM, 87: 4-5 Mrd. DM. (vgl. Anm. 5)

Quellenhinweis: (1) "Baugesetzbuch", Broschüre des Bundesbauministers vom 4.12.85, Gesetzentwurf zur Kabinettsvorlage vom 26.11.85; (2) "Materialien zum Baugesetzbuch", Schriftenreihe des Bundesbauministers Heft 03.108, 1984; (3) "Rechtstatsachenuntersuchung zur Baugenehmigungspraxis", Bundesbauminister Heft 03.110, 1985; (4) Wohngeld- und Mietenbericht 1985, BT-Drs 10/3222, 19.4.85; (5) Bundesbaublatt 8/85; (6) Bundesbaublatt 9/85; (7) "Neues Städtebaurecht-Forderungen der Planer", Stellungnahme der BDA/BDLA/FLL/SRL-Arbeitsgruppe Baugesetzbuch, Juli 85.

EG-Politik

Ausländerpolitik der EG fortschrittlich?

Am 1.12.86 soll lt. den Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EG und der Türkei den Bürgern der Türkei Freizügigkeit in die Länder der EG gewährt werden. Die Bundesregierung führt seit längerem bilaterale Verhandlungen mit der türkischen Regierung mit dem Ziel, zu verhindern, daß diese Freizügigkeit einsetzt.

Das Assoziierungsabkommen, das am 1.12.64 in Kraft trat, besteht aus mehreren Teilen. Zum einen Teil aus finanziellen Bestimmungen, die der Türkei Darlehen zu Sonderbedingungen gewähren, zum anderen aus Festlegungen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EG und der Türkei und aus einem Teil "Soziale Bestimmungen", der die Herstellung der schrittweisen Freizügigkeit der türkischen Bürger während dem 1.12.76 und dem 1.12.86 in die Länder der EG vorsieht. Die erste Phase der Gewährung der Freizügigkeit sollte bis 1980 dauern, in der die türkischen Arbeiter in der EG Arbeit vermittelt bekommen sollten. Dabei standen sie bei der Vermittlung an zweiter Stelle nach den Arbeitern aus EG-Ländern, sollten aber den Arbeitern aus Drittländern vorgezogen werden. In der zweiten Phase sollte den türkischen und kurdischen Arbeitern Vergünstigungen bei Arbeitsplatzwechsel und der Behandlung der Familienmitglieder gewährt werden. 1974, also nach der Zuzugssperre durch die Bundesregierung, begannen Verhandlungen zwischen der EG und der türkischen Regierung, um diese Bestimmungen abzumildern. In der Zeit danach wurden von BRD-Regierungsseite Zugänge von türkischen Arbeitskräften auf den westdeutschen Arbeitsmarkt zugelassen, aber nur für Familienangehörige der türkischen und kurdischen Arbeiter.

Verschiedentlich werden Stimmen laut, so z.B. vom Referenten Kostas Dimakopoulos bei der Ausländerpolitischen Konferenz des Frankfurter Appell im November, die Opposition in der Ausländerpolitik müsse durchsetzen, daß den türkischen Arbeitern, die bereits in der BRD leben, die rechtlichen Vorteile der Freizügigkeit innerhalb der EG-Länder gewährt werde. Wirklich ist die Rechtsstellung eines Arbeiters aus einem EG-Land in der BRD und einem aus einem Drittland verschieden. Z.B. kann der Arbeiter aus einem EG-Land alle Kinder unter 21 Jahren in den Staat zu sich nehmen, in dem er arbeitet. K. Dimakopoulos schreibt 1984 in einem Artikel im "Informationsdienst zur Ausländerarbeit": Der Entwurf des Nie-

derlassungsgesetzes der Grünen im Bundestag sei zwar "begrüßenswert", habe aber "kaum Chancen, nationale Realität zu werden. Lediglich das internationale Recht bleibt noch als Bollwerk der Verteidigung der Rechte ausländischer Arbeitnehmer erhalten ..."

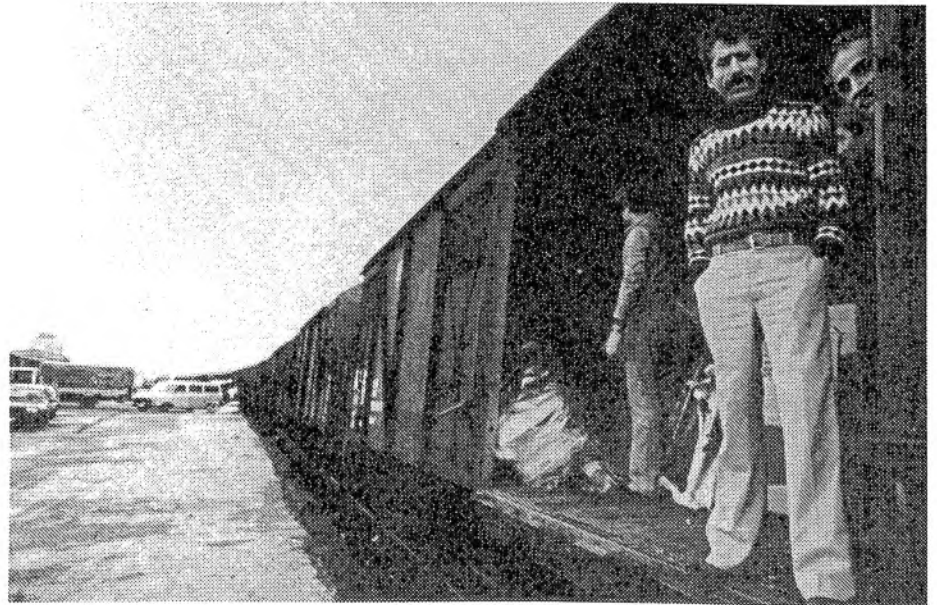
Diese Argumentation hat mehrere Haken. Zum einen wurde schon die 1. Phase der Freizügigkeit durch den Anwerbestopp in der BRD außer Kraft gesetzt. Die vorrangige Behandlung von türkischen Arbeitern auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt vor Arbeitern aus anderen Ländern galt nur für nachziehende Familienangehörige und auch nur zeitweise. Außerdem steht wirklich die Frage, ob es sich beim EG-Recht bezüglich der ausländischen Arbeiter um - wie behauptet - "ein Bollwerk der Verteidigung der Rechte ausländischer Arbeiter" handelt.

Die neueren Dokumente der EG geben Aufschluß. Am 1.3.85 hat die Kommission, die Verwaltungsspitze der EG, "Leitlinien für eine Wanderungspolitik der Gemeinschaft" he-

Gemeinschaft." Es geht also nicht darum, daß jeder das Recht hat, in ein anderes Land auszuwandern, sondern darum, den Arbeitsmarkt der EG auszudehnen und die Freizügigkeit der Arbeiter als Druckmittel zur Schürung der Konkurrenz zwecks Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu benutzen.

Nun behaupten viele, dieser Zweck der EG auch in Bezug auf die Arbeiter sei schon klar, tatsächlich sei das EG-Recht aber liberaler als das z.B. der BRD. Aus den o.g. Leitlinien geht allerdings hervor, daß nun, wo in den Ländern der EG hohe Arbeitslosigkeit herrscht und es insgesamt 17 Mio. Wanderarbeiter gibt, auch die EG Maßnahmen anstrebt, wie wir sie aus der BRD bereits kennen. Die Kommission schlägt vor, die Abstimmung zwischen den EG-Ländern auf Schwerpunkte zu konzentrieren, wobei einer "die Beherrschung des Umfangs der Beschäftigung von Ausländern" ist, ein anderer "Maßnahmen zur Eingliederung in die Gesellschaft und ins Bildungswesen unter Aufrechterhaltung der kulturellen Bindungen zum Herkunftsland" (Herv. d. d. Verf.).

Demgemäß spielt auch in der Entschließung des Europa-Parlaments die Rückwanderung eine große Rolle. Hier nur zwei Punkte aus dem Teil "Rückwanderung": "Rechtzeitige Un-



Der Mannesmann-Arbeiter Özgün kehrt in die Türkei zurück.

terrichtung der Rückkehrwilligen über die Lage im Herkunftsland und Maßnahmen zur Erleichterung ihrer sozialen, beruflichen und kulturellen Wiedereingliederung in ihre Umgebung." "Sofortige Schaffung eines besonderen Haushaltspostens zur Finanzierung von Programmen für heimkehrende Wanderarbeiter und -arbeitnehmerinnen in der Gemeinschaft." Damit das konjunkturelle Verschieben der Arbeitermassen reibungslos funktioniert, sollen "beratende Einwanderungs- und Auswanderungsstel-

terrichtung der Rückkehrwilligen über die Lage im Herkunftsland und Maßnahmen zur Erleichterung ihrer sozialen, beruflichen und kulturellen Wiedereingliederung in ihre Umgebung." "Sofortige Schaffung eines besonderen Haushaltspostens zur Finanzierung von Programmen für heimkehrende Wanderarbeiter und -arbeitnehmerinnen in der Gemeinschaft." Damit das konjunkturelle Verschieben der Arbeitermassen reibungslos funktioniert, sollen "beratende Einwanderungs- und Auswanderungsstel-

len" in den verschiedenen Ländern der EG geschaffen werden. Ebenso soll eine Stelle bei der EG eingerichtet werden, die die "Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Arbeitskräftepotential, die Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialversicherungen" koordiniert.

Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß die EG-Organen für das kommunale Wahlrecht für die ausländischen Arbeiter eintreten, und daß das besonders fortschrittlich sei. In den EG-Gremien wird seit ca. 15 Jahren über die Einführung des Kommunalen Wahlrechts gesprochen und auch beschlossen. Irland und die Niederlande haben es auch eingeführt. Aber schon immer war klar, daß es sich von offizieller Seite her nicht um die rechtliche Gleichstellung zwischen in- und ausländischen Arbeitern handelt. Die neue Entschliebung ist noch eindeutiger. "Zuerkennung politischer und bürgerlicher Rechte und Pflichten, auch des aktiven und passiven Wahlrechts auf lokaler Ebene

für Wanderarbeiter aus EG-Mitgliedsländern, die für eine bestimmte, festzulegende Frist in einem anderen Mitgliedsstaat als ihrem Herkunftsland wohnen." (Herv. d. d. Verf.) Eindeutig handelt es sich um ein Wahlrecht, das an den Status "Wanderarbeiter" gebunden ist und nur für eine Frist gilt. Damit ist klar, daß die EG nicht die rechtliche Gleichstellung mit der jeweils einheimischen Bevölkerung anstrebt. Niemals aber darf sich die Arbeiterbewegung eines Landes dafür aussprechen oder es nur dulden, daß ein Teil von ihr, sein Leben als Wanderarbeiter fristet und damit am stärksten der kapitalistischen Konjunktur ausgesetzt ist. Die EG-Beschlüsse legen den Kapitalisten keinerlei Beschränkungen in der Anwerbung von Arbeitern auf. Das allein würde aber der Arbeiterbewegung in diesem Zusammenhang nützen. Quellenhinweise: Entschliebung zu Leitlinien für eine Wanderungspolitik



Protest gegen Rückkehrprämien

der Gemeinschaft aus Nr. C141/462, Amtsblatt der EG vom 10.6.85; Kommission der EG KOM(85) 48 endg., Leitlinien für eine Wanderungspolitik der Gemeinschaft vom 1.3.85; Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft, Brüssel 1977, hrsg. von der Kommission der EG; Europa Information 9/78: Assoziierungsabkommen EG – Türkei; ISS Informationsdienst zur Ausländerarbeit Nr. 4/84; Thesen von K. Dimakopoulos, vorgelegt beim Frankfurter Appell. – (eve, rül)

"Wanderarbeiter" in der EG

Die unten abgedruckte Tabelle gibt einen Eindruck von der Zahl der ausländischen Lohnarbeiter, die die Kapitalisten in Westeuropa in den vergangenen dreißig Jahren für die Ausbeutung in ihren Fabriken angeworben haben. Bürgerliche Schätzungen sprechen von 20, wenn nicht sogar 30 Millionen, die seit 1950 den Anwerbungen der Kapitalisten folgten, um wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung zu entkommen. Hatten die Kapitalisten anfangs vor allem in Staaten der "EG der Sechs" rekrutiert, so dehnten sie schon bald nach Gründung der EG ihr Rekrutierungsfeld aus: Staaten wie Portugal, Spanien, Marokko, Algerien, Jugoslawien und die Türkei wurden nun zu

den Hauptlieferanten rechtloser und billiger Arbeitskräfte.

Mit ihren neuen "Leitlinien für eine Wanderungspolitik der Gemeinschaft" will die EG-Kommission den Kapitalisten ermöglichen, diese weitgehend rechtlosen ausländischen Lohnarbeiter noch reibungsloser je nach Bedarf abzuschieben oder neuerlich zu rekrutieren. Die angeblich nur "vorübergehende" Anwerbung ausländischer Lohnarbeiter soll zu einem dauernden Bestandteil imperialistischer Arbeitsmarktpolitik in der EG werden, damit die Kapitalisten auch in Zukunft durch den Zugriff auf Millionen ausländischer Lohnarbeiter die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen in allen EG-Ländern schüren und die Lage aller Lohnabhängigen weiter verschlechtern können.

Ausländische Lohnabhängige in EG-Ländern, Ein- und Auswanderungen aus bzw. in EG-Staaten

Land	Jahr	Zahl d. ausl. Lohnarbeiter	Zeitraum	Auswanderungen	Einwanderungen
BRD	1984	1 592 600	1958–1977	9 465 396	14 179 006
Frankreich	1975	1 582 969	1958–1977	o.A.	5 047 395
Großbritannien	1976	1 033 005	1958–1976	3 860 306	2 974 481
Belgien	1976	297 000	1960–1977	788 639	1 209 455
Niederlande (1)	1976	99 857	1958–1976	645 520	1 999 294
Italien	1975	590 38	1958–1976	4 242 067	3 122 499
Luxemburg (1)	1976	48 700	1958–1976	82 566	118 136
Dänemark	1976	39 430	1958–1976	435 062	458 723
EG der 9 (2)	1976	5 715 474	o.A.	o.A.	o.A.

(1) Keine Angaben über Ein- und Auswanderungen 1959 bis 1963; (2) ohne Griechenland, Spanien und Portugal. Zur Erfassung der Ein- und Auswanderungen lagen uns leider nur solche Angaben vor, die die Ein- und Auswanderung von "Inländern" enthalten. Die Ein- und Auswanderungen von ausländischen Lohnarbeitern liegen also – wenn auch zumeist nur geringfügig – unter den angegebenen Zahlen. Quellen: DIW, Wochenbericht 51-52/78; UN, Demographic Yearbook 1977; Statistisches Jahrbuch der BRD 1985

Indien

Importliberalisierung und weitere Verschuldung

In der ersten Novemberhälfte 1985 besuchte eine 20-köpfige Delegation des BDI für neun Tage Indien. Westdeutsche Kapitalisten scheinen ihre bislang geübte Zurückhaltung im "Indien-Geschäft" aufgeben zu haben. In der Presse wird der Regierung Rajiv Gandhi schulterklopfend gute Arbeit bescheinigt. Die "Verbesserungen" liegen vor allem im Bereich der Importmöglichkeiten für Technologie und Industrieanlagen (hier wurden bislang bestehende Auflagen beseitigt oder geändert), der Besteuerung (die Dividende auf Aktienkapital wird rückwirkend vom 1. April 1984 nur noch mit 15 statt bislang 25% besteuert) und der Kapitalbeteiligung (ausländische Beteiligungen sind in den meisten Fällen in Indien auf 40% begrenzt). Die Produktionslizenzen für Transportausrüstungen wurden bisher auf ganz bestimmte herzustellende Güter im Zusammenhang mit den jeweiligen Fünfjahresplänen begrenzt. Jetzt vergibt die indische Verwaltung sogenannte Breitbandlizenzen. Hier kann das Unternehmen seine Produktpalette frei wählen. Auch Firmen mit einem ausländischen Kapitalanteil

von über 40 %, die dem Gesetz zur Regelung des Außenhandels, und Großfirmen mit einem Kapital von mehr als eine Mrd. Rupies, die dem "Gesetz zur Unterbindung der Monopolbildung" unterliegen, können ab sofort darauf zurückgreifen. Die westdeutschen Imperialisten haben als "besonders aussichtsreiche Kooperationsfelder" den gesamten Bereich der Telekommunikation, Werkzeugmaschinen, Rohstoffe und Chemikalien, die Verarbeitung von Mineralien, den Energiesektor und die Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas ausgemacht.

Da die indische Regierung im neuen Fünfjahresplan 1985-90 diesbezügliche Schwerpunkte festschreibt, sind die Imperialisten an längerfristigen Anlagen interessiert. Bernd Dittmann von der deutsch-indischen Handelskammer in Neu-Delhi: "Auf deutsche Unternehmer wartet ein riesiger Binnenmarkt bei oft nur begrenztem Wettbewerb".

Die Regierung kann bislang auf das Stillhalten des größten Gewerkschaftsverbandes im Lande setzen, der aufgrund seiner engen Bindung an die Congress-Partei und der Hoffnung auf "Arbeitsplätze" durch den Technologieimport abwartet. Durch relativ gute Ernten konnte die indische Regierung 1984 Rücklagen bilden, die aber durch Kredittilgung und Importe in diesem Jahr sehr angegriffen wurden. Der Angriff auf die karge Existenzgrundlage der armen Bauern und Arbeiter ist absehbar.

Quellenhinweis: NZZ, 06.12.85; Transport-Dienst-Wico 23/85; FAZ, 14.12.85; Indian Worker Dez. 1985 – (cog)

Österreich

Verstaatlichte: 1946 akut – heute nicht mehr

Österreich hat einen neuen "Skandal": den der verstaatlichten Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine AG (VOEST). Anfangs hieß es, der zurückgetretene Vorstand würde nur bis Anfang 1986 seine vollen Bezüge erhalten – tatsächlich beziehen die neun zurückgetretenen Vorstandsmitglieder bis Ende 1987 bzw. März 1988 ihre vollen Bezüge, danach 50 bis 80 % als Pension. Wie die bisherigen Verluste der VOEST in Höhe von rund 32 Mrd. S. wird auch das auf die steuerzahlende Bevölkerung abgewälzt.

Befürworter der Privatindustrie greifen nun die Verstaatlichung generell an. So mutmaßt z.B. der Geschäftsführer der Managementberatungsfirma GfG: "Wenn es nicht möglich ist, die ÖIAG-Betriebe in Zukunft nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen, dann werden diese

von einer Krise in die andere schlittern, doch werden die Steuerzahler dabei nicht länger zusehen." (1) Der Chefredakteur der Zeitschrift "Profil" erklärt: "Ich halte die SPÖ ... trotz allem für lernfähig: Sie kann, über den eigenen Schatten springend, von der Verstaatlichungs- zur Entstaatlichungspartei werden." (2)

Am 26.7.1946 wurde auf Antrag der SPÖ vom Nationalrat das Verstaatlichungsgesetz beschlossen. Dadurch befanden sich rund zwei Drittel der Wirtschaft in der Hand des Staates. Dadurch "sollten wesentliche Teile der österreichischen Wirtschaft dem Zugriff der Besatzungsmacht entzogen und, wo dies im Augenblick nicht möglich war, der österreichische Anspruch untermauert werden." (3) "Dabei handelte es sich nicht um eine Enteignung im Sinne der 'Expropriation der Expropriateure', sondern um eine Rückführung dessen, was zum größten Teil schon seinerzeit in österreichischem Besitz gewesen und nach dem Zweiten Weltkrieg als 'Deutsches Eigentum' von den vier alliierten Mächten beschlagnahmt worden war." (4) – Wahrhaftig vorausschauend: denn mit dem Staatsvertrag von 1955 erhielt die Besatzungsmacht Sowjetunion 60 % der ehemaligen deutschen Vermögenswerte – zu denen auch die VOEST gehört hätte – zugesprochen.

1970 wurde die ÖIAG (Österreichische Industrie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft) als Dachverband der verstaatlichten Unternehmen ins Leben gerufen, die sich zu 100 % im Eigentum der Republik Österreich befindet. 1973 wurde die VOEST mit der Österreichische-Alpine-Montangesellschaft fusioniert; 1975 erfolgte der Zusammenschluß zweier Edelmetallunternehmen mit der Styria zur VEW, einer Tochter der VOEST.

Die Arbeiterbewegung konnte durchsetzen, daß in den verstaatlichten Betrieben die Löhne und Sozialleistungen jeweils nach den Standards der am meisten Profit bringenden Betriebe bemessen wurden. Die Beschäftigten – ein Fünftel des Industrieproletariats – konnten u.a. auch durchsetzen, daß die Bundeskanzler Kreisky und Sinowatz Kürzungen von Sozialleistungen strikt ablehnten.

"Das Hineinregieren in Unternehmen ist nicht mehr haltbar", erklärt der Interims-Generaldirektor Kirchweger. Der Generaldirektor der ÖIAG, Grünwald, ergänzt: "Weg mit dem politischen Einfluß auf die Unternehmensstrategie!" Bundeskanzler Sinowatz hat angekündigt, die ÖIAG zu einer "echten Konzernholding" umzuwandeln. Die ÖIAG ist an der Siemens Austria beteiligt – warum also auch nicht umgekehrt?

Quellen: (1) Wochenpresse 49/85; (2) Profil 50/85; (3) W. Pollack, Sozialismus in Österreich, Econ-Vlg.; (4) Österreich: Tatsachen + Fakten, Bundespresseamt, 1983 – (rua)

VR China

Studentenproteste – Kritik am Kurs der KP Chinas?

Für den 9. Dezember, den Jahrestag des Angriffs der japanischen Imperialisten 1937 auf Peking, hatten Pekinger Studenten Demonstrationen angekündigt und in Wandzeitungen an den Pekinger Hochschulen gegen die "zweite Invasion" Japans, die Eroberung des chinesischen Marktes durch japanische Monopole, protestiert. Die Demonstrationen fanden nicht statt. Das ZK der KPCh und die Kultusbehörden veranstalteten stattdessen an den Hochschulen Diskussionen mit ZK-Vertretern und warnten gleichzeitig vor Demonstrationen und Wandzeitungen, weil das die gesellschaftli-



Studentendemonstration am 18.10.85 in Peking gegen Japans "zweite Invasion"

che Stabilität bedrohen würde. Schon im September hatten Studenten in vielen großen Städten Chinas demonstriert; Anlaß war der sog. Mukden-Zwischenfall 1931, den die japanischen Imperialisten zum Vorwand nahmen, ganz Nordostchina zu unterwerfen. Außerdem hatte gerade einen Monat zuvor der japanische Ministerpräsident Nakasone höchstpersönlich die japanischen Kriegsverbrecher geehrt, ein Vorgang, gegen den die chinesische Regierung und die KPCh offiziell protestiert hatten.

Die Ursachen und Forderungen der Studentenproteste sind vielfältig: Soweit aus westlichen Publikationen erkennbar, richten sich die Proteste gegen die "zweite Invasion" Japans auch gegen Regierung und Partei, die mit der Politik der Öffnung Chinas den Boden für die Eroberungsfeldzüge der japanischen Monopole geebnet haben. Die gewaltige Expansion der chinesisch-japanischen Handelsbeziehungen in den letzten Jahren ging ausschließlich zu Lasten Chinas, das allein 1985 im Japan-Handel ein Defizit von mehreren Mrd. Yuan verzeichnet. Zudem sind es gerade Regierungsbeamte und

Funktionäre der Partei, die von der japanischen Exportoffensive profitiert haben – ob durch "Geschenke", Korruption im großen Maßstab und Schmuggel oder auch als am Unternehmensgewinn beteiligte Chefs von Fabriken und Handelsunternehmen. Nicht zufällig prangerten die Studenten im September auf Transparenten die "nationale Schande" an.

Zudem erheben die Studenten zahlreiche Forderungen zur Verbesserung der unzureichenden Studienbedingungen wie: Lernmittelfreiheit, Erhöhung der durch die Inflation aufgezehrten Stipendien, Verbesserung der materiellen Ausstattung der Hochschulen. Schon im Frühjahr hatten Peking-Studenten dagegen protestiert, daß die Stipendiengewährung in den Semesterferien an die Prüfungsergebnisse gekoppelt war.

Schließlich dürfte der Protest teilweise auch Ausdruck der zunehmenden sozialen Differenzierung in China sein: Von der marktwirtschaftlichen Orientierung der chinesischen Wirtschaftspolitik haben zunächst vor allem die immer zahlreicher werdenden Selbständigen, die schmale Schicht reicher Bauern sowie Facharbeiter mit hohen Lohnzulagen profitiert. Demgegenüber sind die Gehälter in den akademischen Berufen zurückgeblieben, eine auch von der KPCh beklagte Tatsache. Zum anderen sind zahlreiche Studenten – vermutlich vorwiegend einfacher Herkunft – dem rigiden Ausleseprozeß an den Hochschulen nicht mehr gewachsen. Unklar ist, wieweit sich ihr Protest gegen die von der KPCh betriebene soziale Differenzierung und gegen Losungen wie "Reichtum ist gut" mit dem Protest von arbeitslosen Jugendlichen, Jungarbeitern und armen Bauern verbinden kann – wie schon in der Kulturrevolution 1966/67 geschehen.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; China aktuell, div. Ausgaben; Spiegel 51/85 – (wom)

Brasilien

Rechte Sammlungsversuche zur Präsidentschaftswahl 86

Ein Drittel der brasilianischen Wahlberechtigten, zum erstenmal auch Millionen von Analphabeten, wählte am 15. November die Bürgermeister von 201 Städten, darunter die Hauptstädte der Bundesstaaten. Eine Gesetzesänderung im Mai hatte diese Direktwahl überhaupt ermöglicht, vorher wurden die Bürgermeister von den Militärs ernannt. Über 30 Parteien hatten Kandidaten aufgestellt. Eindeutiger Verlierer ist die alte Militärregierungspartei. Die Wahlen gewann die Partei der demokratischen Bewegung (PMDB), die zusammen mit der

Partei der Liberalen Front (PFL) des Ministerpräsidenten Sarney die Bundesregierung bildet. In den meisten Städten kandidierten beide gegeneinander. Die PMDB stellt zukünftig über 100 Bürgermeister, verlor aber in den größten Städten: in Sao Paulo (8,5 Mio. Einwohner) und in Rio de Janeiro (5,1 Mio.) und in vier weiteren. In Sao Paulo wurde der reaktionäre Politiker Quadros, 1960 bereits für sieben Monate Ministerpräsident, auf der Liste der ansonsten unbedeutenden, rechten Brasilianischen Arbeiterpartei mit Unterstützung der Liberalen Front, der Militärs u.a. mit 38 % der Stimmen gewählt. Für die Linken eine Niederlage. Die PMDB erhielt 34 %, die linke Arbeiterpartei (PT) fast 20 %. Der Kandidat der Rechten Quadros führte einen gezielt anti-kommunistischen, anti-gewerkschaftlichen Wahlkampf ("Ich werde Hammer und Sichel bis zum Tod bekämpfen") für "Recht und Ordnung". Er verurteilte die Legalisierung kommunistischer Organisationen, die "Unterwanderung der Gewerkschaften durch Kommunisten" und die Zurückhaltung der Bundesregierung und des PMDB-Gouverneurs

bei Streiks. Auf verbotenen Plakaten der Linken wurde Quadros in einer Reihe mit den verhaßten Militärs abgebildet. Der PMDB-Kandidat versprach weitere soziale Reformen. Die PT kritisierte die halbherzige Politik der Bundesregierung und verlangte mehr für die Arbeiterklasse. Beide Parteien wandten sich an die Arbeiterklasse und die lohnabhängige Mittelklasse. Die PMDB versuchte, – wahrscheinlich wenig erfolgreich – die "national gesinnten Unternehmer" zu gewinnen. Die zwei Gewerkschaftsdachverbände waren in ihrer Wahlaussage gespalten. Von den kommunistischen Organisationen unterstützten zwei die PMDB und eine die PT. Vertreter der PMDB kritisierten nach den Wahlen ziemlich arrogant die PT, weil diese einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Eine Annäherung zwischen PMDB und den anderen linken Arbeiterparteien zeichnet sich derzeit nicht ab, ist aber hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen gegen die Rechten nötig.

Quellenhinweis: brazil report; NZZ, versch. Ausg.; Brasilien Ausschnittendienst 11/85 – (sie)

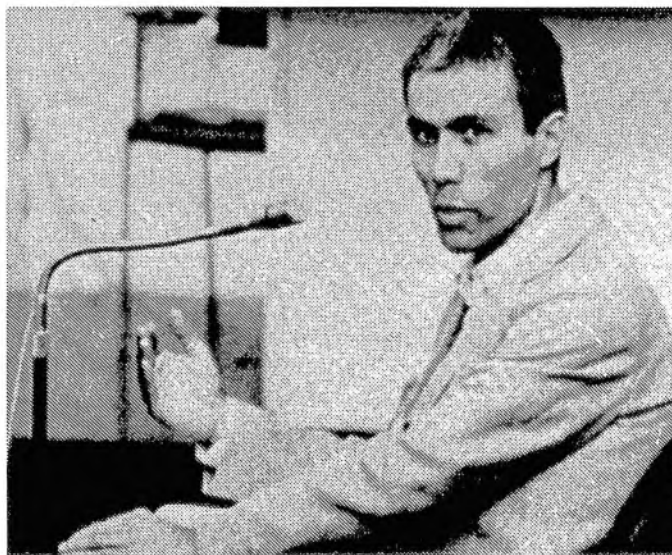
Prozeß gegen Papstattentäter

"Bulgarian Connection" – oder: wie die Geheimdienste eine "heiße Spur" legen

Ein Kronzeuge, der sich vor Gericht als "Jesus Christus" vorstellt, macht keine besonders glaubwürdige Figur. Selbst wenn er nicht, wie Ali Agca, einen Mord (an einem türkischen Journalisten Ikepici) begangen und einen zweiten (am Papst) versucht hätte. Eben dieser Ali Agca soll in dem "Jahrhundertprozeß", der seit Ende Mai vor dem römischen Schwurgericht läuft, als einziger Zeuge die Anklage stützen, der bulgarische Ge-

heimdienst habe – in sowjetischem Auftrag, versteht sich – das Papstattemptat bestellt und bezahlt.

Ein halbes Jahr nach Prozeßbeginn hat sich – die wirren und widersprüchlichen Behauptungen Agcas ausgenommen – kein einziger Hinweis auf die Existenz einer "bulgarischen Spur" hinter dem Attentat gefunden. Stattdessen verdichten sich die Anzeichen, wie diese "Spur" von den italienischen Geheimdiensten gelegt worden



Der Spurenleger und sein Kronzeuge: Geheimdienst-General Musumeci und Attentäter Agca im römischen Gerichtssaal.



Seit dem 30. Oktober blockieren Haida-Indianer auf der Insel Moresby in British Columbia, vor der kanadischen Westküste, eine Straße. Es geht darum, die Säge- und Holzverarbeitungsfirma am Bäumefällen zu hindern; die Haida machen seit 1974 ihren Anspruch auf dieses Land geltend und wollen die Rodung der Insel verhindern. 72 Haida wurden bereits wegen Mißachtung einer Gerichtsentscheidung angezeigt. — Die kanadische Regierung versucht derzeit, mit der Bevölkerung von zwei Reservaten ein Modell indianischer Selbstverwaltung abzusprechen und zu erproben; 1987 findet eine Verfassungskonferenz über indianische Rechte statt. — (mfr)

Brasilien: Streiks für höhere Löhne

Mit über 500 Streiks mußten sich die brasilianischen Gewerkschaften seit Anfang 1985 Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung hart erkämpfen. Zum erstenmal streikten Anfang Dezember auch über 6000 zivile Beschäftigte der Marinearsenale in Rio de Janeiro. Die Stauer von Pernambuco kämpfen für eine 26%ige Lohnerhöhung zum 1.1.86 und für vierteljährlichen Inflationsausgleich. Die 15000 Gelegenheitsarbeiter des größten brasilianischen Hafens Santos führten Warnstreiks für höhere Löhne durch. Die Hafenarbeiter in Santos, Rio de Janeiro und Sepetiba solidarisierten sich mit ihnen. Die Kapitali-

sten fordern jetzt Streikverbote für "sensible" Wirtschaftsbereiche. Ergebnisse stehen noch aus. — (sie)

LO kritisiert "Kuhhandel" mit der Türkei

Der schwedische Gewerkschaftsbund LO schließt sich der Kritik gegen Schwedens und Norwegens Pläne an, die die Türkei als vollwertiges Mitglied in den Europarat aufnehmen wollten. Von der Türkei sind keine Konzessionen gemacht worden. Die LO's Dänemarks, Norwegens und Schwedens fordern eine breite Amnestie und sind gegen die Folter. Sie erinnern daran, daß der Außenminister Ola Ullsten 1982 in Straßburg gegen die Aufnahme eingetreten war wegen gleicher Bedenken. — (uwb)

Azania: Prozeß gegen PAC-Mitglieder

Gegen fünf Mitglieder der azanischen Befreiungsorganisation PAC (Pan Africanist Congress of Azania) hat das südafrikanische Regime Ende Oktober einen Prozeß eröffnet. Der PAC ist in der Republik Südafrika verboten. Die Anklagen lauten auf Verstoß gegen die Gesetze gegen "Terrorismus", für "Innere Sicherheit" und dem "Waffen- und Munitionsgesetz". Auf diese Anklagen können Urteile bis zu lebenslanger Haft verhängt werden. J. Shoba, M. M. Ketye, E. July, M. M. Goamana und B. R. Nkabinde wird vorgeworfen, daß sie Azanier für den bewaffneten Befreiungskampf geworben und Waffen und andere Ausrüstung für den militärischen Kampf



ins Land geschmuggelt hätten. Zwei Angeklagte griffen in ihren Verteidigungsreden das Gericht an und erklärten, sie seien festgenommen worden, während sie auf der Durchreise nach Lesotho waren, wo sie ihrer Tätigkeit als Mitglieder des PAC nachgehen wollten. Das Urteil soll Mitte Dezember gefällt werden. — (uld)

ist.

Aber der Reihe nach. Die Bulgaren, so Agca Version, hätten ihn und seine Organisation, die faschistischen "Grauen Wölfe", über einen türkischen Mafia-Boss namens Celenk mit drei Millionen Mark für das Attentat angeheuert. Zwei Angehörige der bulgarischen Botschaft in Rom (die inzwischen nach Sofia zurückgekehrt sind) und der Leiter des römischen Büros der bulgarischen Fluggesellschaft Antonov (der in Rom auf der Anklagebank sitzt) hätten das Attentat vom 13. Mai 1981 im einzelnen geplant und die Flucht der Attentäter in einem verplombten Lkw nach Bulgarien vorbereitet.

Die Geschichte steckte von vornherein voller Widersprüche. So sollte Antonov angeblich mit dem Fluchtauto in unmittelbarer Umgebung des Petersplatzes auf der belebten Via della Conciliazione auf Agca warten und ihn zu dem vor der Botschaft auf

der Straße (!) geparkten Lastwagen bringen. Das sieht Geheimdienstprofis wenig ähnlich.

Und warum sollten sich die Attentäter mitsamt der schon ausgezahlten Millionen ausgerechnet nach Bulgarien flüchten und damit Geld und Leben riskieren? Warum schließlich blieb ausgerechnet Antonov, der als einziger der drei jetzt beschuldigten Bulgaren keine diplomatische Immunität genoß, noch anderthalb Jahre nach dem Attentat bis zu seiner Verhaftung am 25.11.1982 seelenruhig in Rom, statt sich spätestens nach einer ersten Hausdurchsuchung mit dem nächsten Balkan Air-Flug abzusetzen?

Antonov hat immer bestritten, Agca je getroffen zu haben. Und die Einzelheiten, die Agca zum Beleg seiner Kenntnis Antonovs anführte, konnten mühelos den Dossiers entnommen werden, die der italienische Geheimdienst zweifellos über jeden

Angestellten einer osteuropäischen Fluggesellschaft in Rom führt. Bei der Zusammenstellung dieser Dossiers ist es anscheinend etwas schlampig zugegangen. So hat man Antonov wegen seines Berufs gute Englischkenntnisse zugeschrieben, die er nicht hat. Und Agca erzählte von einer Schiebetür in Antonovs Wohnung; schade nur, daß es die Schiebetür nur in der Wohnung da rüber und bei Antonov stattdessen einen Vorhang gab.

Während die "bulgarische Spur" mit jedem Prozeßtag mehr zerbröckelt ist, trat die blutige Spur der türkischen Faschisten immer mehr in den Vordergrund. Mindestens drei "Graue Wölfe" waren auf dem Petersplatz. Der Chef der türkischen "Idealistenvereine" in Westdeutschland hat die Logistik organisiert.

Im Dunkeln ist bisher geblieben, ob die "Grauen Wölfe" den Papst aus eigenem Antrieb ermorden wollten oder ob es — statt des bulgarischen Ge-

Schweiz: Verschärfung des Asylgesetzes

Trotz scharfer Kritik von seiten des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen an der Asylpraxis der Schweiz verschiedete die Landesregierung weitere Verschärfungen. Bei "offensichtlich unbegründeten Gesuchen" bleibt den Flüchtlingen der zweitinstanzliche Weg verschlossen. Dem Parlament liegen weitere Revisionsanträge zum Asylgesetz vor: "Ausschaffungshaft" für abgewiesene Asylbewerber und ein "Notrecht", mit dem die Regierung das Asylgesetz ganz aufheben will. — (sie)

3.000 palästinensische Gefangene im Hungerstreik

In verschiedenen israelischen Gefängnissen befinden sich seit dem 5.12. mindestens 3.000 Palästinenser im unbefristeten Hungerstreik. Ihr Kampf richtet sich grundsätzlich gegen die totale Überbelegung der Gefängniszellen, gegen die fehlende medizinische Versorgung, die mangelnde Hygiene, die Mißhandlungen durch die Wärter und die Folter in den Verhörzentren. Sie fordern auch die Wiederzulassung von Zeitschriften, Büchern und Radios und die Einhaltung des Hofgangs für jeden Gefangenen. Ein palästinensischer Rechtsanwalt berichtet, daß den Anwälten der Besuch ihrer Klienten untersagt worden sei, und daß es zu Auseinandersetzungen zwischen Wärtern und Gefangenen gekommen sei. Im Gefängnis von Ashkelon soll die Armee gegen die Gefangenen eingesetzt worden sein. Über die Zahl von Toten oder Verletzten wurde nichts bekannt. Gegen die Kontaktsperre will ein Komitee von Rechtsanwälten Beschwerde beim Obersten Israelischen Gerichtshof einlegen. Wiederholt ha-

ben selbst israelische Kommissionen die unmenschlichen Haftbedingungen bestätigt. Angesichts leerer Versprechungen sind die Palästinenser zum generellen Hungerstreik entschlossen. — (bar)

Philippinen: Krise des Marcos-Wirtschaftsimperiums

Die Hauptzweige der philippinischen Landwirtschaft, der Zuckerrohranbau und der Anbau von Kokosfrüchten, von denen der Lebensunterhalt von einem Drittel der Bevölkerung abhängt, sind aufgrund des Verfalls der Weltmarktpreise und der rücksichtslosen Aus-

powerung durch den Marcos-Clan und die anderen Kompradoren, denen das Regime die Kontrolle über Verarbeitung und Vermarktung zuschanzte, in eine tiefe Krise geraten. In den Anbaugebieten herrscht unter den Landarbeitern Hunger, und zum ersten Mal in der Geschichte der Philippinen sind Hunderte Hungertote zu verzeichnen. IWF und Weltbank wollen jetzt eine Reform der Zuckerrohr- und Kokosindustrie erzwingen, die nicht den Hunger beseitigen, sondern die imperialistische Kontrolle über die philippinische Landwirtschaft sichern soll. — (wom)



Für Kapitalisten und Regierung völlig überraschend blockierten in der vergangenen Woche Tausende niederländischer Lastwagenfahrer die Grenzen, um ihrer Forderung nach Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen. Die Transportarbeitergewerkschaft fordert für die 50.000 bis 60.000 LKW-Fahrer Lohnerhöhungen von 5% sowie eine einmalige Zahlung von 200 bis 300 DM. 1983 hatten die Kapitalisten Lohnsenkungen zwischen 12 und 19% durchsetzen können. Die LKW-Fahrer, die vor allem im internationalen Verkehr oft 70 bis 80 Stunden pro Woche arbeiten müssen, erhalten seitdem selbst mit den Zuschlägen für 30 Überstunden netto nur ca. 2.600 DM. Bei den jetzigen Tarifverhandlungen hatten die Kapitalisten erneut Lohnsenkungen verlangt: Die Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit sollten gestrichen, die Lohnfortzahlung am 1. Krankheitstag ausgesetzt werden. Über ein Utrechter Gericht ließen sie am 17.12. die Blockaden verbieten, die Gewerkschaft rief zum Abbruch der Aktionen auf. Die Verhandlungen dauerten bei Redaktionsschluß an. — (rüf)

heimdienstes — einen anderen Auftragnehmer gab. Der Mafia-Boß Celenk, über den anscheinend die Finanzierung des Attentats gelaufen ist, hätte dazu etwas sagen können. Er wird nicht mehr reden. Drei Monate nach der Auslieferung durch Bulgarien ist er in einem türkischen Gefängnis mit 52 Jahren an einem "Herzinfarkt" gestorben, bevor ihn die römischen Richter vernehmen konnten.

Inzwischen hat man konkrete Anhaltspunkte, wie Agca an seine "bulgarische Spur" gekommen ist. Bereits im Dezember 1981 — fast ein Jahr, bevor Agca am 5. November 1982 Antonov auf einem Photo erstmals "identifizierte" — traf er im Gefängnis von Ascoli Piceno mit zwei italienischen Geheimdienstoffizieren zusammen, um für eine "Aussage" Strafnachlaß herauszuschlagen. Das Gespräch ist unbestritten; die beiden Agenten haben — unter Ausschluß der Öffentlichkeit — im Prozeß ausgesagt.

Ein gewisser Pandico, früher rechte Hand des Neapolitaner Unterweltbosses Cutolo und jetzt "Kronzeuge", hat erzählt, wie die Geschichte weitergegangen ist. Cutolo und er selbst hätten sich Anfang März 1982 im Gefängnis von Ascoli Piceno mit dem früheren Geheimdienst-General Musumeci getroffen. Dabei hätten sie Musumeci eine Aussage Agcas "angeboten", wenn der General eine damals geplante Verlegung Cutolos in ein anderes Gefängnis verhindern könne. (Sie befürchteten, daß Cutolo nicht lebend ankommen würde.) Der Deal sei zustandegekommen. Der damalige Gefängnispfarrer, der inzwischen wegen seiner Unterweltverbindungen selbst einsitzt, habe die Kontakte hergestellt. Aus Berichten des örtlichen Carabinieri-Kommandos ergibt sich, daß General Musumeci schon früher, im August und Dezember 1981, zweimal in Ascoli Piceno gewesen war.

Musumeci hat Erfahrung im Legen

falscher Spuren. Zur Zeit ist er in einem anderen Prozeß angeklagt, die Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf den Bahnhof von Bologna im August 1980 (83 Tote) durch Platzierung und promptes "Auffinden" eines Koffers voller Waffen und Dokumente in einem Eisenbahnzug absichtlich in die Irre geführt zu haben. Eine Bombe auf einen Bahnhof ist ein "Argument" für mehr Polizei und "starke Regierung". Und ein "bulgarisches" Attentat auf den polnischen Papst ...

Italienische Zustände? Dort fliegt natürlich mehr auf als in einem Land, wo sich das Publikum mit der Behauptung abspeisen läßt, der BND habe Geld an Kontrollausschuß und Rechnungshof vorbei nur beschafft, um so brenzlige Operationen zu finanzieren wie — die Suche nach Dioxinfässern! Quellenhinweis: l'Unità und Repubblica (Mai - Dez. 1985), Rinascita 25/85, Konkret 7/85 — (ulg)

* Veröffentlichungen *

Studie über Arbeiterbewußtsein

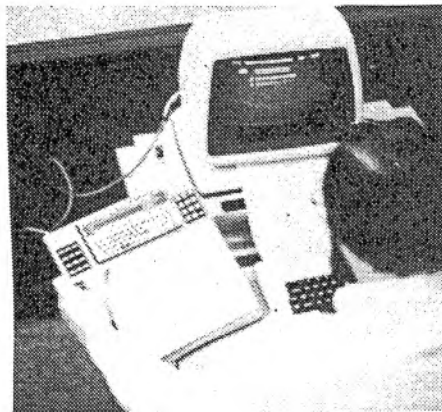
Kennzeichnend für den Standpunkt der Verfasser ist, daß von den Kategorien, die sie bei den Arbeitern finden, keine geeignet ist, das Bewußtsein der jeweils zu den anderen Kategorien Gehörigen auch nur zu verstehen. Diejenigen, die noch als die Fortschrittlichsten dargestellt werden, nämlich die mit dem "sozialen Deutungsmuster Kapital und Arbeit", sind zur Resignation verurteilt, weil sie mit ihrer Absicht, die anderen aufzuklären, notwendig scheitern. Denn sie erkennen nicht, daß die Aggression z.B. derer, die die Krise durch das "Deutungsmuster direkte Reduktion" leugnen, aus Angst entspringt. Übrig bleibt Zynismus. Auf gar keinen Fall kommen die Verfasser auf die Idee, ihr Gesellschaftsbild zu begründen und etwa mit Material zu belegen, das sie kurz zusammenfassen in dem Satz: "Das Gliederungsprinzip, nach dem die verschiedenen Dimensionen von Krisenbetroffenheit unterschieden werden, orientiert sich an den drei grundlegenden Arbeiterinteressen: dem an einem sicheren Arbeitsplatz, dem an höherem Lohn und dem an der Erhaltung der Arbeitskraft." Diese drei Interessen sind also grundlegend und insofern vollständig. Man kann verschmerzen, daß die Forscher nicht noch etwas gefunden haben, was demgegenüber "entscheidend" ist. Schon das Grundlegende ist falsch, denn die Behauptung lautet, daß die Interessen der Lohnarbeiter befriedigt würden durch Fortdauern des Verhältnisses der Ausbeutung, wenn man nur gesund ist. (R. Zoll (Hrsg.), "Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!" Arbeiter in der Wirtschaftskrise, Bund-Verlag 1984, 24,80 DM — anl)

Krise des Kapitals und SPD-Sanierungsvorschläge

Eine "Neuverteilung der Arbeit" und eine "neue Sinnggebung der Arbeit" waren die Hauptthemen eines SPD-Werkstattgespräches 1983, "aus dem die Beiträge dieses Bandes hervorgegangen sind", wie die Herausgeber schreiben. J. Rau, SPD-Ministerpräsident in NRW, gibt in seinem einleitenden Beitrag die Lösungsvorschläge an, die in anderen Artikeln weiter begründet werden. Für eine gerechte Umverteilung der Arbeit will Rau die Arbeitszeitverkürzung einsetzen. Bedingung dafür sei, daß die in den SPD-Ausführungen sogenannten Arbeitsplatzbesitzer eine deutliche Lohnsenkung hinnehmen. In dem Artikel von Prof. Scharpf, auf den sich Rau bezieht, spricht dieser von 5% Lohnsenkung und peilt eine 36-Stunden-Woche an, die den Unternehmen die Vier-Tage-Arbeitswoche bei Sechs-

Tage-Betrieb und den weiteren Übergang zum Zwei-Schicht-System ermöglichen solle.

Die Kapitalisten haben Millionen Lohnabhängige auf die Straße gesetzt, weil sie deren Arbeitskraft nicht in gesteigertem Maße für die Mehrwertproduktion vernutzen können. Die SPD-Vertreter konstatieren eine "Entkopplung von Arbeit und Einkommen". Sie fordern natürlich nicht die Aufhebung der Abhängigkeit der Arbeit von der kapitalistischen Mehrwertproduktion, sondern folgern, in den Worten von Rau: "Wir stehen vor der Aufgabe ... ein neues Wertverständnis von Arbeit zu entwickeln." Und er dankt der Evangelischen Kirche (EKD), daß sie mit ihrer Denkschrift "Solidargemeinschaft von Ar-



Die Wertbestimmung durch die Arbeitszeit treibt die Kapitalisten als Zwangsgesetz der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktionsweise. Die Vergrößerung des Mehrwerts ist das Ziel.

beitenden und Arbeitslosen" (1982) viel für den "tiefgreifenden Wertwandel im Verständnis von Arbeit" getan habe. In dieser Denkschrift forderte die EKD in der Hauptsache "große Opfer" von den "Arbeitsplatzbesitzern". Nachdem also die SPD-Vertreter sich dafür ausgesprochen haben, daß die Kapitalisten über eine Arbeitszeitverkürzung die Löhne senken, fordern sie die Lohnabhängigen auf, eine "Neuaufteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit", die sich "durch verkürzte und flexible Arbeitszeiten ..." ergebe, vorzunehmen. Das könnte dann ihrer Ansicht nach die "Kosten der Lebenshaltung senken" helfen: mehr Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Selbstreparatur u.ä. Auch die Arbeit in "Selbsthilfeprojekten" könnte einiges zur "kreativen Selbstbestimmung" beitragen. Zusammengefaßt: Diese Vorschläge machen die Arbeiterklasse hilflos gegen die Kapitalistenangriffe. (Heinze, Hombach, Mosdorf (Hrsg.), Beschäftigungskrise und Neuverteilung der Arbeit, NG-Verlag, 1984 29,80 DM — gba)

Die Kapitalisten im Steuerelend?

Im Zuge der Bekämpfung des Anspruchsdenkens tritt der BDI auch gegen den staatlichen Anspruch auf Steuerzahlung der Kapitalisten an. Die verantwortungsvolle Aufgabe eines Kapitalisten wahrnehmen und Steuern zahlen, ist eine Zumutung, lautet seine Devise. Zur Bekräftigung hat der BDI eine Broschüre herausgegeben. Er fordert: die "diskriminierende Zusatzbelastung der Unternehmensgewinne durch die Gewerbesteuer" und die "Doppelbelastung des Betriebsvermögens durch Vermögenssteuer und Gewerbesteuer" müsse abgebaut, die Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt werden. Das würde den Kommunen die Gewerbesteuer rauben, die Steuern der Kapitalisten um 35 Mrd. DM senken. Der BDI rabiät: Steuern senken Gewinne, ohne Gewinne keine Investitionen, ohne Investitionen keine Arbeitsplätze. Im Grunde hindern alle Steuern die Kapitalisten, ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht nachzukommen: akkumulieren, um zu investieren, um noch mehr zu akkumulieren. (Die Siebzig-Prozent-Rechnung. Das ungelöste Problem der Unternehmensbesteuerung. Deutscher Instituts-Verlag, Köln, kostenfrei — rül)

"Von Oggersheim bis Oberschlesien"

Unter diesem Titel hat Karl-Klaus Rabe im Lamuv-Verlag eine kleine Dokumentation herausgegeben zum Thema: "Union und Vertriebenenverbände im politischen Gleichklang." Das Buch dokumentiert vor allem Äußerungen von Vertriebenenverbänden, von Bundesregierung und CDU zur revanchistischen Grenzrevisionspolitik. Schwerpunkte sind die Auseinandersetzungen des Jahres 1985, also insbesondere der Bitburg-Besuch Kohls und Reagans, und das von der Bundesregierung offiziell unterstützte Schlesiertreffen.

Rabe hat seine Dokumentation argumentativ aufgebaut, d.h. jedes Unterkapitel behandelt jeweils eine Frage bzw. ein Argument, das in der Auseinandersetzung mit dem bzw. über den Revanchismus eine Rolle spielt, z.B.: "Wer sind die Vertriebenenverbände?", "Sind die Revanchismus-Vorwürfe des Ostens berechtigt? Erheben CDU/CSU und Vertriebenenverbände Gebietsansprüche gegen andere Staaten?", "Worum ging es beim Streit um das Deutschlandtreffen der Schlesier?" usw. Rabes Zielsetzung bei der Erstellung der Dokumentation ist in der Einleitung zusammengefaßt: "'Die Koalition Kohl/Hupka steht' (Die Zeit) ... Diese Koalition stellt bestehende Grenzen in Frage, will sich mit dem Status quo nicht abfinden. Und das heißt, letztlich ist man realistisch: die militärische Lösung

des Problems ist vorprogrammiert."

Widersprüchlich ist Rabes Beurteilung der Ursachen dieser Politik. Einerseits dokumentiert er die Kontinuität des "deutschen Rechtsstandpunktes" (Rabe), andererseits behandelt er die Ostverträge als grundsätzlichen Gegensatz zu diesem Rechtsanspruch, als Widerspruch, mit dem die SPD hätte leben können, die CDU aber nicht. Die Politik der FDP, die immerhin den Außenminister der alten und neuen Regierungskoalition stellt, behandelt Rabe leider nicht.

Wie andere Veröffentlichungen Rabes ein nützliches Buch für die Arbeit antifaschistischer und antimilitaristischer Arbeitsgruppen und Aktions-einheiten.

(K.-K. Rabe, Von Oggersheim bis Oberschlesien, Bornheim-Merten 1985, Lamuv-Verlag, 9,80 DM— chc)

Alles über "Frauenförderungspläne"

"Mehr als nur gleicher Lohn" nennen prominente Sozialdemokratinnen ihr "Handbuch zur beruflichen Förderung von Frauen". Das Thema: "gleiche Chancen" für Frauen. Die SPDlerinnen entwickeln Strategien für betriebliche "Frauenförderungspläne" und als Wunschziel gesetzliche Regelungen, die Frauen den Aufstieg ermöglichen sollen zu beruflichen und politischen Führungspositionen. Der erste Beitrag zitiert als richtungsweisend einen Beschluß der IG Bergbau, "daß bei der Ruhrkohle AG eine abzustimmende Zahl von gehobenen und Vorgesetztenpositionen für Frauen festgelegt wird". Es folgen Berichte über "Frauenförderpläne" in Konzernen, Verwaltungen, Parteien und Gewerkschaften, in den Bundesländern, anderen europäischen Staaten und den USA. Klar, sozialdemokratisch regierte Länder schneiden besser ab. IBM, Audi und MBB erscheinen als Musterbeispiele. Teil drei fordert die Quotenregelung zugunsten der Frauen, von der die bestehende offene oder verdeckte Quotierung zugunsten der Männer abgelöst werden soll, bis Quoten zuguterletzt überflüssig werden. Teil vier behandelt u.a. die gesellschaftliche Arbeitsteilung: unbezahlte Hausarbeit der Frau zur (Wieder-) Herstellung der Arbeitskraft (des Mannes). Schlußfolgerung: kürzere tägliche Arbeitszeit als "logische Voraussetzung", daß Männer überhaupt Hausarbeit übernehmen können. Forderungen nach gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kindererziehung kommen nur am Rande vor; von gesellschaftlichen Hilfen für Hausarbeit ist keine Rede. Auch die "einfache", schwere und schlechtbezahlte Arbeit von Frauen nimmt wenig Raum ein und wird v.a. wegen geringer Möglichkeiten der Höherqualifizierung kritisiert. (Mehr als nur gleicher Lohn!, Hrsg. Däubler-Gmelin u.a., VSA-Verlag Hamburg 1985, 17,80 DM— ulk)

Bundestagswahlen

MLPD will kandidieren — auf welcher Linie?

Die MLPD will bei den Bundestagswahlen 1987 in allen zehn Bundesländern kandidieren. Sie schließt Aktionseinheiten dazu nicht aus, sondern strebt sie insoweit an, als sie anderen Organisationen unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit der Kandidatur auf offenen Listen der MLPD anbietet. Das gaben Mitglieder des ZK der MLPD in einem Interview mit der Roten Fahne am 19.10. bekannt.

Anfang Dezember eröffnete die MLPD den Wahlkampf mit einem "Offenen Brief an Gorbatschow", abgedruckt in der Roten Fahne vom 7.12. Darin wird der Generalsekretär des ZK der KPdSU auf ein sog. internationales marxistisch-leninistisches Tribunal gegen den Sozialimperialismus und modernen Revisionismus am 15.3. 86 geladen, um zur Anklage des Verrats am Sozialismus— so der Brief— in zugestanden 30 Minuten Redezeit Stellung zu beziehen.

Wenn die MLPD solcherart ihre Kritik an der Politik der KPdSU der Lächerlichkeit preisgibt, hat sie das selbst zu verantworten. Daß aber das ZK der MLPD mit der Wahlkampföffnung die Festlegung des MLPD-Programms zur Bedeutung der nationalen Frage ändert, geht nicht nur die Mitglieder der MLPD an, sondern alle, die einer Kandidatur der MLPD mit Interesse begegnen: Eine Partei, die zu Wahlen kandidiert und für die Unterstützung ihrer Kandidatur wirbt, muß sich nicht nur an ihrem Programm, sondern auch an ihrem Umgang mit ihrem Programm messen lassen. Eine Partei, die heute in der BRD an Wahlen teilnimmt und dabei die Front gegen die Reaktion stärken will, hätte auf strengste Abgrenzung zum Revanchismus zu achten.

In dem offenen Brief an Gorbatschow nennt der unterzeichnende Parteivorsitzende der MLPD Engel als letzten von sechs Anklagepunkten:

"6. Die Revisionisten haben den Kampf um die Einheit Deutschlands aufgegeben und die nationale Frage den Reaktionären überlassen."

Damit sagt Engel für die MLPD, daß die Revolutionäre mit den Reaktionären um die nationale Frage zu konkurrieren hätten. Dabei setzt er umstandslos voraus, daß die Antwort auf die nationale Frage nicht nur durch die Reaktionäre, sondern auch durch die Revolutionäre im Kampf für die Einheit Deutschlands— genau: für einen deutschen Einheitsstaat (in den Grenzen von 1937?)— besteht und zu bestehen habe.

In ihrem Programm vertritt die MLPD:

"Nach der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten wird

die Arbeiterklasse auch die Spaltung der Nation überwinden." (S. 20)

Diese Programmaussage grenzt sich gegen Auffassungen ab, die die Herstellung der deutschen Einheit heute als Schritt zur sozialistischen Revolution sehen. Auf der Grundlage des Programms konnte die MLPD deshalb in den letzten Jahren einen Beitrag leisten zur Kritik des Revanchismus und der Eroberungspolitik des BRD-Imperialismus unter der Fahne der Wiedervereinigung. So enthüllte die Rote Fahne mehrfach den aggressiven Charakter der westdeutschen Deutschlandpolitik (z.B. in 8/83, 16/83, 23/83, 24/84, 52/84), und sie stellte klar: "Kapitalistische Wiedervereinigung bedeutet Krieg!" (5/83)

Allerdings veröffentlichte die Rote Fahne 27/83 auch einen Artikel, der in seinen Formulierungen darauf hinauslief, den Sozialismus dem deutschen Nationalismus unterzuordnen, die soziale Emanzipation als Mittel zum Ziel der deutschen Einheit anzubieten. Es hieß dort: "Heute ... geht es darum, daß in beiden deutschen Staaten die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution durchführt. Das ist ... die Voraussetzung für die Einheit der deutschen Nation." (S. 9) Aber diese Auffassung ergibt sich nicht notwendig aus dem Programm, das keine Aussage darüber macht, wie die Spaltung der Nation zu überwinden sei (z.B. durch allmähliches Verschwinden der Nationalstaaten überhaupt, durch Zusammenschlüsse verschiedener sozialistischer Länder ...), und blieb auch eher ein Ausrutscher— bis eben zur jetzigen Ankündigung, den Reaktionären die nationale Frage nicht zu überlassen.

Der Inhalt der nationalen Frage, wie sie von den Reaktionären aufgeworfen wird, ist die Herstellung des deutschen Einheitsstaates auf Grundlage der fdGO durch Unterwerfung von Völkern, Zerschlagung von Staaten und Einverleibung von Territorien im östlichen Europa, wobei die Reaktionäre die Sowjetunion als Haupthindernis ihres Expansionsdrangs betrachten. Das hat bislang auch die MLPD nicht bestritten. — Für proletarische Revolutionäre stellt sich— in Mitteleuropa und 1985— die nationale Frage v.a. als die der Kritik des Revanchismus und der Propaganda der Anerkennung der bestehenden Staaten und Staatsgrenzen. Die "Einheit Deutschlands" ist eine reaktionäre Antwort auf die "nationale Frage". Daß die Revisionisten den Kampf um die Einheit Deutschlands aufgegeben hätten, kann deshalb kein Vorwurf von Revolutionären sein. Die MLPD, ihr ZK, ihr Vorsitzender können diesen Vorwurf aus ihrem Programm nicht herleiten. Sie geraten, erheben sie ihn doch, in die üble Nachbarschaft von Nationalrevolutionären, aus der sie sich durch Rückgriff auf ihr Programm entfernen können.— (scc)

Grüne gegen Tierversuche

Der Tierversuch garantiert den Chemiekapitalisten ihre eigene "Schadensfreiheit"

Die Grünen beschäftigten sich auf zwei Bundesversammlungen ausführlich mit ihrer Position zum Tierschutz und insbesondere zu Experimenten mit Tieren und beschlossen auf ihrer Bundesversammlung im Juni 1985, daß sie für eine gesetzliche Regelung eintreten, die Tierversuche grundsätzlich verbieten und nur in Ausnahmefällen zulassen soll. Außerdem verlangen sie einen sofortigen Stopp aller Tierversuche in der BRD und Berichtserstattung über die bisher durchgeführten, was bedeuten würde, daß die Chemiekonzerne in nächster Zeit kein neues Medikament, Körperpflegemittel etc. auf den Markt bringen könnten. Die Minderheitsposition verlangte das sofortige Verbot jeglicher Experimente mit Tieren.

Das Experiment mit Tieren ist in der Erforschung der Verträglichkeit und Wirksamkeit von Medikamenten, von Putz-, Wasch- und Körperpflegemitteln eine Methode, die die Kapitalisten überwiegend aus Gründen der Haftpflicht anwenden. Für die Freigabe zahlreicher Produkte für den Verkauf ist die Erprobung an Tieren in der BRD zwingend gesetzlich vorgeschrieben. Mit dem Nachweis der Unschädlichkeit von Chemikalien im Tierversuch erhalten die Produzenten die Genehmigung, sie zu vertreiben. Sie können, falls die Benützung ihrer Produkte bei Menschen Schäden hervorruft, jegliche Haftung, und das heißt auch etwaige Schmerzensgelder und Renten, ablehnen. Die gesetzliche Regelung geht soweit, daß der Rückzug von schädlichen Medikamenten und Pflegemitteln erst dann von der Bundesgesundheitsbehörde und den Agrarbehörden erzwungen werden kann, wenn im Experiment mit Tieren deren Schädlichkeit bewiesen ist – und nicht, wenn die ersten Schäden bei Menschen zu beobachten sind. Der Grünenthal-Konzern z.B. machte sein Vergleichsangebot an die mit schweren körperlichen Gebrechen behafteten Opfer von Contergan erst in dem Augenblick, als er befürchten mußte, daß ihm unzureichende Erprobung des Medikaments im Tierversuch nachgewiesen würde – und nicht, nachdem die Opfer des Medikaments geboren und die schweren Schäden bekannt waren.

Eine genaue Übersicht, wieviele Tiere jährlich in der BRD für solche und ähnliche Experimente benützt werden, existiert nicht. Die Schätzungen gehen von mehreren Millionen Wirbeltieren aus, die überwiegend in der Produktüberprüfung, d.h. aus im wesentlichen versicherungsrechtlichen Gründen, vernutzt werden. Denn

zwar ist der Tierversuch in einer Reihe von Produktionen Vorschrift, irgendetwas ein Verbot oder auch nur Antragspflicht für Leute, die solche Experimente durchführen wollen, existieren nicht. (1) Unter allen Bundestagsparteien ist weithin unumstritten, daß eine Änderung des Tierschutzgesetzes sein müsse, die die Zahl der Tierversuche eindämmen und die Versuche selbst weniger qualvoll gestalten soll.

Dennoch hat trotz solcher Vorhaben und der zahlreichen Kritik die Zahl der Tierversuche explosionsartig zugenommen. Wenn die Kapitalisten Chemikalien, die bekanntermaßen schädlich sind, auf der Stelle aus dem Verkehr ziehen und die Haftung für ihr Produkt auch trotz zahlloser Tierver-



Protest gegen Tierversuche auf der Bundesversammlung der Grünen, Juni 1985

suche übernehmen müßten, würden zumindest die Möglichkeiten der Konsumenten verbessert, Einfluß auf die Qualität der Produkte zu nehmen. Die Kapitalisten ständen unter Druck, eher unschädliche statt "getesteter" Produkte auf den Markt zu bringen. Die Chemie-Konzerne testen, um der Verantwortung für die Wirkung der Produkte bei den Konsumenten der Produkte zu entgehen. Sie produzieren für den Markt, ihr Ziel ist Verkauf der Produkte – und nicht etwa die Deckung von gesellschaftlich festgestelltem und gesellschaftlich kontrolliertem Bedarf nach Arzneien, Körperpflegemitteln usw. Der Aufwand, den sie in Tierversuchen treiben, steht in keinem Verhältnis etwa zu den Anstrengungen, die unternommen wer-

den, um am und beim Menschen erkennbare Folgen ihrer Produkte festzustellen. So ist es zum Beispiel meist unmöglich oder bedarf außerordentlicher Anstrengungen von Seiten der Betroffenen, den versicherungsrechtlich stichhaltigen Beweis für Berufskrankheiten aufgrund von Arbeit mit schädlichen Stoffen zu erbringen. Eine Ausweitung der Anmeldepflicht für Tierversuche, wie sie die Regierung plant, würde an der oben beschriebenen Praxis nichts ändern und die wahllosen und teuren Tierversuche nicht beschränken.

Die Grünen begründen ihre Vorhaben nicht aus der Kritik von gesellschaftlichen Bedingungen, die zulassen, daß das qualvolle Zugrundegehen von Tieren regelmäßiger Bestandteil der Produktion ist und ohne daß daraus eine Garantie für die Qualität der Produkte entstünde. In der Begründung ihres Beschlusses führen sie aus:

"Unser Widerstand gegen die Tierversuche ... ist im Kern ethisch begründet. Die Natur ist für uns nicht die Grundlage einer beliebigen Plünderung und Ausbeutung, und wir halten den Versuch, den gesellschaftlichen Fortschritt auf die Beherrschung der Natur zu gründen, angesichts der ökologischen Katastrophe für gescheitert. Die Natur ist für uns ein Partner, der durchaus auch ein Eigenrecht auf Unversehrtheit und Pflege hat und die Tiere und Pflanzen sind für uns keine 'Sachen', sondern Lebewesen. Wir betrachten den Menschen nicht als über der Natur stehend, wir wehren uns aber auch dagegen, ihn auf Natur zu reduzieren." (2)

Im Mittelpunkt ihrer Kritik steht nicht das Verhältnis von Mensch und Natur, das durch die gesellschaftlichen Bedingungen, und das heißt durch die Kontrolle der Kapitalisten über die Produktion und die Aneignung der Natur bestimmt ist, sondern eine mytische Betrachtung der Natur; eine Kritik, die wegführt von der Analyse der Gesellschaft. Diese Kritik macht es möglich, daß sich in den Kampagnen der Tierversuchsgegner an der Seite der Grünen Vertreter aller bürgerlichen Parteien bis hin zu Reaktionsären wie der ehemalige Republikaner Handlos und aus den Reihen der faschistischen Nationalrevolutionäre zu Wort melden, die "Lebensschutz" und "artgerechter Behandlung" propagieren und – im Gegensatz zu den Grünen – das Verhältnis von Herr und Vieh auf die Gesellschaft übertragen wollen. (3)

(1) H. Ruesch, Die Pharmastory, Zürich 1985; (2) Antragsmaterial für die außerordentliche Bundesversammlung der Grünen am 22./23. Juni 1985; (3) siehe dazu: grüner basis-dienst Nr. 7 u. 8/85, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll Nr. 10/137; – (uld)

Münchner Stadtrat gegen Bunkerbau

München. Mit einer Mehrheit von 41 zu 40 Stimmen haben SPD und GRÜNE es gegen CSU, FDP und Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) am 11.12 im Münchner Stadtrat abgelehnt, den Bau von Zivilbunkern zu forcieren. Bei der derzeitigen NATO-Konzeption und der darin angelegten Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung könne ein solcher Ausbau sowieso keinen Schutz geben, argumentierten SPD und GRÜNE. "Wir können doch nicht sagen, wir tun nichts zum Schutz der Bevölkerung, weil's ohnehin nichts hilft. Das wäre die Selbstaufgabe der Gesellschaft", erklärte Bürgermeister Zehetmeier von der CSU. Kronawitter setzte sich klar für den weiteren Ausbau ein. Ein FDP-Stadtrat verwies auf die bayerische Gemeindeordnung, nach der die Angelegenheiten des "Zivilschutzes" allein Sache des OB seien, eine Zuständigkeit des Stadtrats bestehe also in dieser Angelegenheit gar nicht: "Es war zwar ganz interessant zu hören, welche politischen Meinungen hier vorherrschen— aber der Beschluß ist reine Makulatur." Kronawitter hat sich zu seinem weiteren Vorgehen noch nicht geäußert. — (ror)

Daimler-Teststrecke: Baubeginn im Januar?

Boxberg. Zur Durchsetzung der von Daimler-Benz geplanten Teststrecke hat das Flurbereinigungsamt Buchen per Beschluß vom 10.12.1985 im Wege einer "vorläufigen Anordnung" ab 15. Januar 1986 den beteiligten Grundstückseigentümern Besitz und Nutzung ihrer für den Bau benötigten Grundstücke entzogen. Die Gemeinden wurden in den Besitz der entzogenen Flächen eingewiesen. Zur "plan-konformen Ausführung des Unternehmens 'Prüfgelände'" soll dann Daimler-Benz sofort in den Besitz dieser Grundstücke kommen. Die "sofortige Vollziehung" wurde gleichzeitig angeordnet. Auf einer Bürgerversammlung Ende November hat der Boxberger Bürgermeister den Baubeginn für Januar angekündigt. Vorausgegangen war, daß der VGH Mannheim im September die Wahl des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft zum Flurbereinigungsverfahren von 1983 für ungültig erklärt hat. Die Wahl wurde daher Ende November wiederholt. Wegen des angewandten Mehrheitswahlrechts erhielten die Teststreckengegner von zwölf Sitzen nur einen (Ergebnis in %: Bundschuh 47,44, "Befürworter" 52,38). Schwere Vorwürfe hat der Bundschuh-Geschäftsführer erhoben: Massiver Wahlbetrug, Amtsmißbrauch von der Nötigung bis zur Urkundenunterschlagung. Eine erneute Wahlanfechtung wurde angekündigt. Ein Antrag auf Baustopp beim Bundesverfassungsgericht ist vorbereitet. — (mah)



Wackersdorf. Der Bauplatz der WAA wurde erst am Montag den 16.12. geräumt, da am Sonntag drei- bis viertausend Personen, vorwiegend die einheimische Bevölkerung, anwesend waren. Bei der Räumung wurde von etwa 850 die Personalien festgestellt, 400 davon wurden vorübergehend festgenommen und bis zum nächsten Morgen festgehalten. — (dax)

Stadtrat zu Boykott Südafrikas aufgefordert

Dachau. Die örtliche Amnesty-Gruppe hatte im Rahmen der Friedenswoche eine Informationsveranstaltung zu Südafrika durchgeführt. Auf Initiative von Besuchern dieser Veranstaltung bildete sich eine Gruppe "Südafrika-Boykott". Ziel ist, durch Flugblatt- und Unterschriftenaktionen den Stadtrat und den Kreistag Dachau aufzufordern, "die Grundsätze der Geschäftspolitik der Kreissparkasse so zu ändern, daß der Krüger-Rand-Verkauf eingestellt wird und keinerlei Unterstützung für Geschäfte mit dem rassistischen Apartheidssystem in Südafrika mehr gegeben wird, und die Vertreter der Dachauer Sparkasse im Sparkassenverband zu beauftragen, über den Sparkassenverband auf eine entsprechende Änderung der Geschäftspraktiken der Landesbank Girozentrale hinzuwirken". Parallel werden Spenden für inhaftierte Mitglieder der CUSA gesammelt. An zwei Samstagen wurden inzwischen über 200 Unterschriften in der Stadt gesammelt. — (pek)

Haftstrafen gegen drei türkische Antifaschisten

Mannheim. Zwischen zwei Jahren ohne und einem Jahr mit Bewährung liegen die Landgerichts-Urteile gegen drei türkische Antifaschisten. Sie waren im April 1984 auf dem Heimweg vom Vereinsraum des Arbeitervereins MTIB in eine von vier Zivilpolizisten verursachte Remperei verwickelt worden, in deren Verlauf die Polizei auch Schüsse abgab. Die Türken waren im Glauben, es mit Neonazis zu tun zu haben. Ihre Klagen gegen die Polizisten wurden sofort niedergeschlagen ("Notwehr"); aber auch der Prozeß, den die Staatsanwaltschaft gegen die Opfer einleitete, mußte eingestellt werden. Die Staatsanwaltschaft legte

Berufung ein. Das Gericht ging nun im Strafmaß über die Anträge der Staatsanwaltschaft hinaus. Die Versuche, gegen das Verfahren zu mobilisieren, waren überschattet von gleichzeitigen heftigen Widersprüchen zwischen antifaschistischen Organisationen am Ort. Die Verurteilten wollen in Revision gehen. — (tht)

Innenminister droht Beamten bei Kandidatur für die DKP

Hannover. Der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) hat allen Beamten mit ihrer Entlassung aus dem öffentlichen Dienst gedroht, falls sie bei den Landtagswahlen 1986 für die DKP kandidieren. Bereits nach den Kommunalwahlen 1981 leitete die Albrecht-Regierung gegen 15 Pädagogen im Beamtenverhältnis, die für die DKP kandidiert hatten, Prozesse wegen Verletzung der Beamtenpflichten ein. Eine breite Protestbewegung konnte ihre Entlassung verhindern. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg gestand in dem bisher einzigen rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren dem Lehrer Eckartsberg "Verbotsirrtum" zu. Seine Kandidatur für die DKP stelle zwar eine Verletzung seiner Beamtenpflichten dar, der Dienstherr aber sei seiner Fürsorgepflicht nicht nachgekommen, weil er Eckartsberg nicht über das Verbotene seines Handelns belehrt habe, sondern ihm sogar für die Wahrnehmung seiner Wahlkampfaufgaben freigegeben hatte. Der geforderten Fürsorgepflicht ist Möcklinghoff jetzt mit einem Erlaß nachgekommen, in dem es heißt: "Die Ziele der DKP sind mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Ein Beamter, der durch die Übernahme von Kandidaturen bei allgemeinen Wahlen für die DKP aktiv in der Öffentlichkeit eintritt, handelt allein dadurch seiner Treuepflicht zuwider." — (kar)

Werkzeugmaschinenwerk Fritz Werner

Hallenneubau und Schließung der mechanischen Fertigung

Westberlin. Im Jahr 1982 wurden die der bundeseignen DIAG gehörenden Werke Fritz Werner Westberlin (FWW) und Hermann Kolb Köln zur eigenständigen Firma Werner und Kolb (W.u.K.) zusammengefaßt. Für FWW wurden damals drei Etappen bis hin zur 1988 geplanten Reprivatisierung (als aussichtsreichster Interessent wird Messerschmidt-Bölkow-Blom behandelt) festgelegt:

1. Konzentration auf die Entwicklung und den Bau flexibler Fertigungssysteme (FFS).
2. Aufbau eines weltweiten Vertriebsnetzes für diese Systeme.
3. Neugestaltung und Rationalisierung der Fertigung bei FWW.

Die beiden ersten Punkte sieht die Geschäftsführung mittlerweile als erledigt an. Die Produktion ist konzen-

Wegfall der mechanischen Fertigung für kleine und mittelgroße Teile, in der zur Zeit 100 Beschäftigte arbeiten. Die Fertigung soll zukünftig in Kooperation mit der Firma Fritz Werner Geisenheim (2500 Beschäftigte, Rüstungsanlagen- und Druckmaschinenbau) erfolgen. Dort soll auf der Basis des Einsatzes von bei FWW hergestellten flexiblen Fertigungssystemen eine "moderne" mechanische Fertigung aufgebaut werden. Zu der Erläuterung dieser Pläne sei hier der TU-Professor Dr. Spur zitiert, der u.a. auch in den Aufsichtsräten der DIAG und von Werner und Kolb "tätig" ist:

"Die Einrichtung einer rechnerintegrierten, flexiblen Fertigung wird einen sehr hohen Kapitaleinsatz erfordern. Die Produktivität solcher

Arbeiter entlassen wolle, sondern alle zu Schlossern umschulen werde. Auf zwei sehr gut besuchten IGM-Mitgliederversammlungen wurde dieses "Angebot" angegriffen, als Methode, die Arbeiter der mechanischen Fertigung ohne Sozialplan los zu werden. Denn erstens liegt der Lohn der Schlosser im Durchschnitt zwei Mark unter den Löhnen der mechanischen Fertigung, zweitens ist für viele langjährige Dreher, Fräser, Schleifer die Umschulung unakzeptabel, drittens sind in Montage auch bei weiterer Umsatzsteigerung nicht annähernd ausreichende Arbeitsplätze vorhanden. IGM und Betriebsrat wurden daher aufgefordert, sich klar und eindeutig gegen die Verlagerung der mechanischen Fertigung auszusprechen. Weiterhin sollte die Geschäftsführung gezwungen werden, den Ende 1986 auslaufenden Sozialplan um zwei Jahre zu verlängern, sowie die schriftliche Zusage zu geben, bei eventuellen Umsetzungen den bestehenden Lohn auf Dauer zu garantieren.

Allein die deutliche Drohung der Beschäftigten aus der mechanischen Fertigung auf einer Abteilungsversammlung am Vortrag der DIAG-Aufsichtsratssitzung am 29. November, die Arbeit niederzulegen, reichte angesichts der vollen Auftragsbücher aus, die Geschäftsführung zu zwingen, den bestehenden Sozialplan zu verlängern und für Umsetzungen eine Lohngarantie zu geben. — (lbe)



Die Aktion gegen die Änderung des AfG am 10.12.85 vor dem Werkstor (Bild) wurde maßgeblich von den Beschäftigten der mechanischen Fertigung getragen. In der Abteilung herrscht der höchste gewerkschaftliche Organisationsgrad und das Lohnniveau ist hoch. Eine Schließung dieser Abteilung wird sich für alle Beschäftigten negativ auswirken.

triert auf den Bau von FFS. Hierbei wurde die Gießerei geschlossen und im Maschinenbau 250 Beschäftigte entlassen. Im Bau der FFS gilt FWW als führend in der BRD und Westberlin. Gegenüber einem Umsatz von 40 Mio. 1984 wurde dieser auf über 90 Mio. im Jahr 1985 verdoppelt bei gleichbleibender Belegschaftsgröße von 550 Beschäftigten. 1985 wurden 11 Systeme aufgestellt, für 1986 sind bereits 13 bestellt. Unter den Kunden sind alle großen Automobilkapitalisten in der BRD, sowie u.a. Firmen in England, Frankreich, USA, UdSSR, VR China.

Am 29. Oktober informierte die Geschäftsführung den Betriebsrat über ihre Vorstellungen zur Erledigung des dritten Punktes "Neugestaltung und Rationalisierung der Fertigung":

Ein Hallenneubau soll die bisherige Produktionshalle ersetzen, unter

Anlagen ermöglicht große Mengenleistungen. Eine wirtschaftliche Auslastung erfordert ein Produktionsvolumen, das von mittelgroßen Unternehmen nicht leicht am Markt verkauft werden kann. Es scheint daher denkbar, daß mehrere Unternehmen gemeinsam eine flexible Fertigungsanlage unterhalten...

Die einzelnen Unternehmen könnten von entfernten Standorten durch Koppelung ihrer Arbeitsplanrechner mit dem Fertigungsleitreechner aktuelle Fertigungsdaten und Bearbeitungsprogramme unmittelbar an Operatoren des ausführenden Fertigungssystems einsteuern". (G.Spur: Aufschwung, Krisis und Zukunft der Fabrik; Westberlin 1984)

Die Geschäftsführung wollte sich die Zustimmung zu ihrem Konzept mit der Aussage erkaufen, daß sie keinen

Pflegedokumentation

Erfassung der Pflege zwecks Rationalisierung

Heidelberg. Im Zusammenhang mit der ab Januar 1986 in Kraft tretenden Bundespflegesatzverordnung werden jetzt überall im Rahmen von Fortbildungen leitende Schwestern und Pfleger darauf vorbereitet, daß sie die Arbeit der auf Station eingesetzten Pflegekräfte auf entsprechend vorbereiteten Dokumentationsbögen dokumentieren.

In wessen Interesse wird dies veranstaltet? Von den Interessen der versorgten Patienten ausgehend, wäre richtiger, eine Pflegequalitätsermittlung durchzuführen mit Fragebögen und Gesprächen, die direkt mit den Patienten ausgearbeitet werden.

Eine Dokumentation im Interesse des Pflegepersonals als Nachweis, daß in der Pflege gearbeitet wird, für wen? Die Betroffenen, Schüler, Schwestern und Pfleger, Stationsleitungen, Pflegedienstleitungen wissen, was geleistet wird.

Dann zur rechtlichen Absicherung des Pflegepersonals? Fehler kann man mit der Pflegedokumentation nicht verhindern, lediglich die Ermittlung des "Schuldigen" ist wesentlich

schneller.

Tatsächlich werden die Krankenhausverwaltungen jetzt über Gesetze zur Wirtschaftlichkeit mit Leistungsnachweisen gezwungen, die eine "Transparenz" der Leistungen verlangen. Vergleichbarkeit mit anderen Krankenhäusern und eine Aufschlüsselung der Pflegesätze nach Unterkunft und Verpflegung, Pflege und ärztlicher Versorgung wird gefordert. Dokumentiert werden nicht nur die Leistungen der Behandlungspflege (ärztliche Anordnungen, Spritzen, Therapiemaßnahmen), sondern auch die reine Grundpflege (Waschen, Betten, Kämmen, Zähneputzen). Dafür gibt es ausgearbeitete Zeitstudien (z.B. Ganzwaschung zwölf Minuten). Die Schwestern brauchen hierbei nicht die geleisteten Zeiten einzutragen, sondern müssen die geleisteten Tätigkeiten auf einem Statistikbogen ankreuzen. Diese Bögen kommen zu den Unterlagen, so daß ein Statistiker jederzeit mittels vorgegebener Zeiten die Planstellen errechnen kann. Stellenstreichungen werden die Folge sein. Diese Statistiker werden überall neu eingestellt.

Die in der Pflege Beschäftigten sind derzeit in den Kliniken die größte Gruppe, die nicht zeiterfaßt ist. Eine solche Zeiterfassung setzt voraus, daß auf allen Stationen gleichermaßen gepflegt wird. Das soll über die Dokumentationen eingeführt werden.

— (rug)

Werftindustrie

Mit 50 Jahren zu alt für die Werftarbeit

Auf der ersten Betriebsversammlung bei Blohm+Voss Hamburg nach dem Kauf der Howaldt-Deutschen-Werft AG HH erklärte der Vorstandsvorsitzende Budczies seine Sanierungsmaßnahmen für die neue B+V-Tochter. So sollen bis Ende Februar 1986 insgesamt 400 Arbeiter entlassen werden. Der Grund: die Altersstruktur besonders in der Schiffsreparatur sei im Vergleich zu Blohm+Voss viel zu hoch. "250 Mitarbeiter, die über 50 Jahre alt sind, werden bis zum 28.2.86 ein attraktives finanzielles Angebot erhalten. Unsere Reparaturabteilung arbeitet mit Gewinn, die der HDW fährt Verluste ein. Also besteht bei HDW-Hamburg eine Überbesetzung... Wir haben Ihnen immer ehrlich unsere Meinung gesagt... Die HDW ist eine überalterte Belegschaft... Die Zukunft für Blohm+Voss!". Was der B+V-Vorstand unter einem "attraktiven Angebot" versteht, ist nebenbei bemerkt bis heute nicht klar. Klar ist allerdings, was der Schlachtruf "Die Zukunft für Blohm+Voss!" für die Belegschaft bedeuten wird: Ableistung von Überstunden über den Rahmen der

Arbeitszeitordnung hinaus, Abrufbelegschaft bei Kurzarbeit, kurzfristig wechselnde Schichten und Wochenendarbeit. Reicht das immer noch nicht, werden Hundertschaften von Leiharbeitern auf die Werft geholt. Wer bei dieser Arbeit überhaupt über 50 Jahre alt wird und sich noch einigermaßen auf den Beinen hält, kann froh sein. Für die Ausbeutung bei Blohm+Voss, in den 20iger und 30iger Jahren die "Knochenmühle" von den Werftarbeitern genannt, taugt man nicht mehr. Um die Belegschaft weiter zu verjüngen, sollen plötzlich alle Auszubildenden unbefristet übernommen werden, was in den letzten Jahren immer vom Vorstand abgelehnt worden ist. Daß sich Blohm+Voss diesen Schritt in der Verschärfung der Ausbeutung der Belegschaft einiges kosten lassen wird, macht folgende neue Lage deutlich. So hat das Arbeitsamt Hamburg die Sonderregelung für "notleidende Werftbetriebe" in Fällen von vorzeitigem Ausscheiden über spezielle Betriebsvereinbarungen aufgehoben. So konnte man bislang bei Blohm+Voss über die "50iger-Regelung" bereits mit 59 Jahren aus dem Betrieb gehen. Das Arbeitsamt zahlte dann Kurzarbeitergeld für ein Jahr, die Differenz zum alten Lohn zahlte der Betrieb. Ab 60 bis 63 bzw. 65 übernahm der Betrieb die Differenz zwischen Vorruhestand und ca. 75% des alten Lohnes. Mit der Einstellung der Zahlung von Arbeitslosengeld für "50iger"-Fälle mußte jetzt der Betrieb die Leistungen des Arbeitsamtes übernehmen. Das wird ab 1.1.86 akut.

Mit der geplanten Massenentlassung setzt der B+V-Vorstand die HDW-Rationalisierungen fort. Holger Mahler, Betriebsratsvorsitzende bei HDW-Hamburg und Mitglied der Liste der "Aktiven Metaller", erklärte auf der Betriebsversammlung: "Wenn das eintritt, was der Blohm+Voss-Vorstand für die Sicherung der Arbeitsplätze verspricht, kann er sich damit einverstanden erklären". Manche hoffen, glauben ständig. Verstehen tun sie wenig. — (mie)

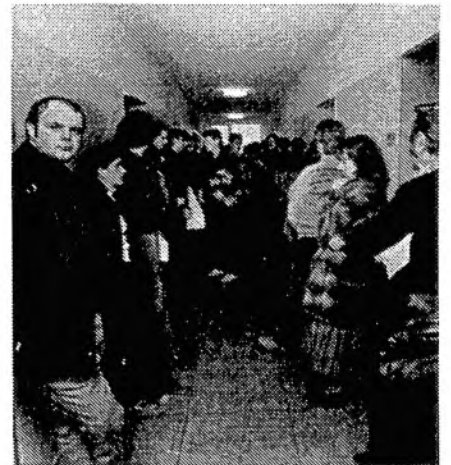
Hamburger Sozialämter

Sozialarbeiter wehren sich

Während in Hamburg die Zahl der Sozialhilfeempfänger (außerhalb von Einrichtungen) von 1980 noch 56 493 auf 1982 88 995 Personen um 57% stieg, wurden die Stellenbedarfe für die Sozialämter in den Jahren 1980 bis 1984 lediglich von 568,5 auf 781,5 Beschäftigte (37%) erhöht. Ursachen für den überproportionalen Anstieg sind im wesentlichen die Kürzungen der Arbeitsamtsleistungen. Bei der Personalbedarfsfeststellung für das Jahr

1984 mußte der Senat selbst eingestehen, daß nach bestehenden Personalbemessungssystemen für alle Sozialämter 65 Stellen (1 998 400 DM Personalkosten) gefehlt haben. Doch anstatt diese sofort zu besetzen, wurden sie bis zum 1.10.1985 "freigehalten". Tatsächlich besetzt wurden dann nur 40 Stellen, 25 sind bis zum 31.3.1986 "gesperrt". Die "Personalverzögerungen" ersparten mehr als 1,5 Millionen DM.

Mit verschiedenen restriktiven Umorganisationen wird jetzt versucht, die Mehrarbeit mit gleichem Personal effektiver zu "bewältigen": Beamte



40 Antragsteller am Tag pro Sachbearbeiter die Regel!

des gehobenen Dienstes sollen die Arbeitsqualität anheben und das Pensum besser bewältigen. Sonderabteilungen für Behinderte, Asylbewerber, Ältere über 60 Jahre zwecks Massenabfertigung wurden gebildet. Geplant sind "Hauptsachbearbeiter", die "Sonderaufgaben" wie die Ausbildung neuer Kollegen und die stellvertretende Abteilungsleitung übernehmen.

Rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für 1986 lud die ÖTV-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Hamburg-Mitte Abgeordnete der Bürger-schaftsparteien zu einer "Inaugenscheintabelle" der Personalsituation. Die SPD-Vertreter wollten keine konkreten Zusagen geben, versprachen aber einen erneuten Besuch im Januar. Der GAL-Vertreter brachte einen Antrag auf 170 zusätzliche Planstellen— als vorausschauenden Bedarf für 1986— dann auch in der Bürgerschaft ein. Er entspricht den Interessen der Beschäftigten, indem er den Abbau des Polizeiapparates zugunsten des Sozialbereiches fordert. Er benennt jedoch neben der Absenkung der Arbeitsamtsleistungen nicht die Verantwortlichen für die gestiegenen Sozialhilfeempfängerzahlen: Die Kapitalisten konnten die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg in den Jahren 1980 bis 1984 um 5,5% verringern, im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe um 12%.—(veb)

Revanchismus

Schickel will die "Sieger-Geschichtsschreibung" revidieren

Ingolstadt. "So werden die Deutschen belogen. Historiker enthüllt Geschichtsfälschungen." Mit dieser Schlagzeile feierte die "Nationalzeitung" am 12.6.1981 den Ingolstädter Gymnasiallehrer und Historiker Dr. Alfred Schickel. Das CSU-Mitglied Schickel ist 1933 in Usti na Labem (Sudetengebiet) geboren. Nach der Aussiedlung machte er am Jesuitenkolleg St. Blasien/Schwarzwald das Abitur, studierte anschließend in München Geschichte und Philosophie und ist seither Lehrer am Ingolstädter katholischen Gnadenthal-Gymnasium. 1974 initiierte er das katholische Stadtbildungswerk, dessen Leiter er ist. Vor und nach Abschluß der sogenannten Ostverträge polemisierte Schickel heftig in verschiedenen, bei

darunter den SPD-Rechten und Reichstagsbrandexperten Fritz Tobias (Hannover) und Heinz Navratil, Verfasser einer Studie über die "Vertreibung der Deutschen".

Mit dem Ziel, "den Deutschen wieder einen natürlichen und unbefangenen Zugang zu Geschichte, Staat und Vaterland zu ermöglichen" (Schickel), arbeitet die ZFI zielbewußt an der Revision der "Sieger-Geschichtsschreibung" über die Verbrechen des Faschismus und des deutschen Militarismus. Gleich die erste Veröffentlichung der ZFI (März 1982) besteht aus einem "Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand". Der Wehrmachtsoberst im Generalstab a.D. Hans Roschmann (Überlingen/

vom Januar 1982 veröffentlichten Studie mit dem Titel "Die merkwürdige Vermehrung der Zigeuner" versucht Schickel, den Sinti die Fälschung ihrer Menschenverluste durch den Faschismus nachzuweisen; in anderen Veröffentlichungen behauptet er eine Kriegsschuld der Polen oder, daß die Regierungen der Tschechoslowakei und Polens bereits nach dem ersten Weltkrieg "die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland" geplant hätten; für sich erhebt Schickel den Anspruch, die polnischen Zahlen über die Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg als Fälschung nachgewiesen zu haben. In Anerkennung solcher Forschung Schickels nahm ihn 1982 die "Sudeten-deutsche Akademie der Wissenschaften und Künste" in ihre Reihen auf.

Festzustellen ist, daß Schickel ein Bindeglied zu Strömungen rechts der CSU – Republikanern und Neofaschisten – ist. Für den Republikaner-Vorsitzenden Schönhuber hat er sich beim Erscheinen von dessen SS-Buch "Ich war dabei" auf einer Werbeveranstaltung ins Zeug gelegt. Bezeichnen derweise blieb auf dieser Veranstaltung in Ingolstadt das Wort von der "Judenlüge" aus dem Mund eines Diskutanten durch den Podiumsteilnehmer Schickel unwidersprochen.

Es scheint nicht so zu kommen, daß sich die CSU Ingolstadt in nächster Zeit von der Tätigkeit ihres Mitglieds Schickel distanziert; duldet sie doch in ihren Reihen auch den örtlichen "Stahlhelm"-Vorsitzenden und städtischen Restaurator Friedrich, in dessen Ortsgruppe einige ehemalige WSG-Hoffmann-Leute mitmachen. Das deutet darauf hin, daß die CSU weiter eine Aufsaugung des Lagers rechts von sich betreibt.

Öffentliche Kritik an Schickel fand sich bisher vor allem in Artikeln des grün-alternativen "Schanzer Journal". Enthüllungen dieser Zeitschrift haben dazu geführt, daß sich Stadträte der SPD und die Grünen-Stadträtin im März 1985 gegen einen Antrag der ZFI auf 2500 DM Zuschuß der Stadt querlegten. Daß Schickel im vom Verfassungsschutzbericht 1983 als rechtsextrem eingestuften "MUT"-Verlag publiziert, brachte die CSU-Stadträte für ein paar Tage ins Schwanken. Als dann aber Schickel ihnen entgegenhielt, sie sollten doch abwarten, "ob der Verfassungsschutzbericht '84 oder '85 'MUT' auch noch anführt", war der Zuschuß schnell bewilligt.

Quellenhinweis: Deutschland – was ist das, Schickel, Hrsg. Bund der Vertriebenen, 1981; Veröffentlichungen der ZFI, 1. Band, 1982; Deutsche und Polen, ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte, Schickel, Lübbe-Verlag, 1984; Schanzer Journal, versch. Ausgaben; Donau Kurier, versch. Ausgaben. – (ing)



Gedenkfeier 1981 für das Wehrmachts-Inf.-Rgt. 63. Schickel: "Deutschland und Vaterland... für viele von ihnen die höchsten Werte..."

den Vertriebenenverbänden erschienenen Aufsätzen und Broschüren gegen die vermeintliche Aufgabe "deutscher" Rechtspositionen. U.a. warnte er in einem Gutachten vor der Annullierung des verbrecherischen Münchner Abkommens von 1938 unter Hinweis auf nicht absehbare finanzielle und rechtliche Folgen für die BRD.

Seit Ende der 70er Jahre widmete sich Schickel hauptsächlich der "Zeitgeschichte", d.h. der jüngeren deutschen Geschichte zwischen 1930 und 1950. Um der "Vorabqualifizierung der jüngsten deutschen Geschichte durch die Sieger und ihre behenden Proscriptoren" entgegenzuwirken, gründete er 1981 mit Gleichgesinnten die "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)". Ein gemeinnütziger Fördererverein mit ca. 80 Mitgliedern finanziert die ZFI. Sie zählt ein rundes Dutzend Mitarbeiter,

Bodensee) beurkundet darin u.a. aus eigener Anschauung – sozusagen auf Offiziersehrenwort – die gute Behandlung der Kriegsgefangenen und die angebliche Nichtausführung des "Kommissarbefehls" Hitlers. Nach Zahlenschiebereien kommt Roschmann auf die Zahl von 1,5 Mio. "verstorbener" sowjetischer Soldaten anstatt der öffentlich gehandelten über 3 Mio. Umgekommenen. Und auch diese seien durch Verwundungsfolgen, Erschöpfung etc., bzw. durch Einwirkung von "ostvölkischen Legionen" der Wehrmacht umgekommen, "deren Angehörige in der Masse keineswegs so diszipliniert erzogen und geführt waren wie die deutschen Soldaten".

Näher auf weitere der zahlreichen Aufsätze und Untersuchungen Schickels und der ZFI einzugehen, fehlt hier der Platz. Nur soviel in Kürze: In einer im "Deutschlandmagazin"

Gewerbesteuer

Der OB und die
Arbeitsplätze

Heidelberg. Dem Heidelberger Oberbürgermeister Reinhold Zundel kann sicher nicht nachgesagt werden, er sei ein Vorkämpfer für höhere Besteuerung der Kapitalisten und ihrer Gewinne. An zwei Beispielen soll jedoch gezeigt werden, daß er, erstmal verwickelt in Verhandlungen zwischen Kapitalisten, Betriebsräten und Gewerkschaften, dort für Lösungen auftritt, die die Unternehmen ertragreich und gewerbesteuerzahlend machen – im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Es soll damit auch die in Kreisen der örtlichen IG Metall verbreitete Meinung beleuchtet werden, beim "Kampf für Erhalt von Arbeitsplätzen" sei OB Zundel stets einzuschalten.

Im ersten Beispiel übernahm der Maschinenbaukonzern Dresser im Februar 1983 das Werk Heidelberg des maroden Landmaschinenkonzerns International Harvester (IH). Das Werk beinhaltet die Produktion von Radladern, Fertigung von Blechteilen für die Traktorproduktion in Neuss und das Ersatzteilzentrallager (EZL) zur Betreuung der IH- und Dresser-Kunden im europäischen, afrikanischen und asiatischen Raum. Die Bilanzen weisen, trotz enormer Gewinne im Ersatzteilgeschäft, kräftige Verluste aus, zuletzt runde 19 Mio. DM für das Geschäftsjahr 1984/85. Gewerbeertragsteuer ist also nicht zu zahlen, und bei der Festlegung des Gewerbesteuersatzes kann ein Teil der Verbindlichkeiten bei der Dresser-Finanzierungsholding in Anrechnung gebracht werden.

Die Geschäftsleitung will die Verlustsituation bereinigen, indem das Landmaschinen-EZL an den IH-Nachfolger Case zurückverkauft, die Blechfertigung aufgegeben, ein weiterer Teil des Geländes verkauft und 98 Beschäftigte entlassen werden.

Hier tritt Zundel, gerufen von IGM und Kapitalisten, auf und sagt zwecks "Rettung der Arbeitsplätze" folgendes zu: Die Stadt nimmt ihr Vorkaufsrecht auf das überschüssige Gelände wahr und baut über dieses Gelände eine neue Zufahrtstraße zum EZL, sobald Case sich in Heidelberg niederläßt und diese übernimmt. Ergebnis: Dresser macht einen guten Schnitt bei EZL und Gelände, Case bekommt eine Straße und die Stadt einen Gewerbeertragsteuerzahler mehr sowie im Falle Dresser die Aussicht, daß dieser bald wird zahlen können. Keine Kündigung wurde aufgrund dieser Aktion zurückgenommen.

Im zweiten Beispiel unterstützte er die Echlin-Kapitalisten dabei, dem Betriebsrat der im letzten Jahr von Echlin aufgekauften Graubremse ei-



März 85: Graubremse-"Meinungsumfrage" wird vor dem Tor verbrannt

nen "Interessenausgleich" abzapfen, der die Schließung des Hockenheim Zweigwerks, Abbau von weiteren 60 auf 430 Beschäftigte sowie Verlagerung eines Teils der Produktion beinhaltet. Dem Betriebsrat, der zunächst von einem Bluff der Geschäftsleitung ausgegangen war, hatte Zundel mitgeteilt, er kenne den Beschluß des Echlin-Aufsichtsrats, wonach die Graubremse geschlossen werde, wenn der Betriebsrat den Interessenausgleich nicht eingehe, man habe also keine andere Wahl als zuzustimmen. Echlin kann seine Geschäfte nun profitlich betreiben, ein Steuerzahler bleibt der Stadt erhalten, und dem Betriebsrat einer kampfstarken Belegschaft wurde ein erneuter Schlag versetzt. – (has)

Berufsbildung

Initiativen für ein
Landesgesetz

Braunschweig. Im Frühjahr 85 sammeln DKP und SDAJ in Braunschweig Unterschriften zur Unterstützung eines Bürgerantrags in einem Bezirksrat, der erstens die Stadt auffordern soll, eine überbetriebliche Ausbildungsstätte einzurichten, und sich zweitens gegenüber Stadt, Land und Bund für ein Lehrstellengesetz aussprechen soll. In ihrer zum 1. Mai verteilten Zeitung fordern auch die SJD – Die Falken "als Sofortmaßnahme im Kampf gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit die Schaffung eines Landesberufsbildungsgesetzes in allen Bundesländern, solange keine Bundesregelung dafür zustande kommt." Ende Mai stellen die GRÜNEN ihren Landtagsantrag vor – im wesentlichen identisch mit einem Entwurf des DGB-Landesbezirksvorstands Niedersachsen/Bremen von 1983, der bereits in Bremen und Hamburg in den Landesparlamenten eingebracht worden war, aber immer nur von der Fraktion der GRÜNEN bzw. der GAL unterstützt worden war. Gleichzeitig

beginnt die GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung auf Landesebene eine Unterschriftensammlung unter einen Aufruf "Ausbildung statt Aufbe-wahrung", der ebenfalls die Forderung nach einem Landesberufsbildungsgesetz unterstützen soll.

Allen Initiativen gemeinsam sind die Forderungen nach Umlagefinanzierung durch die Kapitalisten, nach Schaffung zusätzlicher außerbetrieblicher Ausbildungsstätten, nach Verpflichtung der Landesregierung bzw. neu zu schaffener Kommissionen zur Erstellung von Landesberufsbildungsbericht und -plan. GRÜNE, DKP und Falken fordern darüberhinaus Meldepflicht der Betriebe. Eine Schwäche ihrer Initiativen ist, daß sie keinerlei Mindestbedingungen der Ausbildung fordern, obgleich sie in den verschiedenen Auseinandersetzungen gerade hier die Vorstöße der Albrecht-Regierung kennengelernt haben. Unterstützenswert ist in dieser Hinsicht der Aufruf der GEW, der u.a. mindestens dreijährige Lehrzeit, einheitlichen Status der Auszubildenden in allen Ausbildungsstätten und Abschaffung von Stufenausbildung und Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) fordert.

Die SPD scheint nicht willens, solche Vorstöße zu unterstützen. Bereits in Bremen und Hamburg hatte sie gemammert, besonders die Umlagefinanzierung könne man den Kapitalisten nicht zumuten, das müsse sie in andere Bundesländer vergraulen, solange keine Bundesregelung getroffen sei. Die CDU-Landesregierung lehnte zuletzt im Mai alle derartigen Forderungen kategorisch ab; stattdessen lobte sie die Praxisnähe der betrieblichen Ausbildung besonders wegen der "Entwicklung von allgemeinen Berufs- und Arbeitstugenden" und fordert zu Zurückstellung eventueller tarifpolitischer Interessen auf. Praktisch betreibt sie den Ausbau des "Ausbildungsprogramms Niedersachsen", das die Auszubildenden dem Schülerstatus unterwirft. – (ank)



"Niedersachsen vorn": Auszubildende im Schülerstatus

Technische Hochschule Aachen

"Wer hier durchfällt, ist für den Ingenieurberuf nicht geeignet"

40000 Studenten werden an der TH Aachen ausgebildet. Das entspricht etwa der Anzahl der Arbeiter des Krupp-Konzerns. Für die meisten dieser 40000 sind sechzig Wochenstunden Arbeitszeit die Regel, ihr Einkommen liegt zwischen 500 DM und 1000 DM im Monat, und mindestens ein Drittel derjenigen, die eine solche Ausbildung beginnen, werden sie in den ersten Jahren abbrechen.

Aachen ist eine Hochburg für die Ausbildung künftiger Ingenieure der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik, außerdem werden Hüttenkunde und Bauingenieurwesen gelehrt. Diese technischen Fakultäten beherrschen die TH eindeutig, 45% aller Studenten studieren hier. Andere Bereiche spielen eine untergeordnete Rolle — Naturwissenschaften studieren 18%, Geisteswissenschaften (vor allem Lehrerausbildung) 16%, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 11% und Medizin 8%.

Sechzig Wochenarbeitsstunden sind für Anfangssemester eher noch niedrig gegriffen. "Laut Studienplan machen die Vorlesungen und Übungen 26 Wochenstunden aus", berichtet W., Maschinenbaustudent im achten Semester. "Die habe ich im ersten Semester auch gemacht, aber das ist soviel, daß kein Mensch inhaltlich mitkommt. Laut Stundenplan liegen zwischen einzelnen Vorlesungen freie Stunden, die man selten sinnvoll nutzen kann. Zwischen morgens 8.00 Uhr oder 9.00 Uhr und 16.00 Uhr hat man also in der Uni zu tun."

Danach, so W., geht die Arbeit aber weiter: Denn zu Hause müsse man die Vorlesungen bzw. Übungen vor- bzw. nachbereiten, um überhaupt etwas zu verstehen. Dazu brauche man zwischen 20 und 30 Stunden.

Maschinenbaustudenten haben insgesamt 16 Fächer im sogenannten Grundstudium, das zum Vordiplom führt (danach folgt das Hauptstudium zum Diplom, in dem sich die Studenten auf einzelne Fächer spezialisieren, z.B. KfZ-Wesen oder Verfahrenstechnik). Diese 16 Fächer werden aber nicht alle gleichzeitig studiert, sie wechseln von Semester zu Semester. Laut Studienplan soll ein Student im zweiten Semester zum Beispiel wöchentlich vier Stunden Physik-Vorlesungen und Übungen besuchen, zwei Stunden Betriebsorganisation, fünf Stunden Mathematik, vier Stunden Werkzeugkunde, fünf Stunden Festigkeitslehre und vier Stunden Maschinenzeichnen.

"Für die meisten Studenten besteht das Hauptproblem darin, überhaupt mitzukommen", sagt W. "Wir müssen

eine ungeheure Menge Stoff lernen. Dazu kommt, daß die meisten Professoren sehr schlechte Lehrer und ihre teuren Lehrbücher auch sehr schlecht sind."

Dieser Stoff besteht ausschließlich aus Theorie. Bis auf elf Wochen Praktikum haben die Studenten im Grundstudium keinerlei Berührung mit der praktischen Anwendung dessen, was sie lernen.

Hohe Durchfallzahlen

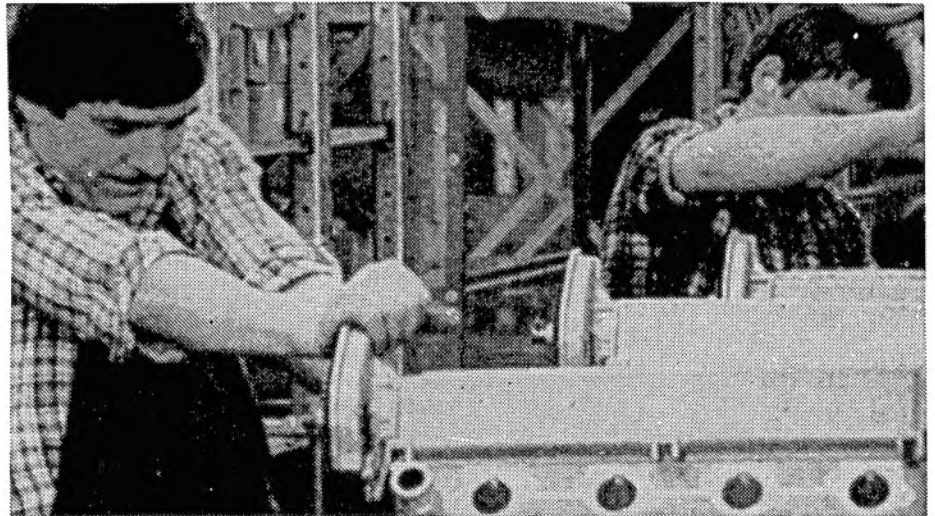
Ein solches Pensum können die Professoren nur mit brutalem Druck in die Studentenköpfe prügeln. Hauptdruckmittel sind die schriftlichen Prüfungen, von denen der Student neun im Verlauf des Grundstudiums

bekanntgegeben. W. schätzt, daß aus seinem Bekanntenkreis etwa ein Drittel aufgehört haben.

Schon vor dem eigentlichen Studium wird angesichts steigender Studentenzahlen gesiebt. Von 600 Anfängern im Schnitt stieg die Zahl 1982 auf 1300 an. Die Hochschule führte einen internen Numerus Clausus ein, mit dem die Anfängerzahl auf 1050 beschränkt wurde. Inzwischen hat die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen diesen NC übernommen.

Kaum noch BAFöG

Noch gibt es keine Regelstudienzeit. Theoretisch könnte sich ein Student viel Zeit lassen — aber nur, wenn er reich ist. Doch die meisten leben von



Die TH Aachen ist führend beteiligt an der Entwicklung neuer Rationalisierungsmittel.

bestehen muß — von Chemie über Mathematik, Werkstoffkunde bis Thermodynamik. Zum Beispiel Physik: "Die Studenten bekommen einen Zettel mit zwölf Aufgaben, die sich auf den Lehrstoff von zwei Semestern beziehen, und müssen die in drei Stunden lösen. Dann geben sie ab und erfahren zwei Wochen danach oder noch später an einem Aushang, ob sie bestanden haben. Über die Arbeit mit einem Assistenten zu sprechen, ist fast unmöglich."

Die Professoren benutzen Fächer wie Mathematik gezielt als Mittel der Aussiebung. Bei den Mathematik-Prüfungen im Frühjahr 1984 und 1985 fielen jeweils 70% der Teilnehmer durch. Mathematik-Professor Erwe sagte auf einer Podiumsdiskussion der Fachschaft zynisch, wer den Stoff nicht beherrsche, sei eben für das Ingenieurstudium nicht geeignet.

Die Zahl der Studenten, die aufgeben, wird von der Hochschule nicht

niedrigen Zahlungen der Eltern oder eigener Arbeit. Weniger als ein Viertel der Studenten erhalten BAFöG-Darlehen. Wer nach dem vierten Semester nicht mindestens fünf der neun Prüfungen bestanden hat, kriegt kein BAFöG mehr. "Ich hatte erst 4, deshalb wurden die 698 DM BAFöG gestrichen." Besteht W. jetzt alle noch ausstehenden Vordiplom-Prüfungen, darf er neu beantragen und bekommt eventuell weiter Geld als Darlehen — längstens bis zur Höchstförderungsdauer von zehn Studien-Semestern. Die Durchschnitts-Studiendauer für Maschinenbau in Aachen beträgt 14,5 Semester.

W. überlebt mit Hilfe seiner Familie, die (unter Schwierigkeiten) 450 DM im Monat zahlt. Außerdem bringt ein Elf-Stunden-Job als studentische Hilfskraft 554 DM im Monat ein, so daß ein Gesamt-Monatseinkommen von etwa 1000 DM zur Verfügung steht. Das liegt, sagt W., über dem

Durchschnitt und bedeutet Verzögerung im Studium, weil er diese elf Stunden aufbringen muß.

Die Professoren erfahren wenig Widerstand. Die Fachschaft Maschinenbau wird vom Sozialliberalen Hochschulverband gestellt, einer rechten Gruppe, die vor allem "Verständigung" predigt ("Großartige Aktionen wie Demonstrationen, Streik etc. können sehr leicht nach hinten losgehen"). Fortschrittliche Studenten sammeln sich in der "Maschinenbauerinitiative", die aber nur um die 20% der Stimmen bei Fachschaftswahlen erhält. Die Haltung der Fachschaft spiegelt die vieler Studenten wieder: Sich durchschlagen, versuchen, mit dem Professor "zu reden", ansonsten sich fügen.

Dafür lassen sich mehrere Gründe finden. Das Studium ist vorübergehend, ein Ende ist in Sicht – aber dann winkt ein gutbezahlter Posten. Und hohe Durchfallquoten erhöhen den Marktwert, glauben allen Ernstes viele Studenten. "Es gibt den Dünkel, daß bei hohen Durchfallquoten eben nur die Besten übrigbleiben. Gerade unter

den Maschinenbauern fühlen sich viele als künftige technische Elite." Wen es erwischt hat, der war halt zu dumm.

So liefert die TH Aachen den Kapitalisten nicht nur fachlich, sondern auch ideologisch passend zugerichtetes Personal. Aber sie liefert noch mehr. Die TH hat große Bedeutung für die Entwicklung von Maschinen und Verfahren. Hier befindet sich das WZL (Werkzeugmaschinen-Laboratorium), ein Zusammenschluß von vier Hochschul instituten mit dem einzigen Ziel, neue Produktionstechniken zu entwickeln. Das WZL ist das größte Hochschulinstitut auf diesem Gebiet in Europa.

Beziehungen zum Kapital

Die Beziehungen zum Kapital sind vertrauensvoll. Firmenvertreter (z.B. von Ford, Daimler-Benz, BASF usw.) halten regelmäßig vor Institutsangehörigen Vorträge. Für einzelne Konzerne entwickeln die Institute Maschinen, Schaltungen und Verfahren.

Die TH ist auch historisch ein direktes Produkt des Kapitals. Mit einer zweckgebunden Stiftung von 5000

Thalern an den preußischen Kronprinzen Friedrich regte die Aachener und Münchener Feuerversicherung 1858 die Gründung der Hochschule an, die schließlich 1870 eröffnet wurde.

In Zukunft werden sich die Studienbedingungen noch erheblich verschärfen. Eine neue Diplomprüfungsordnung soll zum Wintersemester 1986/87 in Kraft treten. Danach wird das Grundstudium in drei Blöcke geteilt, und erst dann, wenn alle Prüfungen des ersten Blocks bestanden sind, wird man zu den Prüfungen des nächsten Blocks zugelassen. Eine nichtbestandene Prüfung kostet so mindestens ein Semester, auch das BAföG verliert man leichter. Außerdem werden zusätzliche Prüfungen in Statik, Festigkeitslehre und Strömungslehre verlangt. Die Studenten lehnen die neue Diplomprüfungsordnung ab, auch die Fachschaft hat sich dagegen ausgesprochen.

Quellenhinweis: Jahresberichte RWTH Aachen 1982 bis 1984, Aachener Studentenzeitung, Erstsemesterinfo und Flugblätter Fachschaft Maschinenbau – (vow, hef)

Wie die Professoren das Studentensieb schütteln

Für die Professorenschaft sind Ingenieure Angehörige einer leitenden technischen Elite, zu der man nicht per eigener Entscheidung kommt, sondern zu der man geboren bzw. berufen sein muß. Wenn vorher 500 Leute in der Vorlesung waren und dann plötzlich 1000, so muß dieser "Überschuß" eben herausgeprüft werden. Folgerichtig werden die Gelder für den Lehr- und Übungsbetrieb nicht nur nicht erhöht, sondern gekürzt, steigen die Durchfallquoten sowohl absolut wie auch prozentual an.

Darstellen läßt sich dieser Mechanismus der Aussiebung gut am Beispiel des Faches Mathematik. Bei Kenntnis der jeweiligen Naturgesetze lassen sich mit Hilfe der Mathematik komplizierte physikalische Vorgänge im voraus berechnen und so für den Menschen nutzbar machen. Man sieht: für einen Ingenieur ein recht wichtiges Fach.

Für die Professoren in Aachen ist es auch aus anderen Gründen wichtig. Nämlich als Instrument der Aussiebung. Das funktioniert so: In einer Vorlesung sitzen 500 bis 1000 Studenten im Hörsaal. Der Professor, in der sicheren Erwartung, daß ungefähr 50% der Zuhörer bei seiner Prüfung sowieso durchfallen, kommt in den Hörsaal und erklärt, daß er wegen der Abstraktheit des Stoffes keine Anwendungsbeispiele geben kann. Außerdem sei die verfügbare Zeit sowieso zu knapp, um mit dem Stoff durchzukommen, weshalb er hiermit

die Pause streiche. Er liest also zwei Stunden ohne Unterbrechung. Je nach Tagesform ist das "Vorlesen" wörtlich zu nehmen, aber nicht umsonst hat er auf sein im Fachhandel für 24,- DM erhältliches Buch hingewiesen. Da die Vorlesung über drei Semester geht, gibt es selbstverständlich auch drei Bücher.

Nachdem die Studenten gemerkt haben, daß sie aus dem Buch auch nichts lernen können, sind sie auf die Übungsveranstaltungen angewiesen. Obwohl sich aus den vier Vorlesungsstunden pro Woche eine Menge Aufgabemöglichkeiten ergeben, die auch alle in der Prüfung abgefragt werden



Volle Hörsäle

können, gibt es nur zwei Übungsstunden pro Woche. Hier rechnet ein Assistent vor mindestens 50 Studenten typische Aufgaben vor. Weil dieser Mensch aber auch dauernd über Zeitmangel klagt und ein horrendes Tempo vorlegt, bekommt der Student zwar viel Information, braucht aber auch viel Zeit zum Nacharbeiten und Verstehen. Das Dumme ist nur, daß er trotz aller Mühe diese Zeit kaum hat, weil er diverse andere Übungen und Zeichnungen und ähnliches fertigstellen muß. Das Ergebnis ist, daß man im Stoff immer weniger mitkommt. In den anderen acht Fächern, in denen Prüfungen abgelegt werden müssen, ist es ähnlich. So geht das ein, zwei oder drei Semester. Dann kommt die Prüfung, die als Vordiplomprüfung gilt.

Mit dieser Methode erreichen die Professoren vielerlei: Als erstes eine Vereinzelung beim Lernen. Zweitens fühlen sich die, die nicht mitkommen, unfähig und dumm. Und drittens sollen sich diejenigen, die sich trotz hoher Durchfallquoten durchgekämpft haben, als etwas Besonderes fühlen. Als Angehörige einer technischen Elite, die dazu auch noch entsprechend gut bezahlt wird.

Bezüglich der hohen Durchfallquoten äußern die Professoren mehr oder weniger offen ihre Überzeugung, daß die Mehrheit der Studenten eben unfähig ist und einfach nicht an die Hochschule gehört. Auf recht böswillige Art vollstrecken sie den "Leistungsgedanken" an der Studentenschaft und verleugnen nebenbei ihre Unfähigkeit zum Lehren.

Streik für einen Haustarif

Köln. Seit dem 22.11. streiken bei der Bildträgerfirma Bremer und Co. in Grevenbroich die in der Produktion Beschäftigten, 85% der 130köpfigen Belegschaft. Sie fordern einen Werkvertrag über tarifliche Festlegungen, die der Kapitalist bisher verweigert: tarifliche Festlegung der Stundenlöhne, eines zusätzlichen Urlaubsgeldes, des Weihnachtsgeldes und vermögenswirksamer Leistungen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff trägt diesen Streik. Für ihre Forderungen führten die Streikenden eine Demonstration durch. — (gba)

Personalkostenanteil sinkt

Heidelberg. Zum Auftakt der Haushaltsberatungen für das Jahr 1986 lag dem Gemeinderat der Rechenschaftsbericht 1984 vor. Zwei Entwicklungen der Kommunalpolitik zeichnen sich ab: zum einen eine steigende Abführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt zur Wirtschaftsförderung (63 Mio. DM insgesamt, 20 Mio. über dem Haushaltsansatz) und zum anderen ein sinkender Personalkostenanteil, gemessen am Verwaltungs-

Köln. Über 5000 Schüler aus Pflegeberufen und Beschäftigte im ÖD demonstrierten am 14.12. gegen die Absenkung der Ausbildungsvergütungen. Auf zahlreichen Transparenten wurden die Profite der Pharma- sowie die Ausgaben für die Rüstungsindustrie angegriffen. Hauptredner H. Schmidt, gHV-Mitglied, erklärte, daß die Taktik des Dienstherren, jeweils in Teilbereichen Lohnsenkungen durchzudrücken, in der Tarifaueinandersetzung zurückgeschlagen werden muß. — (frw)

haushalt. Er betrug 26,5 Prozent, obwohl ein Stellenabbau von 13 Prozent im gehobenen Beamtenbereich stattgefunden hat und noch 2,3 Mio. DM an variablen Lohngeldern für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen enthalten sind. Vergleichbare Städte wie Freiburg haben einen Personalkostenanteil, von 30,80 und Mannheim von 32,63 Prozent. Nur Pforzheim erreichte 26,06 Prozent Personalkostenanteil, und der dortige Oberbürgermeister erhielt für die Rationalisierung und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen den "Privatisierungspreis" von den Deutschen Wirtschaftsjunioren 1985 verliehen. — (irs)



38,5-Stunden-Woche im Groß-/Einzelhandel

Frankfurt. Seit November 1984 verhandelt die HBV in Hessen über Lohn- und Manteltarife. Bei der Schlichtung am 7.12.85 kamen Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3% (ab März '85 rückwirkend) heraus, ab Oktober '86 ist die 38,5-Stunden-Woche gültig. Besserer Kündigungsschutz für gewerbliche Beschäftigte ab dem 25. Lebensjahr und Verbesserungen bei Zuschlägen für Mehr- und Nacharbeit wurden erreicht; weiter die Verpflichtung zur Schriftform bei Aufhebungsverträgen und die Zusage, daß keiner wegen Teilnahme an Warnstreiks benachteiligt werden kann. — (rst)

Verlängerter Ladenschluß beschlossen

Hannover. Nachdem der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) im Bundesrat gegen seine Wirtschaftsministerin den Vorstoß der CDU-Länder für verlängerte Ladenschlußzeiten zu Fall gebracht hat, ist jetzt in seiner eigenen Landeshauptstadt eine Entscheidung zugunsten verlängerter Öffnungszeiten während der Messen gefallen. Geholfen hat die SPD, deren Vertreter bei der entscheidenden Abstimmung im Ausschuß fehlte. Die HBV hatte in den seit langem laufenden Auseinandersetzungen verschiedene Aktionen durchgeführt. In kurzer Zeit wurden 2500 Unterschriften gesammelt, eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Ratsparteien wurde durchgeführt, Kundgebun-

gen fanden statt, zur Ratsitzung wurde ein Auto-Corso organisiert, Beschäftigte in weißen Kitteln nahmen an der Sitzung teil und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Hände weg vom Ladenschluß". — (kai)

Klage der IHK-Azubis abgewiesen!

Dortmund. In dem Prozeß der acht Chemielaboranten gegen die IHK-Ausbildungs-GmbH auf angemessene Vergütung wurde in einem Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht Hamm wie folgt entschieden: Außerbetriebliche Ausbildungsgesellschaften, die mit Mitteln aus staatlichen Sonderprogrammen Jugendlichen eine berufliche Ausbildung ermöglichen, brauchen sich nicht an Tarifverträge zu halten. Die von diesen GmbHs betreuten Azubis können weit geringer entlohnt werden als andere Lehrlinge, auch wenn dies zu krassen Einkommensunterschieden führt. (WAZ vom 13.12.85) — (wer)

IGM Stuttgart: 7,5% mind. auf Ecklohn

Stuttgart. Auf der Vertreterversammlung der IGM Stuttgart, mit 113000 Mitgliedern größte Verwaltungsstelle, berichtete der erste Bevollmächtigte Zwickel über die Beschlußfassung in der Ortsverwaltung zur Lohnforderung: Man trete für 7,5%, mindestens aber 7,5% auf den Ecklohn ein. Dieser Mindestbetrag entspricht einem tariflich abgesicherten Festbetrag von 175 DM bei monatlich durchschnittlich 173,9 Arbeitsstunden. — (ros)



Chile. Seit dem 30.10.85 streiken 10000 Hafenarbeiter. Die Kapitalisten haben den Lohn weit unter das Existenzminimum drücken können, denn für einen Hafen mit 6000 Arbeitsplätzen hat die Regierung an 25000 Ausweise ausgeteilt, die zur Arbeit berechtigen. Die Streikenden fordern, daß die Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften durchgeführt wird, eine Lohnerhöhung von 1500 auf 4000 Pesos pro Schicht, die Bildung von Kommissionen für die Überprüfung der Arbeitsverteilung und für Arbeitssicherheit. Bild: Auf der Kundgebung gegen das Pinochet-Regime am 21.11. in Santiago. Eine Forderung auf dem Schild: "Eine würdige Arbeit für unsere Väter". — (gba)

Gesundheitspolitik des Westberliner Senats

Senkung der Lohnnebenkosten als Ziel Bettenabbau als Mittel

Westberlin. Am 17. Dezember wurde abschließend der neue Bettenbedarfsplan, besser Bettenstreichungsplan genannt, im Abgeordnetenhaus behandelt. Trotz massiver Proteste seitens der Gewerkschaft ÖTV, der SPD, der Alternativen Liste sowie auch Ablehnung in den Reihen von CDU und FDP selbst hat Senator Fink daran festgehalten, bis 1992 rund 2500 Betten im Akutbereich abzubauen. Mit einem Schlag sollen 900 Betten durch die Schließung des Universitätsklinikums Charlottenburg gestrichen werden; das Rudolf-Virchow-Krankenhaus im Wedding soll dann Universitätsklinikum werden – ohne entsprechenden Bettenzuwachs. Das Krankenhaus Britz soll ganz geschlossen werden, das Behring-Krankenhaus privatisiert werden. Das Krankenhaus Jungfernheide und das Rittberg-Krankenhaus sollen in die leeren Räume des Klinikums Charlottenburg einziehen; das Lazarus-Krankenhaus und das Paul-Gerhard-Stift in die vor kurzem durch Umzug ins Humboldt-Krankenhaus frei gewordenen Räume des Krankenhauses Moabit – natürlich immer unter Verringerung der Bettenzahlen. Alle Einzelmaßnahmen des Senats aufzählen zu wollen, würde diese Seite nicht ausreichen.

Tendenz ist aber ganz eindeutig, die städtischen Betten bzw. Krankenhäuser zugunsten der kirchlichen und gemeinnützigen zu schließen oder umzuwandeln. Schon jetzt existieren Situationen, wo verschiedene Träger unter einem Dach arbeiten wie z.B. im Krankenhaus Moabit, wo neben dem Rest des städtischen Krankenhauses sich noch die Diakonie und ein privater Träger eingenistet haben.

Senat und Krankenkassen führen als Grund für den Bettenabbau die sogenannte Kostenexplosion im Krankenhausbereich an. Ganz offen wird gesagt, daß die Lohnnebenkosten zu hoch seien (AOK-Satz: 13,2%). In dieser Situation ist die ÖTV die einzige Organisation, die in ihren Publikationen wenigstens andeutet, wer die "Kostenexplosion" zu verantworten hat, wenn sie auf den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung und auf die Tatsache, daß es hier überdurchschnittlich viele Einzelhaushalte gibt, hinweist. Tatsächlich gibt es in Westberlin eine durchschnittlich höhere Belegung der unteren Lohngruppen, vor allem in der Elektroindustrie (Siemens, AEG, Osram), was zumeist gleichzeitige Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit bedeutet. Die ÖTV ist auch die einzige, die eindeutig jeden Bettenabbau ablehnt, während die Alternative Liste nur solange dagegen ist, wie nicht genügend Sozialstationen und ambulante Hauskrankenpflege geboten werden. Hier kommt sie dem Gesundheitssenator entgegen, der schon 1982 seinen Grundsatz so formulierte: "Soviel ambulant wie möglich, so viel stationär wie nötig." Die SPD lehnt zwar die Schließung des Klinikums Charlottenburg ab, ist aber nicht gegen Bettenabbau überhaupt. Um die Front gegen die Schließungen zu schwächen, hat der Senat begonnen, mit der SPD zu verhandeln.

Seit Bekanntwerden der Pläne des Gesundheitssenators, vor allem seit den konkreten Plänen zur Schließung des Klinikums Charlottenburg, haben sich die Beschäftigten mit Unterstützung der ÖTV dagegen gewehrt. Im November berichtete die bürgerliche Presse täglich über die Auseinandersetzungen in den Krankenhäusern, über Warnstreiks, Go-Ins bei Stadträten und im Rathaus Schöneberg. Es fanden Demonstrationen, Kundgebungen und Infostände statt. Der Senat fühlt sich jedoch stark genug. Deshalb hat die ÖTV den Senat aufgefordert, in Verhandlungen über einen Schutztarifvertrag mit ihr zu treten.

Aus der Presseerklärung der ÖTV

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin wendet sich gegen die Behauptung, in Berlin gäbe es zuviel Krankenhausbetten.

In Berlin ist der Krankenstand der Arbeitnehmer seit Jahren höher als in allen vergleichbaren Ballungsräumen des Bundesgebietes. Er lag 1984 bei durchschnittlich 7 Prozent, in Hamburg bei 6 Prozent. Darüberhinaus ist die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung in Berlin stärker zu den jungen und alten Menschen hin verschoben. 52,3 Prozent der Berliner Haushalte sind Ein-Personen-Haushalte (Bundesdurchschnitt 31,3 Prozent). Zu berücksichtigen ist auch, daß in Berlin das im Bundesgebiet übliche Ausweichen auf Krankenhausbetten des Umfeldes nicht möglich ist. Die Folge ist ein extrem hoher Auslastungsgrad von durchschnittlich 88 Prozent im Akutbereich der Berliner Krankenhäuser (Bundesdurchschnitt 78 Prozent)...

Mit dem Bettenabbau ist ein Abbau von Planstellen verbunden. Zwischen 1981 und 1984 wurden mit dem Abbau von 800 Akutbetten über 2000 Arbeitsplätze in den städtischen Krankenhäusern vernichtet. Für die Jahre bis 1990 plant der Senat von Berlin mit der Zurücknahme von über 2500 Betten einen Planstellenabbau von über 7000 Stellen.

Wie die aktuellen Verlagerungspläne des Klinikums Charlottenburg zeigen, soll der Arbeitsplatzabbau in Zukunft vorrangig in qualitativ hochrangigen Bereichen der städtischen Krankenhäuser durchgeführt werden. Damit sind Arbeitsplätze in jenen Krankenhäusern betroffen, – die den Rechten und Pflichten nach dem Landespersonalvertretungsgesetz unterliegen, – deren Einkommensstruktur tariflich abgesichert und – an denen gewerkschaftliche Betreuung möglich ist...

Presseerklärung der Alternativen Liste

Wir können einen weiteren Bettenabbau auch deshalb nur verurteilen, weil der stationäre Bereich durch die vorhandenen Sozialstationen nicht entlastet wird, das Netz ambulanter Betreuungsdienste überhaupt nicht ausreicht...

Der finanzielle Aufwand für Sozialstationen steht in keinem Verhältnis zu den Ausgaben im Arzneimittelsektor; die durch Bettenstreichung freiwerdenden Gelder werden nicht annähernd zum Ausbau des Sozialstationen-Netzes verwendet. Hier verkommt der Gesundheitssenator zum Sparsenator!...

Verursacht wird die Kostenexplosion im Gesundheitswesen hauptsächlich durch die zügellosen Praktiken der Pharmaindustrie, überhöhte Ärzteneinkommen und die von öffentlicher Hand völlig vernachlässigte Gesundheitsvorsorge...

Solange keine ausreichende ambulante Krankenversorgung unter psycho-sozialen und medizinischen Gesichtspunkten sichergestellt ist, wenden wir uns gegen jede weitere Bettenstreichung!...

Erst die ambulante Versorgung aufbauen, dann verantwortungsvoll Betten abbauen!

Aus dem SPD-Beschluß auf dem
Landesparteitag vom 16.11.85

Die Berliner SPD lehnt jede Privatisierung oder Teilprivatisierung von Krankenhäusern ab.

Die SPD fordert die Erhaltung des Universitätsklinikums Charlottenburg am gegenwärtigen Standort, die Weiterführung der geplanten Um- und Ausbaumaßnahmen und die Erhaltung der Arbeitsplätze im Klinikum Charlottenburg und am Rudolf-Virchow-Krankenhaus...

Die SPD fordert den Senat auf, keine weiteren Bettenreduzierungen, Verlagerungen oder Zusammenlegungen von Krankenhäusern oder Krankenhausabteilungen vorzunehmen, bevor ein fortgeschriebener Bettenbedarfsplan vorgelegt, öffentlich und in den vorgesehenen Gremien erörtert und vom Abgeordnetenhaus abschließend beraten und gebilligt worden ist...

Eine weitere Verlagerung von Pflegekapazitäten auf die häusliche Krankenpflege ist nur bei einer Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Sozialstationen zu rechtfertigen. – (har)

Antifaschistischer Kampf

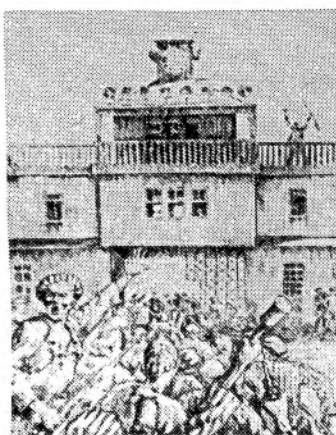
Bücher über den Widerstand
in KonzentrationslagernWiderstand und
Disziplin

Ein zeitgenössischer Kritiker ruft Bruno Apitz, der selbst im KZ Buchenwald war, zu: "Die Gestalten, die Du schufst, werden im Gedächtnis all derer bleiben, die von ihrem Geist durchdrungen sind." Dem heutigen Leser ist das 1958 veröffentlichte Buch gerade deswegen nicht mehr leicht zugänglich. Das dokumentarische Element fehlt fast ganz. Das KZ wirkt als Kulisse, die Handlung arbeitet an Konflikten wie: Darf, kann, soll, ja muß man Verbrechen hinnehmen, eventuell sogar Vorschub leisten, um den Widerstand, die Perspektive der Befreiung nicht zu gefährden? Konkret geht es um die Mitwirkung bei Abtransporten, von denen niemand weiß und jedem klar ist, daß sie zur Vernichtung führen. Der Roman begründet die Mitwirkung der Mitglieder des Widerstandes an der Lager selbstverwaltung. Verrat ist für ihn Verrat von Tatsachen über den Widerstand, dafür läßt er nicht einmal die Folter als Erklärung gelten. Zweifel an der Richtigkeit solcher Normen hegt Apitz nicht. Ergänzend zum Verstand müsse allerdings auch das Herz sprechen. Ein Gegensatz des revolutionären Kalküls zu revolutionärem Fühlen erscheint als tragische Notwendigkeit. (Bruno Apitz, Nackt unter Wölfen, Mitteldeutscher Verlag, Halle Saale, 560 S.— maf)

Konzentrationslager
Buchenwald

Ein Buch, das Mut macht, auch wenn es von den unsagbaren Qualen berichtet, denen die über 70000 Häftlinge des KZ Buchenwald ausgesetzt waren. Es macht Mut, weil die Autoren— fünf ehemalige Häftlinge und Mitglieder der "Lagergemeinschaft Buchenwald/Dora"— sowohl chronologisch als auch an Einzelbeispielen berichten, daß es selbst unter den Bedingungen der totalen Vernichtung

möglich war, solidarisch zu handeln, Widerstand gegen die SS-Schergen zu leisten und schließlich sich selber am 11. April 1945 zu befreien. Ein wesentliches Moment zur Ermöglichung des Widerstandes war die Erkenntnis in die Systematik des Grauens: "Sklaven für Flick und Krupp, IG-Farben und Stinnes, für Hunderte deutscher Konzerne waren die Schutzhäftlinge... Zwischen vier und sechs Mark zahlte der Konzern, sozusam-



"Der Tag der Befreiung"

gen als Verwaltungsgebühr, der SS pro Arbeitstag eines Sklaven. Und wenn sie zu Tausenden wegstarben— die Wehrmacht und die SS besorgten Neue... So richtig, wie die Autoren die Greuelthaten der SS aus den Interessen der Kapitalistenklasse erklären, so falsch ist es, den Widerstand als Beweis dafür anzuführen, daß es ein anderes Deutschland gibt, ein besseres Deutschland, ein Deutschland der Völkerverständigung und der Solidarität". Es war kein anderes "Deutschland", was in Buchenwald siegreich gegen die Faschisten gekämpft hat, sondern es war ein Sieg "der Volksfront, der Volksfront-Politik, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und parteilose Antifaschisten... vereinte", wie die Autoren auf S. 154 selber schreiben. (Carlebach u.a., Buchenwald, ein Konzentrationslager, Röderberg 1984, 15 DM,— rub)

Die Prüfung—
Leben im KZ

Nach seiner Flucht aus dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel schreibt Bredel seine Erlebnisse in Form der dokumentarischen Erzählung auf. Sein Roman berichtet Ende 1934, übersetzt in 17 Sprachen, von den Folter- und Mordmethoden der Gestapo und SS im ersten Jahr der faschistischen Herrschaft. Die Schergen versuchen, aus den neu eingelieferten Häftlingen Geständnisse herauszuprügeln. Nachts ziehen die verrohten Aufseher von Zelle zu Zelle, stundenlang hören die Gefangenen die Schreie, bis sie selber an die Reihe kommen. Quälende Gedanken in der Dunkelhaft: Wie geht es der Frau? Wirst du noch mittun, wenn du hier jemals rauskommst? Der Arbeiter Kreibel und Thorsten, der noch vor Aufnahme der illegalen Arbeit in Hamburg verhaftet wurde, verständigen sich über Klopfzeichen. Sie vereinbaren Gymnastik, machen sich Mut. Plötzlich gutes Essen. Die Faschisten wollen auch von den Gegnern gewählt werden. Für jede Ja-Stimme für die Nazi-Herrschaft soll einer entlassen werden. "Vergessen sie die Unbill... diese Männer in Uniform da kennen nur eine große Liebe, hinter der alles zurückstehen muß, die Liebe zu Deutschland..." Die SS-Wachen singen, keiner der Häftlinge singt mit. 53 von 213 wählen mit "Nein". Hoffnung auf Entlassungen lockert die freiwillig gehaltene Disziplin. Die Kommunisten organisieren Schulungen. (Willi Bredel, Die Prüfung, Aufbau-Verlag Leipzig und Berlin, 9,70 DM — düb)

Ein "erzieherisches"
Konzentrationslager

1981 rief eine französische Zeitung ehemalige Häftlinge des Saarbrücker Konzentrationslagers "Neue Bremm" auf, ihre Erfahrungen zu berichten. Ihre Berichte sowie weitere Dokumente sind nun in einem im Auftrag der VVN Saar herausgegebenen Buch erschienen. Das KZ Neue Bremm war ein "Erziehungslager" speziell für französische Widerstandskämpfer und Fremdarbeiter. Wer in

einem der über 35 Saarbrücker Fremdarbeiterlager dagegen aufbegehrte, in den Werken von Kapitalisten wie Röchling, Burbach usw. der "Vernichtung durch Arbeit" anheimzufallen, wurde nach "Neue Bremm" geliefert und dort oft binnen weniger Monate zum Krüppel gemacht oder erschlagen. Die Autoren weisen mehrfach auf die Verantwortung der Kapitalisten für die Verbrechen z.B. an zahllosen sowjetischen Fremdarbeitern in den Kohlegruben der Saar hin. Warum mußten sie dann Oskar Lafontaine von der SPD erlauben, in einem Vorwort diese Wahrheit auf unverschämte Weise zu unterdrücken und von "unserer Geschichte" zu faseln? Lafontaine: "Wir können und wollen keine Seite unserer Geschichte verleugnen — auch dann nicht, wenn die Erinnerung daran gelegentlich unangenehm erscheinen mag." (R. Bernhard, D. Renger, Neue Bremm, Ein KZ in Saarbrücken, Röderberg-Verlag, 12,80 DM— rül)

Organisierter
Widerstand in KZs

H. Langbein, der in jahrelanger Arbeit die Quellen über den organisierten Widerstand in den Konzentrationslagern der Nazis zusammengetragen und einen umfassenden Bericht verfaßt hat, war selber in Auschwitz inhaftiert. Langbein hatte mit der Kampfgruppe Auschwitz, die von polnischen Sozialisten und Kommunisten organisiert worden war, den Widerstand mitgetragen. Er berichtet mit genauer Kenntnis, wie in den Konzentrationslagern die politischen Häftlinge verschiedener Länder Verbindungen entwickelten, den Terror der SS-Wachmannschaften bekämpften und in mehreren Lagern bewaffnete Aufstände organisierten. Obwohl Langbein in Bezug auf die tragende Rolle der Kommunisten in diesem Widerstand einige glorifizierende "Legenden", die seiner Meinung nach darüber gebildet worden seien, zurechtrücken möchte, wird er aber doch den Tatsachen gerecht und führt selber etwa als Beispiel für das Zahlenverhältnis der politischen Inhaftierten an, daß sich im KZ Buchenwald bei

der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945 "796 Mitglieder der KPD und 31 der SPD" befunden hätten, und er zitiert einen "berufenen Zeugen", der "keiner kommunistischen Organisation" angehört. Dieser erwähnt "den unbestrittenen Verdienst der Kommunisten, (in Buchenwald) eine illegale Lagerorganisation und Militärorganisation geschaffen zu haben". (Hermann Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Fischer-TB 3486 – gba)

Zeichnungen aus Auschwitz

Das kleine Buch "Überleben und Widerstehen" (Pahl-Rugenstein Verlag) dokumentiert und kommentiert Zeichnungen und Bildchen von KZ-Häftlingen aus Auschwitz sowie aus der Zeit kurz nach der Befreiung 1945. Trotz einfachster technischer und künstlerischer Mittel wirken diese angesichts des Todes gezeichneten Gesichter ganz lebendig und nah, das Leiden

fiziell Kitsch für die Wohnzimmer der SS-Wächter heimlich Portraits ihrer Mitgefangenen sowie Überleben und Sterben im Lager. Die Kunstgeschichtsschreibung hierzulande zählt übrigens diese Werke nicht zur erwähnenswerten Kunst des 20. Jahrhunderts. – (güv)

Das Mädchenorchester in Auschwitz

Im gleichnamigen Buch schildert die Französin Fania Fenelon ihr Leben zwischen 1943 und Kriegsende, insbesondere ihre KZ-Zeit in Auschwitz. Sie wird als Widerstandskämpferin verhaftet, gibt sich als Volljüdin aus und kommt Anfang 1944 nach Auschwitz. Durch Zufall entgeht Fania Fenelon der Einlieferung ins Krematorium. Sie als studierte Musikerin meldet sich für das Mädchenorchester und wird genommen. Aufgabe dieses einzigartigen KZ-Orchesters ist: Abmarsch und Ankunft der Arbeitskommandos mit Marschmusik zu begleiten und klassische, "empfindsame" Musik für den Kommandanten und für die Offiziere und Aufseher-

Gentechnik

Gegen genetische Tests bei Einstellungsuntersuchungen!

Vor kurzem hat eine vom Bundesforschungs- und Bundesjustizministerium eingesetzte Kommission zur Gentechnik ihren Abschlußbericht vorgelegt. Die Kommission wurde von dem ehemaligen Bundesinnenminister und einstigen Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichtes E. Benda geleitet. Es ist unmöglich, auf alle Punkte des Berichts hier einzugehen. Bezüglich der für die Arbeiterklasse entscheidenden Frage, ob bei Einstellungsuntersuchungen vor allem in der chemischen Industrie genetische Tests durchgeführt werden, mittels derer eine angeblich unterschiedliche Belastbarkeit auf Giftstoffe am Arbeitsplatz festgestellt werden soll, kommt die Kommission zu dem Ergebnis:

"Eine Genomanalyse im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis ist nur zum Zweck arbeitsmedizinischer Vorsorge zulässig. Fehlt es einem Arbeitgeber an einem berechtigten Auskunftsinteresse, so dürfen aus der Verweigerung der Einwilligung des Arbeitnehmers keine nachteiligen Folgen zu Lasten des Arbeitnehmers gezogen werden." (1)

Die Kommission ist also dafür, stellt aber fest, daß solch eine Untersuchung nur dort gemacht werden soll, wo es einen Bedarf, sprich: Dreck, gibt. Zu dieser Frage hat im September auch eine öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission Gentechnologie stattgefunden. Dort hat sich ein Prof. Neumann vom Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Universität Würzburg speziell über Anilin ausgelassen, das von der BASF in großen Mengen hergestellt wird (2). Für Anilin sei dieses Jahr erstmals ein Biologischer Arbeitsstoff-Toleranz-Wert (BAT-Wert) festgelegt worden, der "entscheidend über den alten MAK-Wert hinausgeht, weil er eben die individuellen Eigenschaften miteinschließt". Danach soll kein Arbeiter mehr als 5% Methämoglobin aufgrund der Anilinaussetzung entwickeln. Gewöhnlich transportiert Hämoglobin den Sauerstoff im Blut. Dazu ist Methämoglobin (verändertes Hämoglobin) nicht in der Lage. Wieviel Methämoglobin ein Arbeiter nun bei gegebener Anilinkonzentration produziere, hänge von seiner genetischen Konstitution ab, ob er ein langsamer oder ein schneller Acetylierer sei. Einen Beweis dafür erbringt Neumann nicht. Es scheint mir eher wahrscheinlich zu sein, daß ein Arbeiter, der lange Zeit Anilin ausgesetzt war, deshalb zu den schnellen Acetylierern gehört, weil die dafür nötige enzymatische Funktion stimuliert worden ist. Ein Arbeiter, der neu eingestellt wird und bisher keinem Anilin ausgesetzt gewesen war, würde damit eher zu den langsamen Acetylierern gehören. Neumann behauptet nun, daß die langsamen Acetylierer mehr gefährdet seien. Aber das dürfte falsch sein. Die schnellen Acetylierer bilden viel eher jene 5% Methämoglobin als die langsamen. Indem er gerade das Umgekehrte behauptet, spielt er sich zum Schützer der langsamen Acetylierer und gegen die Diskriminierung dieser Arbeiter auf und legt gleichzeitig den BAT-Wert mittels der schnellen Acetylierer fest. Sollte sich herausstellen, daß bei hoher Anilinkonzentration jene schnellen Acetylierer noch mehr Methämoglobin bilden würden, so wäre eben der BAT-Wert noch mehr hochzusetzen und die schwachen Acetylierer damit noch "geschützt". Mit Arbeitsschutz haben also solche Tests rein gar nichts zu tun. Sie sind eher dazu geeignet, dem Kapitalisten Information über den Grad des Verschleißes des Arbeiters zu geben. Wie das Anilin und seine Umbauprodukte



M. Kościelnik, "Kameradendienst", 1943, Kreide

numerierter Opfer wird sinnlich faßbar. Die Erläuterungen zu den Bildern machen verständlich, warum die (illegale) kulturelle Tätigkeit – Erzählen, Schreiben, Zeichnen, Musizieren, selbst Fotografieren – für das Überleben notwendig war: jede noch so kleine Eigenständigkeit und Verständigung unter den Häftlingen gab ihnen Kraft gegen die scheinbar unumschränkte sadistische Willkür der SS. Deshalb zeichneten sie unter Lebensgefahr neben of-

innen der SS zu spielen. Trotz gewisser Privilegierung gegenüber den anderen KZ-Insassen bleibt die Todesdrohung für die ca. 30 Musikerinnen. Fania Fenelon wird mit der von der SS betriebenen Spaltung innerhalb des Orchesters zwischen Ariern und Nichtariern und zwischen den verschiedenen Nationalitäten konfrontiert, erlebt aber auch gegenseitige Unterstützung und Widerstand. (dtv-Taschenbuch, Nr. 1706, 9,80 DM, – sie)

sonst auf den Organismus wirken, ob etwa verstärkt Blasenkrebs etc. auftritt, das interessiert da gar nicht. Hauptsache der Arbeiter fällt jetzt nicht um. Auf den Gedanken, daß jenes die Acetylierung bewirkende Enzym ansonsten normale stoffwechselphysiologische Funktionen hat, kommt der Professor gar nicht mal. Ein solches Enzym mit einem Gift, statt mit seinem normalen Substrat zu "beschäftigen", hat die Konsequenz, daß es seine normale Funktion nicht mehr wahrnehmen kann, bzw. daß es jetzt in solchen Mengen hergestellt wird, daß der Organismus schneller verschleißt. Genetische Tests sollen diese Perversion des "Arbeitsschutzes" auf die Spitze treiben, Berufskrankheiten generell bestritten und der Rassismus gefördert werden.

(1) Kurzfassung des Berichts der Arbeitsgruppe In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie (2) Stenogr. Protokoll der 20. Sitzung der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" – (beh)

Vergewaltigung in der Ehe (1):

Faschismus: Vergewaltigung systemimmanent

Wir wollen dem Leser zwei Diskussionsbeiträge vorlegen, die die Frage untersuchen, warum sich bis heute die Paragraphen 176 und 177 des Strafgesetzbuches (StGB) in der BRD halten konnten, wonach Vergewaltigung nur dann vom Opfer angezeigt werden kann, wenn sie "außerehelich" geschah. Damit wird das Selbstbestimmungsrecht der Ehefrau nach sexueller Integrität und Unantastbarkeit mit Füßen getreten.

Die erste Untersuchung setzt sich mit den bis heute gültigen Anschauungen aus der Zeit des Faschismus auseinander, in der vor allem die gesellschaftliche Prägung der Rolle der Frau durch den Faschismus dem Leser nähergebracht werden soll. Die zweite behandelt die erst in den 60er und 70er Jahren stattgefundene Diskussion um eine Reform eben dieser Paragraphen und versucht, die Position des linken Spektrums in der BRD abzuklopfen und zu einer eigenen Beurteilung zu kommen.

Der Faschismus bekämpfte den damals noch jungen Feminismus mit den ihm zur Verfügung stehenden Propagandamitteln. So können wir bei A. Rosenberg zu diesem Thema erfahren:

"Wie die Juden überall nach Gleichberechtigung rufen und darunter nur ihre Vorberechtigung verstehen, so steht die beschränkte Emanzipierte fassungslos dem Nachweis gegenüber, daß sie keine Gleichberechtigung fordert, sondern ein Parasitenleben auf Kosten der männlichen Kraft, ausgestattet dazu noch mit gesellschaftlichen und politischen Vorrechten." Bei Th. Friedrich in "Formenwandel" auf S. 112 können wir lesen: "Mit diesem Auseinanderücken der Aufgabenbereiche beider Geschlechter will der nationalsozialistische Staat das Irregehen der eben abgeschlossenen Kulturentwicklung berichtigen. Er will den naturgegebenen und naturgewollten Zustand wieder zur Geltung bringen. Zur Natur zurück! Das ist das Hauptstichwort aller großen Umwälzungen."

Die Frau war als "Hüterin der Rasse" vorgesehen, die dem Manne und dem Staate absolut untergeben war und auf eine eigene Existenz keinerlei Anspruch hatte.

"Als einzige in Frage kommende 'Emanzipation' der Frau konnte ihre Gleichwertigkeit in der Funktion der Frau und Mutter und die Ebenbürtigkeit der Welt der Frau in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit der des Mannes gewertet werden" (M. Lück, Die Frau im Männerstaat). "Im Manne – und das ist das Kennzeichen unserer nordischen Wesensart – strömt das Leben mit dem Wagnis des letzten Einsatzes in eine ferne Zukunft, zu einem gro-

Ben Ziel, nach einem letzten unbedingten Sinn und Wert geschichtlicher und metaphysischer Größe." (F.A. Beck, Politische Gemeinschaft und geistige Persönlichkeit, Dortmund 1936, S. 37)

Die Frau hatte einen nationalsozialistischen Kulturauftrag: Vermehrung der Herrenrasse. "Dann erst, wenn Geist und Gemüt mit den Gesetzen volklicher Entwicklung und Aufartung innig vertraut sind, erwächst das tiefe Verständnis für die Notwendigkeit, bei der Entscheidung für den Gatten nicht nur das eigene augenblickliche Behagen maßgeblich sein zu lassen, sondern recht- und pflichtmäßig den Gatten nach dem Gesichtspunkt zu wählen, was er als Träger der Erbmasse bedeutet, die er den Nachkommen weitergibt." (G. Palm, S. 4)

Nicht nur mit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14.7.1933 traten eine Reihe von Regelungen in Kraft, die für die gesellschaftliche Stellung der Frau von Belang waren. In den "Nürnberger Grundgesetzen" waren die meisten Bestimmungen verankert, die konkrete Anordnungen zur Verhinderung und Vorbeugung gegen erbkranken Nachwuchs wie auch allgemeine Maßnahmen zur "Reinhaltung der Rasse" enthielten.

Die Frau war pervertiertes Objekt und hatte entweder als "Mutter" oder als völlig variables Arbeitskräftepotential des Kapitals zu funktionieren. S. Brownmiller schreibt in ihrem Buch "Gegen unseren Willen" zum Thema Vergewaltigung durch deutsche Soldaten:

"Da Vergewaltigung die deutlichste Handlung darstellt, mit der ein Mann einer Frau demonstrieren kann, daß sie durch seine überlegene Stärke und Macht erobert – besiegt – ist, war es im Rahmen des Faschismus nur zu logisch, wenn der deutsche Soldat durch Vergewaltigung zu beweisen suchte, daß er ein Herrenmensch sei, ja es wäre geradezu unlogisch, wenn der deutsche Soldat Vergewaltigung nicht in sein Waffenarsenal aufgenommen hätte. Vergewaltigung hat für die Deutschen ... bei ihrem Vorhaben der totalen Erniedrigung und Ausrottung 'minderwertiger Völker' und der Festigung ihrer eigenen vermeintlichen Herrenrasse eine wichtige Rolle gespielt."

So war auch absolut vorherrschend die schon von Feuerbach vertretene Lehre, daß die Gewalt, die der Ehemann gegenüber seiner Ehefrau anwende, nicht rechtswidrig sei. "Wer, wie der Ehemann, auf den Beischlaf ein vollkommenes Recht hat, macht sich durch Erzwingung desselben keiner Nothzucht schuldig, obgleich er wegen des Excesses strafbar werden kann." (Feuerbach, Mittermaier, S. 445) So führt D. Helmken in "Vergewaltigung in der Ehe" aus:

"Vermutlich im Gefolge strenger bürgerlicher Moralvorstellungen beschränkte man die Straflosigkeit ehelicher Nothzucht aber nur auf den der Fortpflanzung dienenden, 'normalen' Geschlechtsverkehr. Die gewaltsame, 'widernatürliche' Wollustbefriedigung, zu welcher auch die Frau dem Manne keinswegs verpflichtet ist, sollte dagegen strafbar sein. Diese Position kann als die herrschende im deutschsprachigen Raum im 19. und 20. Jhdt. bezeichnet werden."

Diese herrschende Meinung wird in exemplarischer Weise durch das für diesen Komplex Präcedenzwirkung entfaltende Urteil des Reichsgerichts (in Strafsachen im 71. Band der Entscheidungssammlung) aus dem Jahre 1937 dargestellt. "Der Angeklagte, der zuvor selbst das Scheidungsverfahren eingeleitet hatte, hatte wiederholt von seiner Ehefrau mit Gewalt die Duldung des Beischlafes erzwungen und sie dabei auch mißhandelt. Vom Landgericht Naumburg war er deshalb nach § 176 Abs. 1 Ziff. 1 StGB in Tateinheit mit Nötigung und Körperverletzung verurteilt worden.

Das Reichsgericht hob das Urteil auf die Revision des Angeklagten auf. In seiner Begründung führte es aus: "Zum äußeren Tatbestand einer unzüchtigen Handlung gehört nach ständiger Rechtsprechung ein Tun, das nach gesunder Volksanschauung das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzt und damit gegen die Gebote sittlicher Zucht verstößt. Das ist bei der Ausführung des Beischlafes zwischen Eheleuten in der Regel nicht der

Fall. Für eine andere Beurteilung ist auch dann kein Raum, wenn etwa die Ehefrau im Einzelfalle befugt war, ihrem Ehemann den geschlechtlichen Verkehr zu verweigern. Der Begriff der unzüchtigen Handlung ist aus sich heraus zu erklären; eine an sich zulässige Handlung wird nicht dadurch zu einer unzüchtigen, daß sie mit Gewalt vorgenommen wird."

"Die Anschauung des Volkes wehrt sich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung, daß der Ehemann in geschlechtlicher Hinsicht mit seiner Frau nach Willkür verfährt und sich mit Gewalt den Beischlaf mit ihr verschafft. Sie empfindet aber einen Beischlaf unter Eheleuten, auch wenn er erzwungen ist, nicht als Unzucht, sondern vielmehr als strafbare Beeinflussung des Willens der Ehefrau. Solches Tun kann daher nur nach § 240 StGB geahndet werden." (RGSt 71, S. 109, 110)

Levy 1932: "Durch die Eheschließung hat die Frau ihren Willen dahin kund getan, daß sie bereit ist, geschlechtlichen Verkehr mit dem Ehemann zu pflegen. Während des Bestehens der Ehe muß vermutet werden, daß dieser Wille grundsätzlich fort dauert. Weigert sie sich also, den Beischlaf zu dulden, dann kann der Grund nur in zeitlichen, örtlichen Umständen oder stimmungsmäßig bedingt sein. Mit Recht hat daher der Gesetzgeber angenommen, daß der nun ausgeübte Zwang nur eine Nötigung zu einem ja grundsätzlich gebilligten Verhalten darstelle, und hält die Strafdrohung der Nötigung für ausreichend." (Levy, Die Gewaltanwendung beim Sittlichkeitsdelikt, in Kleine Schriften zum besonderen Teil des Strafgesetzbuches, Band III, Dissertation Köln 1932, S. 38)

Um die Aktualität dieser o.a. Probleme zu begreifen, müssen wir uns vor Augen führen, daß der § 177 StGB bis heute die Ehefrau vor dem strafrechtlichen Schutz gegenüber der Vergewaltigung ihres Ehemannes ausnimmt. Im wesentlichen würde auch heute kein Gericht anders argumentieren, wie das in dem Prozeß von 1937 geschehen war. Mit den rechtlichen Problemen und der Diskussion darum heute werden wir uns im nächsten Beitrag befassen, ebenso mit der in diesem Zusammenhang dazugehörigen Beurteilung des Rechts auf Menschenwürde, Gleichheit und sexuelle Selbstbestimmung der Frau heute.

Die Rolle der Frau in der nationalsozialistischen Gesetzgebung

Die Nationalsozialisten formten die Gesetzgebung entsprechend des Stellenwertes, den sie Frauen einräumten. Keineswegs waren sie nur Befürworter der Ehe. Im Mittelpunkt der NS-Familienideologie steht der Zuchtgedanke. Daher reicht die Gesetzgebung auf der einen Seite von der Festigung der Ehe, über die Erleichterung der Ehescheidung bei Kinderlosigkeit bis hin zur Doppelehe, auf der anderen Seite finden sich dann die Gesetze zur Annullierung von Ehen und zur Zwangssterilisation.

– Gedanken über die Ehe im NS-Staat von Ele Vorwerck:

"Die Frau sieht in Ehe und Mutterschaft die schönste Erfüllung ihrer Lebensaufgabe und zugleich ihre größte Leistung für die Volksgemeinschaft. Sie wird deshalb bei der Ausübung ihrer ehelichen und mütterlichen Pflichten das Gefühl haben, ihr Amt im Staate voll und ganz zu erfüllen und damit dem Wunsch, in dieser ihrer Pflichterfüllung auch anerkannt zu werden." (Frauen im Deutschen Faschismus, Bd. 2, S. 114)

– Himmler über die Ehe:

"Da ein Mann im Normalfall unmöglich ein ganzes Leben mit einer Frau auskommen kann, zwingt man ihn zur Untreue und, um diese zu verdecken, zur Heuchelei. Die Folgen sind Zerwürfnisse in der Ehe, Abneigung der Ehegatten und im Endergebnis Kinderarmut... Auf der anderen Seite wagt der Mann mit derjenigen Frau, mit der er ein sogenanntes Verhältnis unterhält, keine Kinder zu zeugen." (dito, S. 116)

– Gaustabsamtsleiter Bertus Gerdu berichtet:

"Um jedoch den Führungsanspruch des deutschen Volkes zu sichern..., müssen alle ledigen und verheirateten deutschen Frauen, soweit diese noch nicht vier Kinder haben,



"Herrenmensch" und "Mutter" gemäß der NS-Propaganda

im Alter bis zu 35 Jahren verpflichtet werden, von reinrassigen einwandfreien deutschen Männern vier Kinder zu zeugen. Ob diese Männer verheiratet sind, spielt dabei keine Rolle. Jede Familie, die bereits vier Kinder hat, muß den Mann für diese Aktion freigeben." (Frauen im deutschen Faschismus, Bd. 1, S. 135)

– Himmler erläßt am 28.10.1939 folgende Anordnung:

"Über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten hinaus wird es auch außerhalb der Ehe für deutsche Frauen und Mädel guten Blutes eine hohe Aufgabe sein können, nicht aus Leichtsinne, sondern in tiefstem sittlichen Ernst Mütter der Kinder ins Feld ziehender Soldaten zu werden... Für alle ehelichen und unehelichen Kinder guten Blutes, deren Väter im Kriege gefallen sind, übernehmen besondere, von mir persönlich Beauftragte... die Vormundschaft. Wir stellen uns zu diesen Müttern und werden menschlich die Erziehung und materiell die Sorge für das Großwerden dieser Kinder... übernehmen." (dito, S. 136)

– Scheidungsreformgesetz (1938):

Bekam eine Frau keine Kinder, konnte ihr materiell die Lebensgrundlage durch Scheidung entzogen werden. Anerkannte Gründe für eine Trennung waren u.a. "Nachwuchsverweigerung und Unfruchtbarkeit". Galt die sexuelle Verweigerung in der Ehe als Scheidungsgrund, so wurde die Vergewaltigung außerhalb der Ehe (zwischen Ariern) als "gesunde Lebensäußerung" gewertet, die "einen Lichtblick in gesunde Zukunft" bedeutet und "erfahrungsgemäß vielfach gesunde und kräftige Kinder, durch die unser Volkstum wertvoll bereichert wird" hervorbringt. (Die Vergewaltigung und ihre Opfer, S. 2)

– Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses:

"Sterilisiert werden kann, wer erbkrank ist. Antragsberechtigt ist der Kranke selbst oder... sein gesetzlicher Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Als Erbkrankheiten gelten: Schizophrenie, ... erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere körperliche Mißbildung. Außerdem gilt das Gesetz für Personen, die an schwerem Alkoholismus leiden... Hat das Gericht die Unfruchtbarmachung endgültig beschlossen, so ist sie auch gegen den Willen des Unfruchtbarzumachenden auszuführen." (Frauen im deutschen Faschismus, Bd. 1., S. 134)

Quellenhinweis: S. Brownmiller, Gegen unseren Willen, Fischer, FfM. 1984; Frauengruppe Faschismusforschung, Mutterkreuz und Arbeitsbuch, Fischer, FfM. 1981; D. Helmken, Vergewaltigung in der Ehe, Kriminal. Verl., Heidelberg 1979; B. Hinz, Die Malerei im deutschen Faschismus, München, Wien 1974; A. Kuhn/V. Rothe, Frauen im deutschen Faschismus, Bde 1, 2, Schwann, Düsseldorf 1982; M. Lück, Die Frau im Männerstaat, P. Lang Verl., FfM., 1979; M. Schmidt/G. Dietz, Frauen unterm Hakenkreuz, dtv, München 1985; K. Weiß, Die Vergewaltigung und ihre Opfer, Stuttgart 1982. – (heb, heg, lip, – DK-AK Besondere Unterdrückung der Frauen)

CSU-Parteitag 1985

Nationalistisch-christlich-sozial: Strauß unterwegs auf Wählerfang

Obwohl der CSU-Parteitag bei Erscheinen dieses Heftes gut einen Monat zurückliegt, ist es dennoch lohnend, sich ausführlicher mit der dort für die Landtagswahlen im Herbst 1986 und die Bundestagswahlen Anfang 1987 vorgetragenen Propagandalinie zu befassen.

Alle Welt geht davon aus, daß die CSU bei diesen Wahlen wiederum ein Ergebnis von um die 60% Zustimmung für ihre Politik erhält, die politische Opposition in Bayern scheint dazu verdammt, sich um die Verteilung der rest-

lichen 40% Wählerstimmen untereinander zu streiten. Wir meinen, daß die Aussichten nicht ganz so trostlos sind. Die Mobilisierungserfolge der Reaktion in Bayern sind Ergebnisse eines Konzepts, das an materiellen Interessen in sozialdemagogischer Manier anknüpft, um so Anhang für die nationalen und imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu gewinnen. Genauere Kenntnis dieses Konzept der CSU ist schon der erste Schritt, um die reaktionäre Mobilisierung zu stören.

Eine gefährliche Mischung: Nationalismus, sozial eingefärbt

Strauß spottete auf dem CSU-Parteitag über jene Delegierten, die ihm auf dem vorigen Parteitag 1983 bei der Wahl zum Parteivorsitzenden wegen seiner Vermittlertätigkeit für einen DDR-Kredit die Stimme verweigert hatten, sie hätten damals wohl "nicht verstanden, worum es ging". Die Kritiker sind verstummt, Strauß erzielt eines seiner besten Wahlergebnisse und allgemein herrscht der Eindruck vor, die CSU schare sich geschlossen um ihren Vorsitzenden und sei wie er bemüht, den Geruch von reaktionärem Revanchismus und Kriegstreiberei 'gen Osten loszuwerden. Alles nur Wahltaktik und Schwindelabsichten? Der Eindruck täuscht.

Die CSU setzt auf die Absicherungsinteressen der von den Kapitalisten mit der Leitung der Produktion im weitesten Sinn beauftragten Lohnabhängigen, also bis hinunter zum handarbeitenden Vorarbeiter, um diese an die Expansionspolitik des Kapi-

tals zu binden. Dieser Propagandaplan – und das haben inzwischen tatsächlich auch die damaligen Strauß-Kritiker in der CSU begriffen – setzt nicht auf Polemik gegen die von der SPD einst geführte nationalistische Agitation, sondern baut auf ihr auf und führt sie weiter.

Man erinnere sich an Helmut Schmidts "Modell Deutschland": Der deutsche Ingenieur und der deutsche Facharbeiter hätten dafür zu sorgen, daß durch ihre Wertarbeit ("Blaupausenexport") Deutschland wieder etwas gilt in der Welt; sie sicherten somit durch Erblühen der deutschen Wirtschaft den sozialen Fortschritt. Wie gefährlich diese Sorte Propaganda 'Fortschritt durch gute Weltmarktposition' für die Arbeiterbewegung war, erweist sich jetzt nachträglich noch einmal dadurch, daß Strauß nahtlos daran anknüpfen kann, um aggressivsten Expansionismus sozialdemagogisch zu umhüllen.

Die 'dritte industrielle Revolution' böte dem, der sich dabei eine technologische Überlegenheit verschaffen kann, die einmalige Chance, die politischen Gewichte zu seinen Gunsten zu verschieben, ja nicht einmal mehr Krieg oder (Konter-)Revolution sei zur Neuaufteilung der Welt nötig, ohne einen Schuß abzugeben, könne man die Russen in die Knie zwingen (s.a. Auszüge aus der Strauß-Rede).

Strauß weiß, wie dem Publikum die weltweiten Bestreben des BRD-Imperialismus nahezubringen sind: Der Bogen geht von der 'Familie' über die 'Heimat Bayern' zum 'Vaterland Deutschland' im 'freien Europa' als 'Bestandteil der westlich-abendländischen Kultur'. So muß man dann das SDI-Programm der USA unterstützen, weil bloß so – "ohne törichtes teutonisches Geschwätz" – Europa und damit Deutschland an der Entwicklung modernster Technologie teilhaben könne. Oder Südafrika sei zu halten wegen seiner enormen Bedeutung für die technologische Überlegenheit des Westens usw.

In dieses Ideengebäude von der nötigen Größe und Überlegenheit

Dokumentiert: CSU-Parteitag '85

Strauß: Der Westen ist dem Osten überlegen!

Über eines sollten wir uns im klaren sein: Veränderungen in Europa werden nicht mehr auf Schlachtfeldern und Revolutionsbarrikaden stattfinden. Diese politische Epoche gehört endgültig der Vergangenheit an. Der Zweite Weltkrieg muß der letzte europäische Krieg gewesen sein... Wir leben hier in völlig neuen militärischen Maßstäben. Ich glaube auch nicht an einen kleinen Krieg in Europa. In Europa wird es entweder keinen Krieg geben oder den großen Krieg geben – und der große Krieg wird nie mehr kommen! Ich bin felsenfest davon überzeugt. Aber gegen die modernen Machtsysteme autoritärer Herrschaftsordnungen ist auch das Mittel der Revolution, wie sich in Europa gezeigt hat, nicht mehr

anwendbar, eine Erkenntnis – ob man sie liebt oder nicht, steht hier nicht zur Diskussion. 1953 Berlin, 1956 Polen, Ungarn, 1968 Tschechoslowakei, 1981 Polen...

Die Hinnahme der bestehenden Verhältnisse, das Sich-Abfinden mit der Teilung Europas, ist auch keine langblickende, weiterführende Strategie. Krieg ist kein Mittel der Politik mehr, Revolution kein Mittel der Politik mehr. Im Westen gibt es keinen Ansatz zur Revolution, und im Osten gibt es keine Möglichkeit zur Revolution. Heißt das, die Geschichte ist zum Stillstand gekommen? ... Weil Menschen Geschichte machen, bleibt auch die Geschichte motorisch. Nur ihre Ausdrucksformen sind nicht mehr Krieg und Revolution in Europa. Wo liegen die Ausdrucksformen? ... Die Ausdrucksformen liegen in der revolutionären Veränderung unserer tech-

nischen, industriellen, sozialen Verhältnisse durch die dritte industrielle Revolution.

Es wird vielleicht noch Jahre dauern, bis die Sowjetführung an dem Punkt der Erkenntnis angelangt ist, daß die gesamte kommunistische Ideologie, die marxistisch-leninistische Geschichtsphilosophie Irrtum war, ein Irrtum, der nie Wahrheit werden kann... Ich wage es zu sagen, daß das sowjetische Machtsystem, Wissenschaft, Technik und Wirtschaftspolitik des Kreml ohne Anlehnung an den Westen und Zusammenarbeit mit dem Westen sich nur noch durch Spionage, aber nicht mehr durch eigene Kreativität und Produktivität in der Zukunft behaupten kann!

Hier eröffnet sich die Perspektive, hier eröffnet sich die Vision in das nächste Jahrhundert. Hier eröffnet sich der Ausblick, daß der rapide Wan-

Deutschlands fügen sich die "sozialen" Forderungen der CSU ein. Da hört man dann, wie Strauß gegen die FDP als "Fanatiker der Sozialen Marktwirtschaft" polemisiert, die mit "holzhackerischen Formeln" den "inneren Frieden und die soziale Gerechtigkeit" gefährden, oder gar daß die CSU für "Mindestbedingungen" in den Lebensumständen der Arbeiterbevölkerung eintritt – das alles geht ideologisch auf mit der Rechnung 'wirtschaftliche Leistungsfähigkeit' in Deutschland, besonders in Bayern, ergibt ein "Land des menschlichen Maßes". Daß in der Wirklichkeit die sozialen Taten der CSU im Vergleich zu diesem Propagandagemälde weit düftiger aussehen, ist nochmal was anderes.

Dennoch wirkt die CSU mit einer solchen Propaganda nicht einfach unglaublich. Sie ist eine sozialdemagogische Partei, die aus ihrer Geschichte heraus verstanden hat, die Sozialangst der untergehenden Bauernschaft, nach dem Zweiten Weltkrieg noch größte Klasse im agrarischen Bayern, zu verschmelzen mit den Absicherungsinteressen der leitenden Klassen und Schichten, die sich auf Gedeih und Verderb mit dem Kapital verbunden sehen, dem sie dienen.

Das macht die Sozialdemagogie der CSU so gefährlich: Im Unterschied etwa zu Prof. Biedenkopf und ähnlichen Leuten, die das Bild von der CDU als Wirtschafts- und Mittelstandspartei prägten, nimmt die CSU zur Handarbeit keine grundsätzlich verächtliche Haltung ein. Für die CSU sind Handarbeit und Eigentum keine Gegensätze, sondern über den Kleinbesitz irgendwie verbunden. So sind ihr beträchtliche Teile der Handarbeiter als kleine Eigentümer ideologisch zugänglich.

del, den Wissenschaft, Technik und Produktionsformen herbeiführen, auch das Ende des heutigen kommunistischen Systems bedeuten werden. Das heißt noch lange nicht, daß dort unsere parlamentarische Demokratie eines Tages mit einem Paukenschlag das bisherige System ablösen wird. Es sind nicht alle Völker und alle Staaten für parlamentarische Demokratien europäischen Zuschnitts geeignet ... All diese chemisch reinen Demokratisierer haben keine Ahnung von der Natur der Völker, von der Tradition und Geschichte ganzer Regionen ...

Wir müssen die bildungsmäßige, wissenschaftlich-technische, postindustrielle Überlegenheit des Systems der Freiheit gegenüber den archaischen, obsoleten und atavistischen Vergangenheitsformen des Kommunismus demonstrativ auspielen.



Unterdrückung der Arbeiterbewegung in der Türkei nützt Konzernen wie MAN – Strauß begrüßt den türkischen Ministerpräsidenten Özal.

"Attraktives Bayern" ohne "gesetzliche und tarifliche Produktionshemmnisse"

Franz Josef Strauß hat auf dem CSU-Parteitag darauf hingewiesen, daß die Ansiedlung der großen Konzerne in Bayern – insbesondere die "zukunftsorientierten Industrien" der oberbayerischen Rüstungskonzerne Siemens, MBB, BMW und MTU – keine "Zufallsgründungen" oder "Zufallsverlegungen" sind, sondern Ergebnis der über 30 Jahre "systematisch und zielbewußt" betriebenen Politik seiner Partei. Die "Attraktivität Bayerns" resultiere vor allem aus der Sicherheit für die Industriellen, "nicht heute mit der und morgen mit jener Politik" rechnen zu müssen. Was sind die Gründe für diese Beliebtheit bei "Industriellen und Investoren"?

Die Bayerische Staatsregierung hat jüngst in einer Antwort auf die Interpellation "Soziales Bayern" dazu Stellung genommen, "mit welchen wirtschafts-, finanz- und arbeitspolitischen Maßnahmen" das Wirtschaftswachstum gefördert werden solle. Welche Konsequenzen hat diese Politik für die Lebenssituation der Arbeiterbevölkerung?

Die angepeilte Senkung der Gewerbesteuer – in München wird dies durch die IHK, FDP und CSU schon gefordert – steht im Gegensatz zur Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen für die Arbeiterbevölkerung. Diese Dienstleistungen wie z.B. der öffentliche Nahverkehr, der Wohnungsbau, die Energieversorgung, die Versorgung und Erziehung von Kindern u.a. müssen dann entsprechend von den Lohnabhängigen zu ihren tatsächlichen Kosten bezahlt werden und werden so unerschwinglich. Hinzu kommt, daß die CSU bei ihrer Landespolitik sich zum Ziel gesetzt hat,

"die Investitionsausgaben zu Lasten der konsumptiven Ausgaben" zu steigern.

Die "Verringerung gesetzlicher und tariflicher Produktionshemmnisse" ist die feine Umschreibung der Absicht, die Arbeiter noch stärker zum Anhängsel der Maschinen zu degradieren und ihre Arbeitszeiten in völlige Abhängigkeit zur aktuellen Auftragslage zu stellen. Ein gesellschaftliches Leben ist dann kaum möglich, die unmenschliche Arbeit zu jeder Tages- und Nachtzeit die Perspektive. Die sicher heute schon viel zu düftigen gesetzlichen und tariflichen Schutzmaßnahmen für die Arbeitskraft sind damit durch die CSU dem Abschluß freigegeben.

Die "zurückhaltende Lohnpolitik" wird schon seit Jahren propagiert und von den Kapitalisten praktiziert. Zielsetzung hierbei ist, daß nicht jeder einen Anspruch auf einen Inflationsausgleich und Anstieg des Lohns aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten haben soll. Eine Verbesserung der Lebenssituation soll nur noch erreichbar sein, wenn "höhere Leistung" gebracht wird – für die schwerarbeitenden Maschinenarbeiter nur noch in jungen Jahren und für kurze Zeit erreichbar. Damit bleibt die Möglichkeit, beim Gerangel um die "besten Posten" in der Lohnhierarchie sich zu beteiligen, sofern die notwendigen Qualifikationen hierfür gebracht werden. Die Differenzierung der Löhne und das Nach-unten-treten sind Ergebnis dieser CSU-Lohnpolitik. Für die niedrigst bezahlten und schwerst arbeitenden Frauen und Männer ist die Reproduktion nicht mehr gewährleistet. Diese sozialen Schichten müssen

CSU zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik

Am 1.12. ehrten Kohl und Strauß in Würzburg den christlichen Gewerkschaftsführer, Reichsarbeitsminister unter Brüning und Mitbegründer der CSU A. Stegerwald anlässlich dessen 40. Todestages. Daß der Gewerkschafter Stegerwald als Arbeitsminister die Arbeiter bluten ließ, nahmen sie als Beweis dafür, "daß Sozialpolitik von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Situation der Staatsfinanzen nicht zu trennen sei". 1924 bestimmte Stegerwald die Bedeutung einer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung als "gewerkschaftliche Zielsetzung, die ausdrücklich über eine nur klassenmäßige Lohnpolitik hinausweist, indem sie den Arbeiterberufsverein zum verantwortlichen Mitträger der Produktion erhebt". Gewerkschaften, die auf Lohn- und Versicherungsansprüche ihrer Mitglieder verzichten, wenn es die Verantwortung für Produktion bzw. Staatsfinanzen erfordern, läßt sich die CSU schon gefallen.

Generalsekretär E. Stoiber schlicht menschlich: "Es ist dem Menschen nicht gemäß, immer nur zu fordern, zu verlangen, ja sogar zu drohen, wenn man etwas nicht bekommen kann." Wie das nun bestimmt werden könnte, was "man" nicht bekommen kann, dafür geben die Leitsätze der Christlichen Gewerkschaft (CGB) ein positives Beispiel: "Aus der Mitverantwortung für die Stabilität der Währung berücksichtigen die christlichen Gewerkschaften in ihren tarifpolitischen Forderungen die realen Zuwachsraten des Sozialprodukts und die volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge." Und Stoiber fährt fort: "Gerade die christlichen Gewerkschaften sollten dafür ansprechbar sein, daß die Mäßigung der eigenen Ansprüche und die Rücksichtnahme auf die Interessen anderer Staatsbürger-tugenden von ganz besonders hohem Rang sind."

Was aber, wenn solche "Tugenden" nicht vorhanden? Frage des Bayernkurier-Redakteurs Hettlage an den ehem. BAG-Präsidenten Müller: "Der Durchschnittsbürger glaubt, ein Drittel – jeder fünfte Bürger glaubt sogar die Hälfte – vom Umsatz sei Gewinn. Ist ein solches System, in dem wenigstens teilweise über die Einkommensverteilung durch Urabstimmungen entschieden wird, die auf solch groben Fehleinschätzungen und Irrtümern beruhen, ist ein solches System nicht etwa so etwas wie 'grober Unfug'?"

Fehlende Tugend, erfordert die staatliche Zuchtrute!
Quellenhinweis: Politische Studien, 3/1981, Olzog Verlag

sich verspottet vorkommen, wenn Strauß ihnen "einen grundlegenden Irrtum" bescheinigt, wenn sie "die Sozialpolitik letztlich nur nach der Quantität der Leistungsansprüche" beurteilten und "die menschliche Dimension der Sozialpolitik" vernachlässigten. Zu den Reichen aufblicken und von ihnen Almosen betteln, das wünscht sich die CSU.

Die CSU nennt auch immer gerne als ihr besonderes Verdienst die "Umstrukturierung unserer Wirtschaft hin zu modernen, technologisch hochstehenden Fertigungen und Branchen". Genannt werden in diesem Zusam-

dient, die imperialistischen Staaten aufzurüsten und kriegsfähig zu machen, sind gerade diese Branchen die Vorreiter für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Diese tatsächliche "soziale Lage" der Arbeiterbevölkerung steht im krassen Gegensatz zu den chauvinistischen Jubelreden von Strauß: "Noch nie hatte das Deutsche Reich in seiner vollen Größe und in seiner vollen Volkszahl im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern die gleiche Wirtschaftskraft entwickelt, wie die Bundesrepublik Deutschland trotz der



"Zukunftsinvestitionen" für die Rüstungsindustrie (Tornadabau, MBB Augsburg)

menhang dann die "Daten- und Informationstechnik", die "Luft- und Raumfahrt", die "Chemische Industrie", die "Automobilindustrie" und die "elektrotechnische Industrie". Abgesehen davon, daß diese "zukunftsorientierte Industrie" vor allem dazu

vorangegangenen Zeiten und ihren Folgen!" Den "Aufstieg zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas" mußte die Arbeiterbevölkerung mit dem Raubbau an ihrer Arbeitskraft und Unterdrückung ihrer Lebensgewohnheiten teuer bezahlen.

Aussichten für die Bauern: "bodenständiger" Lohnarbeiter

Die CSU war und ist auf die Zustimmung kleiner und mittlerer Bauern für ihren chauvinistischen Sammlungskurs in nicht unerheblichem Maße angewiesen. Der Grund ist nicht einfach in der Agrarstruktur Bayerns zu finden, also der Tatsache, daß mittlere Bauern stärker und große schwächer als im Bundesdurchschnitt vertreten sind, sowie dem Umstand, daß landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit relativ ausgeprägter ist. Der maßgebliche Grund ist vielmehr in den strategischen Zielsetzungen der CSU zu suchen.

Nachdem Mitte der 50er Jahre die Phase abgeschlossen war, welche in den Partei- und Aktionsprogrammen von 1946 und 1954 mit "Sicherung der Volksernährung" umschrieben war,

betreibt die Partei seit Gründung der EG unter Losungen wie "Bayern braucht seine Bauern, und die CSU steht zu einer auf familiärer Grundlage eines breit gestreuten Bodeneigentums betriebenen Landwirtschaft" stark chauvinistisch eingefärbte Kampagnen gegen "drohende Kollektivierung" und "Agrarfabriken". Ihr ging es dabei nie um die Existenzsicherung kleiner Bauern, wie eine Anzahl von ca. 120000 gelegter Landwirte im Zeitraum 1960 bis 1977 andeutet. Strategische Absicht war und ist vielmehr die Anbindung dieser Bauern an die Interessen jener, die von der Ausbeutung kraft Eigentumstitel leben.

Von großer Bedeutung ist des weiteren, daß die von den sich nach 1945 in

Bayern ansiedelnden Monopolen verlangten Arbeitskräfte im Rahmen der von der CSU forcierten "Entwicklung vom Agrar- zum Industrieland" ohne Bauernlegen nicht zu haben war. Gegen den erklärten Willen des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Das von der CSU geförderte und entwickelte System von Voll-, Neben- und Zuerwerbsbetrieben paßt sich hier nahtlos ein. Gegenüber Belegschaften, von denen Teile von Lohnarbeit und Landwirtschaft leben müssen, können sich die Kapitalisten noch einmal soviel herausnehmen. Den Bauern gegenüber preist die CSU den Nebenerwerbsbetrieb als eine Betriebsform, die angesichts "notwendiger Strukturreform" und Arbeitslosigkeit eine "gewisse Sicherheit" biete.

Es ist bekannt, daß sinkende Erzeugerpreise und "Begrenzung der Überschüsse" zu drastischen Einkommensverschlechterungen der Bauern führen. In den scharfen Auseinandersetzungen im BBV und einigen CSU-Bezirken über den agrarpolitischen Kurs wurde der Partei häufig "Verrat am Selbstverständnis" und "Politik für die Großen" vorgeworfen. Ob diese Kritik letztlich die CSU zu schwächen vermag, ist fraglich, da sie häufig mit stark nationalistischem Einschlag "gegen die EG" geführt wird. Jedenfalls sah sich der BBV-Vorsitzende Sühler vor einem Jahr auf dem CSU-Parteitag veranlaßt, eine "soziale Anpassungspolitik" zu fordern, die "den Gedanken des Eigentums", einen "einheitlichen BBV", die "Europaidee" und "nicht zuletzt die CSU nicht gefährde". Kiechle aber kann sich mittlerweile wieder auf Bauernversammlungen blicken lassen, ohne ausgepiffen zu werden, und Strauß erhält Zustimmung, wenn er wie auf dem jüngsten Parteitag erklärte, daß "der europäische Einigungsprozeß Opfer fordere", die aber "nicht nur von unseren Bauern getragen werden dürfen". Die Unterordnung der Interessen der Bauern unter die EG-Politik soll mit "Ausgleichsmaßnahmen" erzwungen werden, die, wie Strauß behauptet, "unser Freund Ignaz Kiechle gegen den harten Widerstand des Finanzministers" durchsetzte.

Er fährt fort: "Wir brauchen nicht nur Korrekturmaßnahmen ... wir brauchen eine ... Konzeption, die in die Zukunft weist. Es wird ... nicht mehr möglich sein ..., die bäuerliche Existenz allein über den Preis zu sichern. Es muß ein Doppelsystem sein, einmal Preis und einmal staatlich honorierte Anerkennung der Tätigkeit unserer Landwirte als Landschaftspfleger, -erhalter und -gestalter."

Das Abrücken vom Grundsatz, daß die Erzeugerpreise Kosten und Existenz nicht nur großer Bauern sichern müßten, wird von der CSU seit langem vorbereitet. Die Förderung von Nebenerwerbsbetrieben gehört hierher.

Aber auch der als Feldzug gegen "Sozialismus" propagierte "Bayerische Weg". Er wurde 1970 gegen den sog. Mansholt-Plan entwickelt, der den Landverkauf an Großbauern immens forcieren wollte. Der "Bayerische Weg" beinhaltet die Förderung "bäuerlichen Eigentums" unabhängig von Größe und Einkommen allein unter dem Gesichtspunkt der "Rentabilität". Vorläufiger Abschluß dieses Konzepts war 1984 die Beseitigung jener Förderschwellen, welche staatliche Kreditierung an ein bäuerliches Einkommen knüpfte, das mindestens dem gewerblichen Durchschnittslohn entsprach. Diese Maßnahme brachte Tausende kleiner Bauern in den Genuß von "Investitionshilfen" und beseitigte den

Industriellohn als zulässigen Vergleichsmaßstab.

Das Abrücken von dem Grundsatz, daß die Preise die Einkommen sichern müßten, hat weitreichende Folgen: Gegen das Absinken der Agrarpreise auf Weltmarktniveau können die Bauern noch weniger mit ihrer Existenz argumentieren. Niedrige Nahrungsmittelpreise würden von der Reaktion verstärkt gegen Lohnforderungen aufgerechnet. Im Ergebnis will die CSU einen "bodenständigen" Lohnarbeiter, der seine landwirtschaftliche Produktion gezwungen war aufzugeben und stattdessen als "Landschaftspfleger" ein staatliches Almosen für die zusätzliche Vernutzung seiner Arbeitskraft erwarten darf.

Christliches Sittengesetz und die Legende von der antifaschistischen Tradition

Es scheint widersprüchlich, daß je mehr die CSU sich nach rechts bewegt und direkt faschistische Tendenzen und Organisationen fördert, sie sich umso mehr um eine Distanzierung vom Nationalsozialismus bemüht, ja sogar versucht, sich den Nimbus einer antifaschistischen Tradition zu geben. Der Widerspruch löst sich bei näherer Betrachtung:

Kernpunkt der CSU-Kritik am Nationalsozialismus ist das "christliche Sittengesetz", das von der Politik fordert, daß sie "den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt und nicht die Macht", wie Strauß beim Jubiläumsparteitag formulierte. Der "Niedergang Deutschlands" sei "unmittelbare Folge des zynischen Abfalls der deutschen Politik von den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes" gewesen, die Ursache dafür in einem "ungezügelter Ausbruch von Irrationalismus und Inhumanität" bei Hitler zu finden. Diese reaktionär-moralische Deutung machte es der CSU auch einfach, nach 1945 sogleich als imperialistisches Ziel zu formulieren: "Vor allem durch seine Kultur muß das deutsche Volk die Achtung der Völker und seinen alten Platz im Kreis der Nationen wiedergewinnen." (CSU-Programm 1946) Der Hitler-Faschismus soll als "tragische Episode" verstanden werden. Die "Lehre" ist, alles daranzusetzen, den entstandenen Zeitverlust im Beherrschen der Völker wieder wettzumachen. Die Berufung auf das "christliche Sittengesetz" erlaubt also in der Praxis durchaus Übereinstimmung mit Zielen des Faschismus.

Auch wenn Strauß behauptet, auf den "Widerstand der Christen gegen die national-sozialistische Herrschaft können wir uns mit Stolz berufen", gibt es eine antifaschistische Tradition aber weder im Kader der Gründergeneration der CSU noch im Programmatischen. Viel richtiger ist es,

wenn sich Strauß und die CSU auf die "Traditionen" der alten Bayerischen Volkspartei (BVP) berufen, einer Partei, die seit ihrer Gründung im Jahre 1918 (durch Abspaltung vom Zentrum) als rechts-konservative Partei fungierte. Die einflußreichsten Ideologen und Funktionäre der CSU entstammen der BVP. Diese Partei war weder vor dem Ermächtigungsgesetz 1933 noch danach eine erklärte Partei des Widerstands gegen den Faschismus.

Im Gegenteil: Die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz begründete der BVP-Abgeordnete Ritter von Lex folgendermaßen:

"Die Bayerische Volkspartei als Partei der christlich-nationalen Weltanschauung und Staatsauffassung hat nach der schmachvollen Revolution 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Schichten des Volkes gekämpft ..."

Trotz einzelner Verhaftungen aus den eigenen Reihen, riet die BVP ihren Mitgliedern und Wählern, "unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers politisch mitzuarbeiten".



Josef Müller, erster Vorsitzender der CSU, einer der wenigen mit "antifaschistischer Vergangenheit", nach jahrelanger Tätigkeit im Nazi-Geheimdienst "Gruppe Canaris", gegen Kriegsende in der militärische Hitler-Opposition.

Fritz Schäffer, Abgeordneter und Vorsitzender der BVP, nach 1945 Gründungsmitglied der CSU und später Minister bei Adenauer, schrieb im April 1933 in der BVP-Korrespondenz: "Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als ein Neuerer des Reiches berufen ist, ist so groß, daß es notwendig ist, alle Kräfte wachzurufen und einzusetzen, daß dem Kanzler um Deutschlands Willen die gigantische Aufgabe gelingt."

Nach der Kapitulation wurde Schäffer – dem der jüngste CSU-Parteitag ausdrücklich wegen seiner Verdienste huldigte – als erster Bayerischer Ministerpräsident eingesetzt. In seiner Regierung waren bekannte Nazis. Seine Aufgabe umschrieb er im Juli 1945 so:

"Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, sie ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittegebot im deutschen Volk wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen."

Nimmt man die Entnazifizierung als Gradmesser für "antifaschistische Tradition", so wird deutlich, von welcher Sorte diese bei der CSU ist. Sogar das Standardwerk bayerischer Geschichtsschreibung (Spindler) kommt zu dem Urteil, daß die "politische Säuberung ... ein klägliches Mißerfolg" war und "kaum jemand mehr von Amts wegen ein Vorwurf daraus gemacht wurde, die Etablierung oder das Funktionieren der faschistischen Diktatur ermöglicht zu haben".

Die Gründungsphase der CSU war geprägt von Auseinandersetzungen verschiedener Flügel der ehemaligen BVP. Dabei war die Trennungslinie nicht eine mehr oder weniger starke Legitimation aus einem mehr oder weniger praktizierten Antifaschismus, sondern die Frage, wie man am erfolgreichsten eine Partei der "bayerischen Erwerbsgesellschaft auf der Grundidee sozialer Verantwortung aus christlicher Ethik" aufbauen kann. Die Gruppe um die Alt-BVPLer Josef Müller und Adam Stegerwald wollten eine Partei, die traditionelle konfessionelle und territoriale (Altbayern gegen Franken) Konflikte meidet und als überkonfessionelle christliche Massenpartei Gegenstück zur Sozialdemokratie bildet. Stegerwald, ein Führer christlicher Gewerkschaften, wollte eine "Volkspartei, die unter Ausschluß jedes Standes- und Klassencharakters alle Schichten des bayerischen Volkes auf dem Boden des christlichen Staatsgedankens umfaßt".

Diesem Flügel stand die Gruppe um Schäffer, Hundhammer und Baumgartner gegenüber, die einen ausgeprägten katholisch-konservativen Kurs steuern und auch in Kauf nehmen wollte, daß die CSU nur als bayerische Konfessionspartei fungierte.

Beide Gruppierungen hatten mit dem Antifaschismus nichts gemeinsam, nirgendwo wurde in der CSU eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung gefordert. Strauß, nicht ohne Stolz, beschreibt die Gründerzeit:

"Es durften keine Trennungslinien gezogen werden zwischen Unternehmern und Arbeitern, Männern der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften. Wir haben bewußt die soziale Verpflichtung nicht nur in unsere Parteiprogramme, sondern auch in

den Namen unserer Partei aufgenommen."

Sozial meinte nie sozialistisch. Oberstes programmatisches Gebot war und ist das christlich begründete Naturrecht auf Privateigentum. Daran erinnert auch Strauß: "Wer Produktionsmittel, die über Familienbetriebsgröße hinausgehen, nur der Gemeinschaft überantworten will, kollektivieren will, der trägt den unterschiedlichen Gegebenheiten der menschlichen Natur nicht Rechnung."

"Weiß-blaues Bayern" – föderalistisch verpackte Stärkung des Zentralstaates

Eines der wichtigen Strategieelemente, wie es die CSU selber nennt, ist das "vorbehaltlose Bekenntnis zur bayerischen Geschichte, zur bayerischen Kultur, zur bayerischen Tradition. Wir haben uns mit Bayern identifiziert, mit seiner Geschichte und mit seiner Kultur, und die Wähler haben uns mit Bayern identifiziert."

Der Treibriemen, mit dem die CSU die "Liebe zur Heimat, zum Vaterland" und ihre Bodenverbundenheit abwickelt, ist die Propaganda vom föderalistisch-liberalen Ansatz gegen die Zentralgewalt. Dabei dürften historische Momente ("historische Eigenständigkeit unserer bayerischen Heimat") sicherlich auch eine Rolle spielen, aber das Entscheidende, daß diese Art von Föderalismus als Propaganda wirken kann, liegt in dem Anschein von Fortschritt begründet, den die CSU erweckt. Strauß auf dem Parteitag:

"Der Föderalismus ist wesentlich moderner als die zentralistische einheitliche Gestaltung. Der Föderalismus ist die staatliche Ausdrucksform der Subsidiarität – was eine untergeordnete Einheit lösen kann, soll nicht nach oben abgegeben werden und, wofür man keine zentrale Lösung braucht, soll man diejenigen heranziehen, die aufgrund näherer Berührung mit den Menschen für den Bürger bes-

sere Lösungen finden als zentralistische Einheitslösungen."

Man kann davon ausgehen, daß große Mehrheiten in Bayern den Föderalismus weder als Separatismus noch Partikularismus oder kleinkariertes Hinterwäldlertum erachten – das Bild, das auch die politische Opposition hinsichtlich der Politik der CSU vielfach zeichnet, also falsch ist.

Man würde es sich viel zu einfach machen, einen bayerischen Chauvinismus und bayerische Volkstümelei als von der Natur gegeben hinzunehmen. Damit schlägt man sich selbst die Waffe der Kritik an der Politik der CSU aus der Hand, wie es ja die SPD in Bayern schon zwei Jahrzehnte vorerzert. Das sozialdemokratische Verlangen, der CSU beweisen zu wollen, die "besseren Bayerentraditionalisten" zu sein, kann nur in einem total verblödeten Bajuwarismus enden, und das tut es auch: Die Auseinandersetzungen finden dann auf der Ebene der Blaskapellen statt.

Der Föderalismus als umfassende Ordnungsidee ist für die CSU die verfassungsrechtliche Untermauerung des "christlichen Bollwerks Bayern". Die föderative Idee ist für die CSU wesentlicher Bestandteil der "abendländisch-freiheitlichen Gesellschaftsordnung" und das einzig brauchbare Aufbaumodell für eine künftige Union



Gegen den Widerstand in vielen Gemeinden setzte die Bayerische Staatsregierung in den 70er Jahren Gebietsreformen durch. Bild: Wahlboykott in Horgau.

Dokumentiert: Linke zur CSU**Anti-Strauß-Komitee**

"Solange der Widerstand gegen die Kohl-Regierung von Seiten der Demokraten nicht stärker wird, bleibt uns nichts anderes, als immer wieder auf die Gefahren, die ihr von Strauß drohen, hinzuweisen..."

Unsere Zeit (DKP)

"Auf dem Jubiläumsparteitag der CSU anlässlich ihres 40jährigen Bestehens unterstrich der Vorsitzende Franz Josef Strauß die 'politisch eigenständige Rolle der CSU gegenüber der CDU'. Gleichzeitig verlangte Strauß von der Bundesregierung, das 'SDI'-Programm der USA-Regierung bedingungslos zu unterstützen. Er sprach vom 'ganzen deutschen Vaterland', das 'auf Dauer nicht gespalten bleiben' könne, und mahnte, ein 'Bekenntnis' zur Bundeswehr und zur sozialen Marktwirt-

schaft abzulegen. Eine heftige kontrovers geführte Diskussion gab es über die Frage, ob Schwangerschaftsabbrüche aufgrund sozialer Indikation weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden sollten. Eine Entscheidung konnte nicht getroffen werden."

Roter Morgen (KPD)

"Den verschiedenen Reden des CSU-Vorsitzenden wie dem gesamten Verlauf des Parteitages war gemein, daß sie vor allem Gemeinsamkeit mit der Bonner Regierung, mit allen Koalitionsparteien, selbst der FDP, demonstrierten..."

Diesen Wahlkampfzwecken wurde auch die Forderungen der reaktionärsten Kerntruppen geopfert, die sich vor allem in der Frage der Abtreibung organisiert hatten und dem Parteitag eine Debatte aufzwingen. Dabei wurde deutlich, daß die CSU-Führung diese Haltung durchaus teilt, nur heute, aus taktischen Erwägungen, eben

nicht den geforderten Alleingang unternehmen will...

Marxistische Gruppe (MG)

"Weder innen- noch außenpolitisch hat er (F.J. Strauß) in den vergangenen 40 Jahren seinen Standpunkt um einen Deut geändert. Genau umgekehrt ist es: Die Bundesrepublik ist straußmäßig geworden. Nicht nur, was den Sozial- und den Militärhaushalt, was das deutsche Militär und die Raketen auf deutschem Boden, was die weltweite Mitzuständigkeit für Geschäft und Gewalt angeht.

'Gestoppt' worden ist er nicht. Umgekehrt: Seine Ziele sind der ganz gewöhnliche Alltag in diesem Staat..."

Quellenhinweis: Demokratischer Informationsdienst Nr. 59 vom Sept. 1985, Roter Morgen Nr. 48 vom 29. Nov. 1985, MSZ Nr. 10 vom Oktober 1985, UZ vom 26.11.85

Europas. Mit diesem Modell gelang es der CSU, radikal-föderalistische Kräfte der Bayernpartei wie alt-bayerisch-agrarische Kräfte ideologisch fest an ihre Politik zu binden. Die Bayernpartei wurde von der CSU geschluckt, und diese Politik hat in der Folgezeit bis jetzt eine eminent wichtige innerbayerische Funktion als ideologisches Bindemittel bestimmter Schichten an die CSU gespielt. Propagandistisch bedeutet der Föderalismus für die CSU nach wie vor eine strategische Position ersten Ranges. So wurden in der Auseinandersetzung mit der sozial-liberalen Koalition die "Kräfte der Freiheit" bemüht, also eines föderativen liberalen Systems, gegen die "Kräfte des Sozialismus", also einer Zentralgewalt, die auf Gleichschaltung gehe und die Gefahr des Ausverkaufs der "nationalen Interessen" in sich trage.

Über den Föderalismus versucht die CSU das "weiß-blaue Bayern" als Na-

tionalgefühl weiter zu verankern: Bayern bedeute "Liebe zur Heimat", "zum Vaterland", für ein "vereintes Deutschland". Über die "Liebe zur Heimat" wird zugleich das Bild der glücklichen Familie mit Eigentum vermittelt.

Neben der antinationalistischen Kritik dieser Art von Föderalismus wird auch die Enthüllung sein müssen, daß kein Funke Fortschritt im föderalistischen Prinzip der CSU enthalten ist, es sich vielmehr darum dreht, daß die CSU über Maßnahmen der Staatsregierung schlicht und einfach das ganze bayerische Gebiet, sowohl in den Kommunen und Landkreisen, wie auch den Regierungsbezirken, nicht nur den Bedürfnissen der imperialistischen Konzerne unterworfen, sondern auch durch Gebietsreformen, Kommunalreformen und Landesentwicklungspläne sämtliche öffentlichen Strukturen ihren eigenen Organisationsstrukturen angepaßt hat.

minierenden Monopolbourgeoisie, die anderen Klassen und Schichten ins Schlepptau zu nehmen?

Nach unserem Eindruck hat ein Großteil der Linken schon aufgegeben, die Anhangbildung der 60%-Partei zu stören und die weitere Mobilisierung für die Reaktion zu verhindern. Mit der allgemeinen Feststellung 'reaktionär' dürfte das auch schwer gelingen. Was könnten Ansatzpunkte für die Kritik dieser Anhangbildung sein? Sollten es unmöglich sein, CSU-Wählern, die Lohnabhängige sind oder die wie die kleinen Bauern von ihrer eigenen Arbeit leben, darauf anzusprechen, daß die CSU-Politik hauptsächlich auf ihre Kosten geht und die Nutznießer die großen Kapitalisten sind?

Und sofern Lohnabhängige vor allem übers Christentum an die Christlich Soziale Union gebunden werden, würde diese Bindung nicht erschüttert, wenn der "soziale Anspruch" der CSU mit der Wirklichkeit in der kapitalistischen Fabrik konfrontiert wird? Die totale Unterordnung des Menschen unter die Produktionsbedürfnisse der Kapitalisten steht auch im Gegensatz zum "christlichen Menschenbild".

Quellen- und Literaturhinweis: Bayernkurier, 30.11.1985; A. Mintzel, Geschichte der CSU – ein Überblick, Opladen 1977; Rainer A. Roth, Freistaat Bayern, München 1975; Schwarze Politik aus Bayern – ein Lesebuch zur CSU, Neuwied 1974; Emil Mühler, Die ideologischen Grundlagen der CSU, Augsburg 1954; Walter Berberich, Die historische Entwicklung der CSU in Bayern bis zum Eintritt in die BRD, Würzburg 1965; Max Spindler, Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jhd., München 1978; Kurt Hirsch, Die heimatlose Rechte, München 1979 – (alk, dil, kag, kls, ola, ulh)

Sechzig Prozent müßten es nicht unbedingt werden ...

Verwunderlich ist schon, daß nur ganz wenige linke und antifaschistische Organisationen etwas zu sagen haben, wenn die CSU einen Parteitag abhält und absehbar die programmatische Diskussion im Unionslager geführt wird, wie denn die nächste Bundestagswahl zu gewinnen wäre. Bloß die DKP in der UZ und die KPD im Roten Morgen haben bisher zu diesem – in der bürgerlichen Presse beachteten – Ereignis geäußert. Für Organisationen wie die MLPD, die Marxistische Gruppe, die anarchistischen Organisationen, Autonomen bis hin zu den Grünen scheint diese programmatische Diskussion im Unionslager für die eigene

Strategiebestimmung eher unwichtig zu sein. Dies hat sich schon heute als größeres Problem im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus herausgestellt.

Wir sind der Ansicht, daß die Linke insbesondere in Bayern sich darüber Klarheit verschaffen muß, was die CSU für eine Partei ist. Die CSU nennt sich selber eine "große Volkspartei" und findet Zustimmung bei "Arbeitnehmern", "Selbständigen", "Handwerkern", "Bauern" und "Unternehmern", bei Leuten also, deren soziale Interessen nicht nur unterschiedlich, sondern teilweise auch gegensätzlich sind. Wie gelingt denn der do-



Reaganomics in der Krise?

In den letzten Tagen mußte US-Präsident Reagan zwei schwere Niederlagen hinnehmen. Das Repräsentantenhaus lehnte seinen Entwurf des Haushalts 1986 wegen des darin enthaltenen neuerlichen großen Defizits ab, und Teile der Republikanischen Partei verweigerten einem Gesetzentwurf, mit dem die von Reagan verlangten

neuerlichen Steuersenkungen für hohe und höchste Einkommen vorankommen sollten, die Zustimmung. In Westeuropa, speziell der BRD, melden derweil die Aktienbörsen fast täglich neue Rekorde, weil große US-Versicherungen in Erwartung eines sinkenden Dollarkurses Teile ihrer Vermögen in ausländische Aktien anlegen. Gerät die US-Bourgeoisie und ihr Expansionsprogramm in die Krise?

Baker-Plan – Hoffnung für Großbanken und Schuldnerländer?

Die Kriegskassen der Monopole quellen über. Die imperialistischen Großbanken schwimmen in Liquidität. Gesucht sind Schuldner, die die Schulden auch bedienen können. Nicht noch einmal soll die drohende Zahlungsunfähigkeit von z.B. Brasilien oder Mexiko die imperialistischen Finanzmärkte erschüttern. Die Westmächte haben sich auf einen Vorschlag des US-Finanzministers Baker geeinigt, der faktisch die westlichen Regierungen zu Bürgen des Kreditgeschäfts der Großbanken macht und bei künftigen Umschuldungen Geldspritzen der Zentralbanken und des IWF vorsieht. Eine Schuldenstreichung soll auf jeden Fall vermieden werden.



Maxhütte: weitere Sanierung

Die Klöckner AG hat beschlossen, das Kaltwalzwerk Maxhütte Haidhof in der Oberpfalz, an dem der Konzern mehrheitlich beteiligt ist, aufzukaufen und stillzulegen. Er verspricht sich davon Vorteile in der Schlacht um die EG-Stahlquoten. Der Erlös soll in die Sanierung des Stahlwerks in Sulzbach-Rosenberg gesteckt werden. Der

Verkauf ist verbunden mit 720 Entlassungen. Die Zahl der Arbeitslosen und Pendlers der Region ist besonders hoch und die Löhne niedrig. Die Klöckner-AG hat jahrelang Gelder der Staatsregierung für die Sanierung der Maxhütte kassiert. Die von der IGM geforderte Staatsübernahme wurde von der Regierung abgelehnt, da nach EG-Recht dies nur bei gesicherter Profitlage möglich sei.

Kritik des Rassismus!

Was ist Rassismus? Eine Ideologie, die dem Kapitalismus eher fremd ist? Der Artikel versucht, den Rassismus in seinen geschichtlich gewachsenen Zusammenhängen zu kritisieren und aufzuzeigen, daß er eine Ideologie ist, die das gesellschaftliche Verhältnis von Herrschaft aus der Natureigenschaft von Menschen ableitet und damit die Klassengesellschaft als ehernes Naturgesetz, von Menschen unveränderbar, darstellt. Die Kritik des Rassismus, die die fortschrittlichen Kräfte in der BRD entfalten müssen, kann viel lernen von der azanischen Befreiungsbewegung, die theoretisch und praktisch einen großen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den Rassismus leistet.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.